

Sand im Getriebe 145

Europas Zukunft?

Vorwort.....	2
Frankreich	3
Weitere Schritte zum Zusammenschluss aller Kräfte für ökologische, soziale und steuerliche Gerechtigkeit.....	3
Attac Frankreich: Nach den Wahlen: die Verantwortung von Attac	3
Attac Frankreich: "5 Jahre Ungerechtigkeiten zugunsten der Reichsten, beenden oder fortsetzen?".....	4
wwalkie, Freitag community Blog: Ein Hauch von Volksfront.....	5
Linksbündnis gegen Macron	7
Wahlbündnis in Frankreich NUPES	10
Lang andauernde Kämpfe und Solidarität als Grundlage für den Erfolg.....	15
Ukraine	16
Marcus Kloeckner: Politik der gespaltenen Zunge : Sie reden vom Frieden, aber wollen den Krieg.....	16
Matthias Jochheim: Der Krieg in der Ukraine und seine Folgen für Europa	18
Friedensbewegung – Was tun? Auszüge aus einem Interview mit Rainer Braun.....	20
Terminkalender der Friedensbewegung in Deutschland.....	21
Peter Wahl: Kompromissfrieden oder Siegfrieden?	22
Michael Derrer: Italien legt UNO einen Plan für den Frieden in der Ukraine vor.....	24
Offener Brief an Bundeskanzler Scholz: Stopp der Waffenlieferungen an die Ukraine.....	24
28 Intellektuelle und KünstlerInnen: Offener Brief an Kanzler Scholz.....	25
NEIN zur Aufrüstung – JA zur zivilen, solidarischen Entwicklung! Demonstration am 2.7.2022.....	26
NATO	
Norman Paech: Die globalen Regeln der NATO – und wo bleibt das Völkerrecht?.....	27
Ingeborg Schellmann: Die Strategien der NATO und ihr bellizistisches Gesicht.....	30
Friedens-Konferenz am 21. Mai 2022: Ohne NATO Leben - Ideen zum Frieden.....	33
Internationales	34
Christelle Gérard: Trojanisches Pferd für große Saatgutfirmen in Afrika – Wenn die Gates-Stiftung Hunger sät	34
Attac Österreich: UN-Steuerkonvention : Vorschlag für eine Reform der globalen Steuerarchitektur.....	36
Energiewende? So aber nicht!.....	37
Ingeborg Schellmann: In München werden mutige Bürger*innen geehrt.....	39
Wiltrud Rösch-Metzler: Europäische Bürgerinitiative: #KeinHandelMitSiedlungen	39
Aufruf: Globale Gerechtigkeit statt G7 – Klima schützen statt aufrüsten	40

Vorwort

Welche Zukunft Europas soziale Bewegungen und politische Organisationen gestalten können und wollen, wird **auf der Europäischen Sommeruniversität der Sozialen Bewegungen** in Mönchengladbach vom 17. August bis zum 21. August umfangreich besprochen.

Ein Linksbündnis ist in **Frankreich** zu den Wahlen zur Nationalversammlung gebildet worden – **NUPES, ‚Neue ökologische und soziale Volksunion‘** –, „ein Hauch von Volksfront“ als Alternative sowohl zu Macrons Politik (**Attac Frankreich: 5 Jahre Ungerechtigkeiten zugunsten der Reichsten**) als auch zu der Programmatik des rechtsextremen ‚Rassemblement National‘. „Die politische Unsicherheit wird in den nächsten Monaten groß sein, mit einer Regierung in Schwierigkeiten, einer Rechten und einer extremen Rechten im Hinterhalt und Unsicherheiten über die Fähigkeit der Linkskräfte, den von ihnen geweckten Hoffnungen gerecht zu werden. Die sozialen Bewegungen könnten Gefahr laufen, auf eine politische Klärung warten zu wollen. Dabei haben wir eine wesentliche Rolle zu spielen, um unsere Errungenschaften zu verteidigen, uns in den ideologischen Kampf zu begeben, Alternativen vorzuschlagen und konkrete Solidarität aufzubauen. Attac Frankreich wird sich in den kommenden Monaten voll den Versuchen widersetzen, unsere sozialen Errungenschaften und insbesondere die Renten zu zerschlagen.“ (**Attac Frankreich**)

Wie kann Frieden in Europa geschaffen werden? „Wir leben in einer Ära des Katastrophenkapitalismus, in der die dominierenden Gruppen und Schichten die Fähigkeit vermissen lassen, den existentiellen Gefahren, insbesondere der ökologischen und Klima-Krise, wirkungsvoll entgegenzutreten und stattdessen die alten Kämpfe um Macht und Reichtum weitertreiben wollen.“ (**Matthias Jochheim**) „Globale Gerechtigkeit statt G7 - Klima schützen statt aufrüsten“ ist das Motto der **Proteste gegen das G7-Treffen** in Süddeutschland. „Ziel echter Hilfe, die die Menschen in der Ukraine dringend benötigen, kann nur sein, dass das Morden, das gegenseitige sich Abknallen, Angriff und Verteidigung, Verteidigung und Angriff, so schnell es überhaupt nur geht, aufhören. Ziel kann nicht sein, einer Partei dabei zu helfen, möglichst viele Gegner zu töten. Echte Hilfe geht nur über Diplomatie, Vernunft und Einsicht. Wenn allerdings diejenigen im Westen, die in der Tradition der Kriegstreiber stehen, an deren Händen das Blut der Vergangenheit klebt, von einer „Unterstützung“ der Ukraine reden, dann ist Vorsicht geboten. Als moralische Instanz sind sie ohnehin disqualifiziert.“ (**Marcus Kloeckner**)

Kompromissfrieden oder Siegfrieden? fragt **Peter Wahl**; **Italien legt UNO einen Plan für den Frieden in der Ukraine vor**. Ein **Stopp der Waffenlieferungen** an die Ukraine wird gefordert, eine Demonstration in Berlin richtet sich **gegen das Aufrüstungspaket von 100 Milliarden Euro im Grundgesetz**.

Ohne NATO Leben – Ideen zum Frieden, das bleibt eine Herausforderung der Friedensbewegungen (**Norman Paech**: Die globalen Regeln der NATO – und wo bleibt das Völkerrecht?).

Zuletzt widmen sich mehrere Artikel der internationalen Lage (**Christelle Gérard, LMD: Trojanisches Pferd für große Saatgutfirmen in Afrika – wenn die Gates-Stiftung Hunger sät**).

Das **SiG-Dossier** „**Leben in Zeiten des Corona-Virus**“ – **Handeln im Zeichen von Solidarität und sozialer Gerechtigkeit** wird weiter geführt. **Werkstatt für SiG 144** und für **SiG145** mit ergänzenden Artikeln.



Der Rundbrief „Sand im Getriebe“ ist ein Medium für Menschen, die eine Welt jenseits der neoliberalen Globalisierung verwirklichen wollen. Er gibt Texten von Autorinnen und Autoren unterschiedlicher Gesinnung einen gemeinsamen Ort. Die enthaltenen Positionen sind nicht notwendigerweise solche der Attac-Bewegung.

Wir bedanken uns für die **Artikelvorschläge** und für die **Übersetzungen** durch die **ehrenamtlichen Mitarbeiter*innen von Coorditrad!** **Coorditrad braucht noch Unterstützung!** www.coorditrad.attac.org

E-Mail: sig@attac.de – Der SiG-Newsletter kann abonniert werden: **Eintragung online:** <http://www.attac.de/bildungsangebot/sig/startseite/> **Gedruckte Exemplare** von „Sand im Getriebe“ zum Selbstkostenpreis (2 €+ Porto). **Bestellung in Deutschland per E-Mail an sig-abo@gmx.de. Abonnement: 15 € für 5 Ausgaben.**

An dieser Nummer haben mitgewirkt:

Barbara Fuchs, Werner Horch, Martina Jäger, Ingeborg Schellmann, Marie-Dominique Vernhes (Attac Deutschland)
Danke an alle, die uns gewollt oder ungewollt Hinweise und Anregungen gegeben haben. V. i. S. d. P.: Marie-D. Vernhes

Frankreich

Weitere Schritte zum Zusammenschluss aller Kräfte für ökologische, soziale und steuerliche Gerechtigkeit

Bei den Präsidentschaftswahlen 2022 in Frankreich hat Macron die Stichwahl am 24. April mit einer [Mehrheit](#) von 58,6% gegen Marine Le Pen, die Vertreterin vom extrem rechten ‚Rassemblement National‘ gewonnen. (Karten der Wahlergebnisse: [Erster Wahlgang](#) ; [Zweiter Wahlgang](#)) Für die 7 Wochen später stattfindenden Wahlen zur Nationalversammlung hatten sich mehrere politische Parteien auf Initiative der politischen Gruppe ‚La France Insoumise‘ zu einem Wahlbündnis ‚Nouvelle union populaire écologique et sociale‘ (NUPES), deutsch ‚Neue ökologische und soziale Volksunion‘ zusammengeschlossen.

Im ersten Wahlgang zur Nationalversammlung konnte dieses Bündnis – bei einer sehr geringen Wahlbeteiligung von 48 % – so viele Stimmen wie die Kandidat*innen von Macrons Wahlbündnis („Ensemble“) erhalten. Im zweiten Wahlgang am 19. Juni 2022 konnten Kandidaten von NUPES in rund 2/3 der Wahlbezirke antreten. Dessen Ziel, zumindest eine absolute Mehrheit vom Macrons Wahlbündnis zu verhindern, haben sie erreicht: [Nach den offiziellen Ergebnissen](#) hat „Ensemble“ 245 Sitze statt der 289 notwendigen für eine absolute Mehrheit; NUPES: 131 Sitze; RN: 89 Sitze. Die Wahlbeteiligung lag nur bei 46,2%. Wegen dem Mehrheitswahlrecht entspricht die Verteilung der Sitze nicht den Stimmverhältnissen (38,6 % für Ensemble, 31,6 % für NUPES, 17,3% für RN – Übersicht [hier](#)).

Wir dokumentieren in dieser Ausgabe einige Analysen und Teile des Programms von NUPES.

„Das Land ist blockiert. Emmanuel Macron hat keine Legitimität, um sein Projekt durchzusetzen, Marine Le Pen hat keine Legitimität, um ihr Projekt durchzusetzen. Aber man muss es sagen, wir (die Abgeordneten der NUPES, Anm. d. Red.) haben auch keine Mehrheit und keine Legitimität, um unser Projekt durchzusetzen“. (François Ruffin)

Die NUPES wird im Parlament nicht als gemeinsame Fraktion auftreten. Die von dem Anführer der NUPES, Jean-Luc Mélenchon, vorgeschlagene Konstituierung einer Einheitsgruppe und damit die Bestätigung der Union über den Wahltermin hinaus, wird es also nicht geben. Sprecher der »Grünen«, Kommunisten und Sozialdemokraten wiesen darauf hin, dass das nie Teil der Vereinbarung zur Gründung der NUPES gewesen sei.

Mit 131 Sitzen wäre die Volksunion die zahlenmäßig stärkste Oppositionsfraktion gewesen. Diese Rolle fällt nun der faschistoiden, 89 Köpfe zählenden Fraktion des Rassemblement National (RN) und deren Vorsitzender Marine Le Pen zu.

Repräsentanten der betroffenen Parteien versprochen es am Dienstag zumindest als »interfraktionelle Gruppe« weiter zusammenarbeiten und im Parlament den Widerstand gegen Staatschef Emmanuel Macrons neoliberale politische Agenda organisieren wollen. ([Junge Welt](#) 24.6.22)

Attac Frankreich

Nach den Wahlen: die Verantwortung von Attac

23. Juni 2022 – Die Parlamentswahlen führen zu einer Situation, die es in der Geschichte der Fünften Republik noch nie gegeben hat. Die politische Krise, die sich während der ersten Amtszeit von Emmanuel Macron regelmäßig auf der Straße offenbarte, kristallisierte sich Mitte Juni an den Wahlurnen heraus. Eine massive Wahlenthaltung, ein wiedergewählter Präsident, aber ohne parlamentarische Mehrheit, eine extreme Rechte, die eine starke Fraktion in der Nationalversammlung stellt, und eine politische Linke, die auf der Grundlage der Ablehnung des Neoliberalismus entsteht, sind die neuen Merkmale der nun beginnenden Periode. In den kommenden Monaten müssen wir das Ausmaß des aktuellen Erdbebens erfassen, die Parameter dieser politischen Krise genau analysieren und Instrumente dafür finden, die sozialen Bewegungen zu stärken.

Die politische Unsicherheit wird in den nächsten Monaten groß sein, mit einer Regierung in Schwierigkeiten, einer

Rechten und einer extremen Rechten im Hinterhalt und Unsicherheiten über die Fähigkeit der Linkskräfte, den von ihnen geweckten Hoffnungen gerecht zu werden. Die sozialen Bewegungen könnten Gefahr laufen, auf eine politische Klärung warten zu wollen. Dabei haben wir eine wesentliche Rolle zu spielen, um unsere Errungenschaften zu verteidigen, uns in den ideologischen Kampf zu begeben, Alternativen vorzuschlagen und konkrete Solidarität aufzubauen.

Attac Frankreich wird sich in den kommenden Monaten voll den Versuchen widersetzen, unsere sozialen Errungenschaften und insbesondere die Renten zu zerschlagen. Auch wenn das Vorhaben der Regierung nicht genau enthüllt wurde, wissen wir, dass ihre Absicht darin besteht, die Menschen in Frankreich länger arbeiten zu lassen.

Wir sehen es außerdem als unsere Pflicht an, die laufende Zerstörung unserer öffentlichen Dienstleistungen, insbesondere im Gesundheits- und Bildungswesen, zu blockieren.

Wir werden uns auch an allen Kämpfen dafür beteiligen, in Zeiten hoher Inflation die Grundversorgung für alle sicherzustellen und eine echte ökologische und soziale Wende durchzusetzen, insbesondere mit unseren Partnern des ökologischen und sozialen Bündnisses „Nie wieder“. Im Herbst werden wir zeigen, dass die Kämpfe für soziale und ökologische Gerechtigkeit von einer gemeinsamen Bewegung geführt werden können, indem wir die Superprofite der Öl- und Agrarkonzerne angreifen, um die sozialen und ökologischen Bedürfnisse zu finanzieren.

Schließlich werden wir durch unser lokales und tägliches Engagement bei Attac, in den Gewerkschaften oder anderen Bewegungen die Bündnisse und die Solidarität wieder aufbauen, die notwendig sind, um eine Alternative zur extremen Rechten und zum Neoliberalismus durchzusetzen.

Um unsere Kämpfe und Mobilisierungen im Herbst fortzusetzen, brauchen wir euch jetzt!



Attac Frankreich 5 Jahre Ungerechtigkeiten zugunsten der Reichsten beenden oder fortsetzen?

Im Dezember 2021 hatte Attac Frankreich ein [Buch](#) zur Bilanzierung der Präsidentschaft von Macron veröffentlicht. Manche [Beiträge von Attac Frankreich](#) prangern die zunehmenden Ungleichheiten an.

Mittwoch, 15. Juni 2022

Am frühen Morgen entrollten ein Dutzend Attac-Aktivisten ein riesiges Banner auf der Esplanade des Louvre. Mit den Gesichtern von Bernard Arnault und Emmanuel Macron stellte das Transparent eine einfache Frage: „5 Jahre Ungerechtigkeiten zugunsten der Reichsten beenden oder fortsetzen?“.

Zunächst wurden die Reichsten mit der Abschaffung der Vermögenssteuer ISF und der Einführung der Flat Tax verwöhnt, doch auch während der Gesundheitskrise waren sie die großen Gewinner einer Politik nach der Maxime „kosten es, was es wolle“. So haben die 43 reichsten Menschen in Frankreich seit Beginn der Pandemie 236 Milliarden Euro an zusätzlichem Vermögen angehäuft. Die fünf reichsten, allen voran Bernard Arnault, haben von der Krise extrem profitiert, indem sie ihr Vermögen in diesem Zeitraum verdoppelt haben [1]! Währenddessen kamen den Prekärsten nur 0,8 % des Konjunkturprogramms von Emmanuel Macron zugute [2].

Doch die Ungleichheiten sind nicht nur sozialer Art. Ein Beispiel: Allein im Mai 2022 absolvierte Bernard Arnaults Privatjet 18 Flüge, bei denen 176 Tonnen CO₂ ausgestoßen wurden, was dem durchschnittlichen CO₂-Fußabdruck eines Franzosen in einem Zeitraum von 17 Jahren entspricht [3]. Laut einem Bericht des World Inequality Lab (Laboratorium für globale Ungleichheiten) ist das reichste Prozent der Welt heute für 17 %

der weltweiten Kohlendioxidemissionen verantwortlich [4], aber die Regierung weigert sich rundweg, etwas gegen diese räuberischen Exzesse zu unternehmen.

In Frankreich leben 4,1 Millionen Menschen in schlechten Wohnverhältnissen [5]. Die Preise für Benzin und Güter des täglichen Bedarfs explodieren aufgrund der Inflation. Während der Grundwasserspiegel stark gesunken ist und sich eine historische Dürre abzeichnet, wird für die kommenden Tage eine außergewöhnlich frühe Hitzewelle angekündigt. Das Pflegepersonal ist am Ende seiner Kräfte, mit dem großen Risiko, dass die Notfalldienste in diesem Sommer zusammenbrechen, und das Personal im Bildungswesen fordert verzweifelt mehr Mittel ... Was verspricht uns Emmanuel Macron angesichts dieser Ungleichheiten und der Krise zahlreicher öffentlicher Dienste? Die Rente mit 65, die Bindung des RSA [6] an eine Verpflichtung zur Beschäftigung unter schlechteren Bedingungen, die Senkung der Erbschaftssteuer, eine weitere Senkung der Produktionssteuern und Kürzungen im Haushalt der Gebietskörperschaften in Höhe von 15 Milliarden Euro? Kurz gesagt, die Fortführung eines neoliberalen Modells, das in den letzten Jahren seine Fähigkeit, die Ungleichheiten zu vergrößern, sowie seine negativen wirtschaftlichen, ökologischen und sozialen Auswirkungen unter Beweis gestellt hat. Raphael Pradeau, Sprecher von Attac Frankreich, sagte: „Emmanuel Macron

eine parlamentarische Mehrheit zu geben, wird nicht zu einer Lösung der sozialen und klimatischen Notlagen führen, sondern das Leben von Millionen von Franzosen noch schwieriger machen und gleichzeitig eine ungerechte Politik im Dienste der Reichsten und der großen Unternehmen fortsetzen.“

Folglich kann Attac Frankreich nur wünschen, dass eine größere Zahl an Abgeordneten in der Nationalversammlung ökologische, soziale und feministische Alternativen vertritt und sich dem macronistischen Projekt und der extremen Rechten wirksam entgegenstellt. Unsere Forderungen würden dann dort auf viel mehr Resonanz stoßen. In diesem Sinne ist die breite Beteiligung an der zweiten Runde der Parlamentswahlen eine entscheidende Voraussetzung. Annick Coupé, Sprecherin von Attac Frankreich, sagte: „Unabhängig vom Ausgang der Wahlen wird es starke soziale Bewegungen brauchen. Wir bereiten schon jetzt die kommenden Kämpfe um die Renten, die Verteidigung der Prekärsten und die Zügelung der räuberischen multinationalen Konzerne vor.“

[1] [Oxfam France](#), 17.1.2022 – [2] [Radio Nova](#), 8.6.2022 –

[3] <https://www.instagram.com/laviondebernard/> – [4] [Novethic](#), 6.1.2022

[5] [Fondation Abbé Pierre](#), 24.1.2022

[6] RSA = öffentliche Leistung für ein Mindesteinkommen - [Wikipedia](#)
Quelle: Attac Frankreich (s. auch Aufruf zur Beteiligung an den Wahlen und Notwendigkeit von Aktionen, [Attac Frankreich](#), 3.6.)

Französische Gewerkschaften nach der Wahl von Macron

Kommuniqué der Union Syndicale Solidaires, 24. April 2022

Die Union syndicale Solidaires begrüßt die Niederlage der rechtsextremen Kandidatin. Seit Monaten führen wir eine Kampagne, um daran zu erinnern, dass die extreme Rechte der Feind der Arbeiterinnen und Arbeiter ist.

[...] Die Stärkung der extremen Rechten bei Wahlen und unter Aktivisten hängt mit der antisozialen Politik der aufeinanderfolgenden Regierungen zusammen. Die Macron-Regierungen im Dienste der Reichsten haben die Verzweiflung und die Armut nur noch verstärkt. Die freiheitsfeindliche Politik schließt die Ge-

sellschaft in einer Sicherheitsspirale ein. Sie sind ein Sprungbrett für die extreme Rechte.

Wenn Emmanuel Macron gewählt wurde, dann zu einem großen Teil, um die extreme Rechte daran zu hindern, die Staatsmacht zu übernehmen. Selbst wenn er die Legalität der Wahlurnen besitzt, hat er keine Legitimität durch das Volk, um seine unsozialen Reformen, angefangen bei der Rentenreform, umzusetzen. Wir werden ihn daran erinnern.

[...] Es sind unsere Kämpfe und Mobilisierungen, unser Widerstand und unsere Hoffnungen, die den Unterschied machen werden. Die Stunde der Einheit ist

gekommen. Die Union syndicale Solidaires baut sie auf, mit der Intersyndicale (Bündnis von mehreren Gewerkschaften) und mit ‚Plus Jamais Ça‘ (1), dem Bündnis für einen ökologischen und sozialen Umbau, und im weiteren Sinne mit den sozialen Bewegungen [...]

(1) Über diesen vor 2 Jahren gebildeten Zusammenschluss vieler Organisationen: Geschichte und Plattform in [SiG 137](#)

Quelle:

<https://visa-isa.org/article/communiqués-syndicaux-au-lendemain-de-lelection-presidentielle>

Weitere Übersetzungen

in der [Werkstatt für SiG 145](#)

wwalkie, Freitag community Blog

Ein Hauch von Volksfront

5.5.2022 – Was ist in Frankreich los? Kaum ist es Mai, kaum blühen die Kirschen in jenem Referenzmonat politischer Revolutions-Hormonologie, und schon geschieht das Nicht-Erwartete. Nach der Commune 1871, dem Front populaire 1936, dem „Mai 68“, der Wahl Mitterands 1981 nun also das Erscheinen der „**Union populaire écologique et sociale**“. Fast alle linken Parteien haben sich auf der Grundlage des insoumisen „Programme en commun“ auf gemeinsame Kandidaten für die im Juni anstehenden Parlamentswahlen geeinigt. Warum, möchte man rufen, warum habt ihr das nicht eher getan?

Es liegt sicher auch an der postelektoralen Depression infolge des fatalen „Duells“ Macron-Le Pen, dass diese neue „Union populaire“ als enorme Befreiung empfunden wird, auch vom Schreiber dieser Zeilen. Vielleicht ist es aber mehr, viel mehr, als wir zu hoffen wagten: nämlich die plötzlich aufscheinende Möglichkeit einer wirklich demokratischen République française mit europäischer Ausstrahlung. Der Ex-Kandidat Mélenchon wirkt auf einmal präsidientabel wie nie zuvor, lächelnd, abgeklärt, vertrauenswert. Und er bietet das Programm einer humanistischen Alternative in einer fast aussichtslosen Situation. Aber verlassen wir das Pathos, das stets in Gefahr ist, sich vor der Realität zu blamieren.

Der erste Wahlgang am 10. April hatte das vorausgesagte (und von der Macronie arrangierte) Ergebnis gezeitigt. Macron erreichte die Ziellinie des 24. April im leichten Trab. Allerdings wäre Mélenchon um ein Haar doch noch in die Stichwahl gerutscht. Die klassischen Linksparteien (PCF und PS) wurden marginalisiert. Und die Ecolos blieben ziemlich weit hinter ihren Erwartungen zurück. 5 weitere vertane Jahre also, der neoliberale Wahnsinn im freien Lauf!

Nicht das gewohnte Mélenchon-Bashing

Und doch wächst in der Gefahr das Rettende auch. Plötzlich nahm die „Union populaire“ Schwung auf, ihre Vertreter sprachen von einem „dritten Wahlgang“, wagten die Parole „Mélenchon premier ministre“ – und wurden sogar ernst genommen. Die bürgerlichen Medien zeigten auf einmal einen anderen Mélenchon. Selbst die ubiquitäre Journalistin Léa Salamé behandelte den Insoumis fast so nett wie sonst nur die Herrschenden aus Wirtschaft und Politik. Die Kandidaten der – geschwächten – linken Parteien verzichteten (zumeist) auf ihr übliches Mélenchon-Bashing.

Und das hat einen Grund. Für sie gilt: „There is no alternative“. Bei den Juniwahlen geht es um Abgeordnetenposten (an denen wiederum andere Funktionen hängen) und damit um das politische Überleben, nicht nur der Kandidaten, sondern auch der Parteien selbst. Sie sind buchstäblich „kleine

Parteien“ geworden. Ihre Basis schrumpft mit den Wahlergebnissen. Es fehlt das Geld für die Wahlkampffinanzierung und – vor allem – Organisationskraft. Was nun passiert, ist, etwas böse formuliert, die Rache der Enterbten. Mélenchon, der „Verräter“, der „Populist“, der „Putinfreund“, hält ihnen den Strohalm hin. Ihre einzige Chance.

Und der Halm, der vielleicht knickt, aber nicht bricht, wurde – mit zwei Ausnahmen – schnell ergriffen. Schon in der Nacht vom 1. auf den 2. Mai wurde das Abkommen zwischen „**Europe-Ecologie Les Verts**“ (EELV) und der „Union populaire“ geschlossen. Es beruht auf einem „ambitiösen Programm aller Kräfte unter Beachtung ihrer Pluralität und Autonomie“.

Die wichtigsten „Eckpunkte“ sind: Erhöhung des SMIC, des Mindestlohns, auf 1400 Euro, Rente ab 60, „Autonomiegarantie“ von monatlich 1063 Euro für junge Menschen, Blockierung der Preise für notwendige Lebensmittel, ökologische Planifikation und „Ausmerzungen“ der Armut. Die „Union populaire“ bekräftigte noch einmal das Verbleiben des Gründungsmitglieds Frankreich in der EU (ein uralter Streitpunkt mit den Grünen), das Abkommen bestätigt aber auch das Recht auf Nicht-Befolgung („Désobéissance“) gegenüber bestimmten europäischen Verträgen und Anweisungen. Im Kandidatenpoker bekommen die Ecolos 100 Wahlkreise, darunter 30 „sichere“.

Auch Kommunisten und Sozialisten sind dabei

Einen Tag später schlossen sich die **Kommunisten** der neuen Union an. Ihr „Preis“: 50 Kandidaturen, von denen 16 als „sicher“ gelten. Die Frage der Atomkraft, der angeblich so entscheidende Konflikt des Präsidentschaftswahlkampfes, scheint plötzlich sekundär. Die traditionell kommunistische Zeitung Humanité titelte andeutungsreich: „Un air de Front populaire“ (ein Hauch von Volksfront).

Der „Accord“ mit den **Sozialisten** gestaltete sich schwierig. Die Eminenzen der Partei werden nicht umsonst „Elefanten“ genannt. Sie haben ihr Gewicht im Partei-Establishment. Diesmal drohten sie mit einer neuen Parteigründung (Hollande), mit dem Parteiaustritt (Cazeneuve, ehemaliger Innenminister) oder traten gleich der Macronie bei (Valls, letzter Ministerpräsident Hollandes). Trotzdem war die Verhandlungsposition des PS nicht so schwach wie das Ergebnis der Kandidatin Anne Hidalgo. Anders als die France insoumise ist der PS politisch in Paris und in wichtigen Provinzstädten „verankert“. Schließlich wurde am 4. Mai eine „prinzipielle Übereinkunft“ gefunden. Der PS erhält immerhin 70 Wahlkreise. Sehr umkämpft war der 15. Wahlkreis von Paris, der schließlich der Insoumise Danielle Simonet zugesprochen wurde – zu Ungunsten der Hidalgo-Protégée El Aamaje. Die manchmal etwas vage Formulierung der

Eckpunkte des „Accord“, z.B. zur EU, spiegelt die Zähigkeit der Verhandlungen wider. Immerhin stellt sich der PS gegen das von ihm selbstverantwortete Arbeitsrecht von 2016. Der Generalsekretär des PS, Olivier Faure, interpretierte den Accord poetisch mit einem Zitat von Jean Jaurès: „Indem er zum Meer fließt, bleibt der Strom seiner Quelle treu.“

Schrittweise Schaffung einer Sechsten Republik

Wenn jemand „quellentreu“ ist, dann sind es die Trotzlisten – mit einem gewissen Erfolg. Der „Nouveau Parti Anticapitaliste“ verfügt über einen nicht zu unterschätzenden Einfluss bei den linken Gewerkschaften, aber auch in den Assoziationen. Persönlichkeiten wie Olivier Besancenot oder Philippe Poutou, beide Ex-Präsidentschaftskandidaten, wären eine große Bereicherung der Debattenkultur in der Nationalversammlung. Bisher hat es allerdings trotz mehrerer Versuche keine Einigung gegeben. Der NPA ist sich mit der France insoumise über die Notwendigkeit einer „Gauche de rupture“ (einer Linken des radikalen Bruchs) einig, befürchtet jedoch verständlicherweise einen zu starken Einfluss der sozial-liberalen Linken (PS und EELV). Dass dem PS 70 Wahlkreise zugestanden wurden, dem NPA jedoch nur 3 irriert. Aber es wird noch verhandelt. Immerhin.

Nach dem gegenwärtigen Stand sind 288 Sitze für eine Mehrheit in der Assemblée nationale nötig. Die Vereinbarungen verdeutlichen, dass die France insoumise und das ihr angeschlossene „Parlement populaire“ die weitaus größte Anzahl von Wahlkreisen erhalten wird. Das Wahlergebnis von Mélenchon oblige. Die anderen Parteien müssen dies nolens volens akzeptieren. Nicht alle neuen „Unionistes“ werden mit dem Herzen dabei sein, andererseits kann sanfter Zwang einem so guten wie notwendigen Zweck dienen: der schrittweisen Schaffung einer Sechsten Republik.

Die Frage ist, welche Frustrationstoleranz die nicht aufgestellten Kandidaten zeigen werden. Und auch wenn die Parteien weiterhin ihre Autonomie behalten, wird es manchmal schwer sein, Programm-Solidarität zu wahren, in bestimmten Situationen (Debatten, Ausschüsse etc.) den wirklich oder auch nur scheinbar Besseren aus anderen Gruppen den Vorrang zu geben, persönliche Eitelkeiten zurückzustellen. Die (rezente) Vergangenheit hat diesbezüglich nicht wenige Narben ausgebildet. Man mag sie mit Stolz zeigen, aber sie schmerzen.

Erste Umfragen machen Hoffnung: der linke Block käme auf 33% (allerdings ohne den NPA, der 2% erreichen würde), der bürgerlich-liberale ebenfalls auf 33% und der rechtsextreme Block auf 30%. Die Zahlen sind – wie alle Umfragen – mit großer Vorsicht zu behandeln. Die Stichwahl des zweiten Wahlgangs enthält viele Unwägbarkeiten. Es wird – vor allem – in bestimmten Wahlkreisen Machenschaften geben, die eines Chabrolfilms würdig sind. Aber bei weiterer Mobilisierung, vor allem der „Quartiers

populaires“ und der „peri-urbanen Regionen“ könnte die Linke tatsächlich die Mehrheit in der Assemblée nationale gewinnen. Man glaubt es kaum: Macron könnte gezwungen werden, einen Mélenchon zum Premier zu ernennen. Frankreich würde wieder einmal von einer „Cohabitation“ regiert. Doch was sagt die Verfassung?

Nach Artikel 20 der Verfassung der Fünften Republik ernannt der Präsident eine Person, die von der Mehrheit der Nationalversammlung gestützt wird, zum Ministerpräsidenten. Dieser Regierungschef „bestimmt und führt die Politik der Nation“ (er hat also so etwas wie die „Richtlinienkompetenz“). Allerdings behält der Präsident seine Domänen: Verteidigung, Außenpolitik, Justiz. Darüber hinaus kann er ein Referendum über ein Gesetzesprojekt ansetzen und sogar die Nationalversammlung auflösen. Spannend würde es bei den zahlreichen „geteilten Kompetenzen“, die eine Übereinkunft erzwingen.

Die „Cohabitation“ gab es bisher unter Mitterrand (1986, 1993) und unter Chirac (1997). Der präsidentiale Gaullist musste mit dem Sozialisten Jospin leben. Gar nicht so schlecht übrigens. Jospins Minister für berufliche Bildung hieß... Jean-Luc Mélenchon. Aber der hat sich politisch weiter entwickelt. Wie können also ein radikaler „Insoumis“ und ein radikaler Ultraliberaler einen „Accord“ finden? Wie könnte sich eine linke Parlamentsmehrheit gegen einen immer noch mächtigen Präsidenten durchsetzen, der die EU hinter sich weiß? Welche Rolle spielt die Justiz, deren Funktionieren der Präsident überwacht? Der Senat? Der Verfassungsrat? Die Armee? Die Polizei? Die willigen Gewerkschaften? Und vor allem: das Mediensystem?

Aber andererseits ist mai-sonnenklar: wer in Frankreich die Maßnahmen und die Person Macrons nicht mehr ertragen kann und will, sollte – wenn ihr oder ihm an einem möglichst guten Leben in einer extrem gespannten Situation der Welt gelegen ist – die einzige verbliebene Chance wählen. Eine andere, bessere Welt scheint noch möglich. Alles hängt von der Wahl zur Assemblée nationale ab. Darum, Françaises et Français, für den 12. und 19. Juni gilt nur eins: Aux urnes, citoyens! Formez vos bataillons! (*an die Wahlurnen, BuergerInnen, formiert eure Bataillone*)

<https://www.freitag.de/autoren/wwalkie/nouvelle-union-populaire-ein-hauch-von-volksfront/>

Wahlbündnis NUPES: <https://nupes-2022.fr>
Wahlergebnisse: <https://nupes-2022.fr/nos-elus/>

Warum ärmere Viertel Mélenchon massiv gewählt haben – basta;

Rechtsextreme in Frankreich: Mehrere Artikel in „Les Possibles“ (Frühjahr 2022) vom wissenschaftlichen Beirat von Attac Frankreich

Artikel auf Deutsch:

<https://www.euractiv.de/tag/nupes/>
[Laboumet](https://www.rosalux.de/frankreich-wahl2022), <https://www.rosalux.de/frankreich-wahl2022>

Linksbündnis gegen Macron

Interview mit [Manon Aubry](#) geführt von [David Broder](#) (17.5.2022)

Manon Aubry ist Europaabgeordnete von La France Insoumise (1) und Ko-Vorsitzende der Linksfraction im Europäischen Parlament. David Broder ist Europaredakteur bei JACOBIN und erforscht als Historiker den französischen und italienischen Kommunismus.

Viele prominente Sozialistinnen und Sozialisten der älteren Generation haben in den letzten Jahren politische Achtungserfolge erzielen können – von Jeremy Corbyn bis zu Bernie Sanders. Häufig scheiterten sie jedoch an der Herausforderung, die breitere politische Linke hinter sich zu versammeln. [Jean-Luc Mélenchon](#), dessen Partei La France Insoumise eine dominante Kraft der französischen Linken geworden ist, könnte das gelingen. Sein Ergebnis von 22 Prozent bei den Präsidentschaftswahlen, mit dem er andere Kandidatinnen und Kandidaten des progressiven Lagers in den Schatten stellte, übertraf nicht nur seine eigenen Umfragewerte im Vorlauf der Wahl, sondern erhöht die Chancen für einen Sieg des linken Lagers bei den Wahlen zur Nationalversammlung im Juni deutlich.

Der neoliberale Militarist Emmanuel Macron wird weiterhin Präsident der Republik bleiben, nachdem die rechtsextreme Kandidatin Marine Le Pen in der Stichwahl am 24. April unterlag. Die Wahlen im Juni werden über die Zusammensetzung des Parlaments, und damit auch der nächsten Regierung, entscheiden. Aus diesem Grund hat sich die Union Populaire, Mélenchons Wahlbündnis zur Präsidentschaftswahl, nun mit den Grünen sowie der Kommunistischen und der Sozialistischen Partei zusammengeschlossen. Das Bündnis Nouvelle Union Populaire écologique et sociale (NUPES) will Mélenchon zum Premierminister machen, um die Rentenkürzungen und Steuergeschenke für Reiche, die Macron geplant hat, zu verhindern.

Es ist ein seltener Erfolg der französischen Politik, dass diese Einigkeit zwischen den linken Parteien zustande kam – denn die unterschiedlichen Links- und Mitte-links-Kräfte standen sich oft feindselig gegenüber. Die Sozialistische Partei, die das Land zwischen 2012 und 2017 unter Präsident François Hollande regierte, setzte neoliberale Maßnahmen um und griff das französische Sozialstaats- und Arbeitsmarktmodell durch ihre Sparpolitik direkt an. Viele damalige Regierungsbeteiligte – die heute überwiegend Macron unterstützen – haben sich vehement gegen Verhandlungen mit Mélenchon ausgesprochen, den sie als Feind der Wirtschaft und Freund von radikalen Islamisten verunglimpfen. Während des Präsidentschaftswahlkampfes wurde Mélenchon von Grünen und Sozialisten oft hart angegriffen. Die Entscheidung der kommunistischen Partei, ihren eigenen Kandidaten, Fabien Roussel, ins Rennen zu schicken, wird weithin für Mélenchons verpassten Einzug in die Stichwahl verantwortlich gemacht.

Doch die Ausgangschancen für NUPES stehen nicht schlecht. Das gemeinsame Programm konsolidiert den Aufstieg einer konfrontativen, transformativen Linken, die die

Ruine einer neoliberalisierten Sozialdemokratie endgültig hinter sich lässt. Frankreich könnte damit dem Schicksal vieler anderer Länder entgehen, in denen die Linke in den letzten Jahren zum Juniorpartner von Liberalen degradiert wurde. Mélenchon ist nicht nur der unbestrittene Kopf dieses Bündnisses, ihm ist es auch gelungen, die anderen linken Parteien um ein explizit radikales Programm des ökologischen Umbaus und der Wiederherstellung sozialer Sicherheit zu versammeln. Seine Agenda sieht ausdrücklich vor, Hollandes neoliberale Arbeitsmarktreform rückgängig zu machen und die europäischen Verträge zu verletzen, wenn sie der Umsetzung der gemeinsamen politischen Ziele im Wege stehen. In den Umfragen steht NUPES derzeit gleichauf mit dem Lager von Macron und der gegenwärtig gespaltenen extremen Rechten, manche Institute sehen das Linksbündnis sogar an der Spitze.

Manon Aubry, Europaabgeordnete von La France Insoumise, war an den Verhandlungen über das Wahlbündnis beteiligt. Sie sprach mit David Broder von JACOBIN über den Wandel in Frankreichs politischer Landschaft und die Hoffnungen der Linken auf die Parlamentswahlen.

Wahlbündnis NUPES

Ihr konntet euch mit den anderen linken Parteien darauf einigen, bei den Parlamentswahlen im Juni gemeinsam anzutreten. Wie stellt Ihr euch die Zusammenarbeit genau vor? Werden alle Kandidatinnen und Kandidaten mit dem gleichen Programm antreten oder gibt es lediglich einen Grundkonsens?

Diese Einigung mit den Grünen, der Kommunistischen und der Sozialistischen Partei ist von großer historischer Bedeutung. Auch das Datum dieser Übereinkunft hat für uns eine starke Symbolkraft, sie erfolgt nämlich einen Tag nach dem Jubiläum des Siegs der Volksfront bei den Wahlen von 1936. Was wir in tage- und nächtelangen Verhandlungen erreicht haben, ist eine Vereinbarung, nach der wir uns die einzelnen Wahlkreise aufteilen. Wir haben darüber hinaus aber auch ein gemeinsames ambitioniertes Programm, um die sozialen, wirtschaftlichen, ökologischen und demokratischen Probleme Frankreichs anzugehen. Wir möchten im Juni eine Mehrheit erzielen und dieses Land gemeinsam regieren.

Konkret bedeutet das, dass in jedem Wahlkreis eine Kandidatin /ein Kandidat von NUPES antritt, die von den örtlichen Mitgliedern aller Parteien unterstützt wird und für dieselben politischen Ziele eintritt: die Umsetzung des gemeinsamen Programms und die Wahl von Jean-Luc Mélenchon zum Premierminister.

Durch die Gründung von NUPES können wir unsere Chancen auf einen Sieg bei den Parlamentswahlen deutlich verbessern. Neugewählte Präsidenten haben üblicherweise eine breite Mehrheit in der Nationalversammlung hinter sich. Aber dieses Mal ist vieles anders. Die meisten Menschen, die im zweiten Wahlgang Macron gewählt haben, taten das nur, um Le Pen zu verhindern. Zwei Drittel der Französinen und Franzosen wollen nicht, dass Macron eine Mehrheit im Parlament bekommt. Und unter den drei großen politischen Blöcken (der neoliberalen Rechten, angeführt von Macron, der extremen Rechten, an deren Spitze Le Pen steht, und uns, der Linken) sind wir das einzige Lager, das im ersten Wahlgang der Parlamentswahlen vereint antreten wird. Das verändert die Dynamik der Wahlen fundamental. Wir hoffen, dass das viele linke Wählerinnen und Wähler dazu mobilisiert, wählen zu gehen. Wir können gewinnen. Und mit diesem Ziel vor Augen werden wir auch unseren Wahlkampf führen.

Bestimmte EU-Regeln falls nötig brechen

Eure Haltung zum bewussten Bruch der EU-Regeln wird in den Medien immer wieder aufgegriffen, vor allem von Kritikerinnen und Kritikern der Allianz, die sie als unüberwindliche Barriere zwischen Euch und den anderen Kräften der Linken darstellen. Zwischen Euch und der Sozialistischen Partei wurde eine Vereinbarung getroffen, die diese Differenzen in Hinblick auf die EU widerspiegelt. Sie erwähnt aber ebenso, dass andere Regierungen gewisse europäische Regeln bereits heute brechen. Eine gemeinsame linke Regierung wäre gemäß dieser Vereinbarung zwar dazu bereit, bestimmte Regeln zu »missachten«, ohne dabei das Ziel zu verfolgen, die EU zu verlassen. Könntest Du erklären, wie das in der Praxis funktionieren würde, und wie es zu einem Wandel in der gesamten EU führen könnte?

Ich war Teil des Verhandlungsteams zum gemeinsamen Programm. Ein glaubhaftes politisches Angebot zu entwerfen braucht viel Zeit und lange Diskussionen. Auf der ökonomischen Seite umfasst unser Entwurf eine grüne Wirtschaftsplanung, die Umverteilung von Vermögen, die Abschaffung von Armut, neue Institutionen, Preiskontrollen, eine Absenkung des Renteneintrittsalter auf sechzig Jahre, eine Einkommensuntergrenze für junge Menschen und noch vieles mehr. Wir sind uns in allen diesen Zielsetzungen einig. Wir haben also gezeigt, dass das Gerede von den »unüberbrückbaren Differenzen« auf der Linken einfach falsch ist. In den meisten Fragen ist es uns gelungen, eine gemeinsame Herangehensweise zu finden. Wir wissen genau, was nach einem Wahlsieg im Juni zu tun ist.

Unser Verhältnis zur EU war einer der Punkte, über die wir am intensivsten debattiert haben, weil wir da nicht die gleiche Sprache sprechen und wir nicht dieselbe langfristige Vision für die EU teilen. Das berührt etwa die Fragestellung, ob wir uns letztlich auf eine Föderation zubewegen sollten. Wir wissen, dass wir uns als Grüne, Sozialistinnen und Kommunisten darin nicht einig sind. Natürlich wird sich das nach zwei Wochen Verhandlungen nicht plötzlich ganz

anders darstellen – das war auch nicht das Ziel. Wichtig war, dass wir uns auf eine gemeinsame Strategie für den Umgang mit den europäischen Institutionen einigen konnten, sollte Jean-Luc Mélenchon zum Premierminister gewählt werden. Entscheidend ist dabei nicht, ob wir grundsätzlich pro- oder anti-europäisch eingestellt sind, sondern welche Chancen und Schwierigkeiten sich bei der Umsetzung unseres Programms auf der europäischen Ebene ergeben könnten.

Wir sind uns jetzt alle einig, dass die europäischen Regeln mit unseren Politikvorschlägen inkompatibel sind und wir »Ungehorsam« leisten müssen, wenn wir sie tatsächlich umsetzen wollen. Um es einmal an einigen Beispielen konkret zu machen: Die Wettbewerbsregeln würden uns davon abhalten, Schlüsselsektoren wie Stromerzeugung und den Transportsektor zu verstaatlichen und in Schulkantinen nur noch lokale Bioerzeugnisse zu verwenden. Die Fiskalregeln erlauben die Umsetzung unserer Sozialreformen und unseres Green New Deal nicht. Teile der gemeinsamen Agrarpolitik werden es erschweren, die industrielle Landwirtschaft hinter uns zu lassen und auf ein ökologisch nachhaltiges System der Nahrungsmittelproduktion umzusteigen. Diese Liste ließe sich fortführen. Es gibt also zwei Optionen: Wir können die Leute entweder belügen, und nach einem Wahlsieg die Hände in den Schoß legen, oder wir sagen ganz offen und ehrlich, welche spezifischen europäischen Regeln wir missachten werden.

Das hat nichts damit zu tun, was Viktor Orbán in Ungarn macht. Er ist mit dem neoliberalen Regelwerk der EU vollständig einverstanden. Orbán geht es eher darum, alle machtpolitischen Korrekture auf nationaler, europäischer und internationaler Ebene auszuhebeln.

Unser Ungehorsam will das Gegenteil erreichen: Erstens werden wir ihn auf diejenigen Regeln beschränken, die der Umsetzung unseres Programms im Weg stehen. Zweitens werden wir die Regeln nur dann brechen, wenn damit die Ausweitung sozialer, ökologischer und Menschenrechte erzielt wird.

Drittens missachten wir die Regeln nicht einfach um den Willen des Regelbruchs an sich: Wir möchten innerhalb der EU eine Dynamik erzeugen, die zu weiteren Verstößen und schließlich zu Veränderungen am Regelwerk selbst führt.

Wir wollen realistisch bleiben, was die Funktionsweise der EU angeht, und gleichzeitig das ambitionierte Ziel verfolgen, sie zu verändern. Regelbruch als Strategie hat in der Vergangenheit funktioniert und die Europäische Kommission oder den Rat dazu bewegt, neue Möglichkeiten zu eröffnen. Deutschland hat seinen Wasserversorgungssektor zum Beispiel vor Privatisierungen geschützt, und dieses Recht wurde später auch anderen Mitgliedstaaten eingeräumt. Eine Koalition von Staaten hat nach einer zehnjährigen Auseinandersetzung mit der EU das Recht erstritten, genteisch modifizierte Nutzpflanzen auf ihrem Territorium zu verbieten. Eine ähnliche Situation hat sich kürzlich zu Beginn der Krise ergeben. Als Spanien bei den Energiepreisen eingreifen wollte, zwang das die Kommission dazu, einen

Plan vorzulegen, in dessen Rahmen Preiskontrollen für Energie genehmigt werden dürfen. Auch Liberale wie Macron brechen die Regeln tagtäglich, wenn auch mit den falschen Zielen. Niemand würde sagen, dass Macron auf einen Frexit hinarbeitet. Aber er missachtet trotzdem europäische Regeln zur Luftverschmutzung, dem Ausbau erneuerbarer Energien, Arbeitszeiten beim Militär, Datenschutz und vielem mehr.

Was Umwelt- und Sozialstandards betrifft, so ist es an der Zeit, den Unterbietungswettbewerb innerhalb der EU zu beenden. Wir werden keine EU-Regeln umsetzen, die weniger ambitioniert als unsere nationalen Regeln sind oder einen weniger umfassenden Schutz der Menschen-, Umwelt- oder sozialen Rechte bieten.

Rücknahme der Arbeitsrechtsgesetze

Die Einigung mit der Sozialistischen Partei ist auch insofern bemerkenswert, als dass sie explizit vorsieht, eines der wichtigsten Projekte der Regierung Hollande – die Prekariisierung des Arbeitsmarkts – durch das sogenannte El-Khomri-Gesetz rückgängig zu machen.

Wir haben uns dazu sehr offen mit der Sozialistischen Partei ausgetauscht und wir waren ehrlich gesagt überrascht von der großen Bereitschaft, mit der Ära Hollande abzuschließen. Sie haben der Rücknahme des El-Khomri-Gesetzes (welches auch symbolisch für Hollandes Politik des Sozialabbaus steht) als Teil unseres gemeinsamen Programms fast gleich zu Anfang zugestimmt.

Allgemein scheint die Botschaft angekommen zu sein, dass sich die linken Wählerinnen und Wähler nicht nur ein zaghaftes Abrücken von Macrons Politik wünschen, sondern einen radikalen Wandel. Die Leute wollen höhere Steuern für Reiche, eine Obergrenze für Managergehälter, Kontrolle über transnationale Konzerne, Wohnungen für Obdachlose, höhere Renten und Sozialleistungen für Menschen mit geringem Einkommen, bessere Löhne, eine Regulierung von Dividendenausschüttungen, und dergleichen. Und sie wünschen sich radikale Lösungen für die Klimakrise. Sie glauben nicht mehr an Macrons falsche Versprechungen. Sie möchten, dass sofort Maßnahmen ergriffen werden, denn die jungen Menschen wissen, dass ihre Zukunft auf dem Spiel steht. Ich glaube, dass die Sozialistische Partei dies nun endlich verstanden hat – eine sehr wichtige Entwicklung.

Warum erst jetzt dieses Bündnis?

Die verschiedenen linken Parteien möchten also mit einem gemeinsamen Programm antreten und Jean-Luc Mélenchon zum Premierminister wählen. Viele unserer Leserinnen und Leser werden sich fragen, warum eine solches Bündnis in der Vergangenheit nicht möglich war – nach der Präsidentschaftswahl von 2017, bei der Mélenchon ein ähnlich starkes Ergebnis erreicht hat, oder sogar vor Beginn des Wahlkampfes von 2022, währenddessen es heftige Attacken auf

Mélenchon gab. Woran liegt es, dass gerade Mélenchon – dem vorgeworfen wurde, zu polarisieren – diese beispiellose Einigkeit herstellen konnte?

Die Leute, die immer behaupteten »Das Problem der Linken heißt Mélenchon!«, haben sich geirrt. Die Vereinbarung, die wir gerade erzielt haben, bezeugt das. Er hat es geschafft, alle Kräfte der Linken hinter einer klaren politischen Linie zu versammeln, was seit Jahrzehnten nicht mehr geschehen ist. Gar nicht so schlecht für eine »polarisierende« Figur!

Ich glaube allerdings auch, dass die politische Situation eine ganz andere ist als noch vor fünf Jahren. 2017 waren die Sozialisten die Partei von François Hollande. Er hat die Ideale der Linken in fast allen Fragen verraten, besonders durch seine unsozialen Arbeitsmarktreformen, seine Steuer geschenke an Großunternehmen und seine Stigmatisierung von Menschen mit doppelter Staatsbürgerschaft. 2017 konnten wir uns nicht einmal mehr als »links« bezeichnen, weil dieser Begriff durch Hollandes Politik so vergiftet war. Und wir konnten uns nicht ernsthaft mit einer Sozialistischen Partei verbünden, die sich weigerte, sich zwischen einer liberalen und einer linken Agenda zu entscheiden. 2022 ist die Situation eine ganz andere. Während des Präsidentschaftswahlkampfes war die Linke gespalten, aber wir hatten die meisten [innerlinken] Kulturkämpfe bereits gewonnen: Konflikte über unser Verhältnis zu Europa, Steuer gerechtigkeit, mehr Umverteilung von Vermögen, grüne Wirtschaftsplanung statt wirtschaftliche »Anreize« und so weiter. Das Resultat des ersten Wahlgangs war eindeutig: Wir haben zweimal so viele Stimmen gewonnen wie der Rest den linken Lagers zusammen. Mit 22 Prozent haben wir es fast in die Stichwahl geschafft und unter jungen Menschen, in verarmten Vorstädten, Stadtzentren und den nichteuropäischen Teilen des französischen Staatsgebiets enormen Zuspruch erhalten. Die linke Wählerinnenschaft hat die klare und deutliche Botschaft gesendet, dass sie sich ein radikales Programm wünscht und keines der linken Mitte. Jean-Luc Mélenchon hat die Gelegenheit genutzt, auf dieser Grundlage eine Koalition zu schmieden.

Vor fünf Jahren hätte es NUPES schlichtweg nicht geben können, weil die erforderliche politische Kohärenz auf der Linken dafür nicht vorhanden war. Heute sind die kommunistische Partei, die sozialistische Partei und die Grünen erstmals unter einem gemeinsamen Dach und hinter einem gemeinsamen Programm zusammen gekommen. Wir standen vor der Gefahr, dass die Linke verschwindet, so wie es in Italien geschehen ist. Aber letztendlich haben wir es geschafft, einen starken politischen Block zu bilden, der sowohl Macron als auch die radikale Rechte herausfordern kann. Darauf bin ich sehr stolz. Millionen von Menschen, die sich einen echten Wandel wünschen, gibt das Hoffnung.

[Jacobin.de](https://jacobin.de)

(1) Webseite von La France Insoumise:

<https://linsoumission.fr/>

Wahlbündnis in Frankreich NUPES

Einen Eindruck über die Breite des Bündnisses, das Menschen in den Banlieues und Jugendliche (die zu 40% es gewählt haben) aber auch viele Kulturschaffende und Intellektuellen begeistern kann, bietet ein Video über die [Vollversammlung am 7. Mai 2022](#)

Das Programm des Wahlbündnisses hat Manon Aubry skizziert, wir haben hier dessen letzte Kapitel übersetzt, in dem es um die Positionierung zur Europäischen Union und um internationale Fragen geht.

Kapitel 8: Europäische Union und Internationales

Wir haben als gemeinsames Ziel, den liberalen und produktivistischen Kurs der Europäischen Union zu beenden und ein neues Projekt im Dienste der ökologischen, demokratischen und solidarischen Wende ins Leben zu rufen, auch wenn sich unsere Ansichten über den Aufbau Europas unterscheiden.

La France insoumise und die Kommunistische Partei Frankreichs sind die Erben des linken Neins zum Europäischen Verfassungsvertrag im Jahr 2005, die Sozialistische Partei fühlt sich dem europäischen Aufbauwerk und seinen Errungenschaften verpflichtet und ist ein wichtiger Akteur in diesem Prozess, und Europe Écologie-Les Verts ist gemäß seiner Geschichte für den Aufbau eines föderalen Europas. Gemeinsam wollen wir die europäische Politik auf soziale Gerechtigkeit, Ökologie, menschlichen Fortschritt und die Entwicklung öffentlicher Dienstleistungen ausrichten.

Um dies zu erreichen, schlagen wir Folgendes vor

– **Den Kampf für das Klima verstärken:** Wir haben zum Ziel die Herabsetzung der Treibhausgasemissionen um 65 % bis 2030, die Anhebung der europäischen Ziele für die Produktion erneuerbarer Energien, die Einrichtung von Schutzgebieten auf 30 % der Fläche, die Streichung von Gas und Atomkraft aus der Taxonomie, die Verabschiedung eines neuen Umweltvertrags, der das Verbrechen des Ökozids beinhaltet.

– **Transformation der Gemeinsamen Agrarpolitik** zu Gunsten der Agrarökologie und einer bäuerlichen, lokalen Landwirtschaft, Ausstieg aus synthetischen Düngemitteln und Pestiziden, Übergang von der industriellen Tierhaltung zu nachhaltigen und tierschutzgerechten Praktiken. Eine Landwirtschaft, die sich für die Bauern lohnt und viele Arbeitsplätze schafft, die durch eine Regulierung der Märkte unterstützt wird und allen Menschen Zugang zu hochwertigen Lebensmitteln ermöglicht.

– **Ausweitung der sozialen Rechte:** Aufwärtsharmonisierung der sozialen Rechte und der europäischen Mindestlöhne zur Bekämpfung von Sozialdumping, Verbesserung der Arbeitsbedingungen und Schaffung der besten Sozialstandards, Bekämpfung von Standortverlagerungen, Durchsetzung des Grundsatzes „gleicher Lohn für gleiche Arbeit und

gleiche Sozialversicherungsbeiträge“ durch Rücknahme der derzeitigen Regelung für entsandte Beschäftigte, Durchsetzung des Status von Lohnabhängigen für Plattformbeschäftigte, Entwicklung eines europäischen Plans zur Bekämpfung der Armut, insbesondere bei Kindern und älteren Menschen.

– **Gesundheit:** Ermutigung und Unterstützung der Mitgliedstaaten zur Gewährleistung eines universellen Zugangs zu Gesundheitsdiensten, einschließlich psychischer Gesundheit, insbesondere durch die Bekämpfung „medizinischer Wüsten“, die Verlagerung der Arzneimittelproduktion nach Europa und die Aufhebung von Patenten auf Impfstoffe und Arzneimittel.

– **Eine Wirtschaft im Dienste des Klimas und der Bürger*innen:** Beendigung des Stabilitäts- und Wachstumspakts und Aufhebung der Haushaltsregeln, die das Defizit auf maximal 3 % und die Schuldenquote auf maximal 60 % begrenzen, Neubestimmung der Aufgaben und des Statuts der EZB, damit sie direkt an Staaten Kredite vergeben kann, und Unterstellung der EZB unter demokratische Kontrolle, um sie zu einem politischen Instrument im Dienste des Gemeinwohls mit ökologischen und sozialen Zielen und nicht nur zur Bekämpfung der Inflation zu machen.

– **Gemeinsam in die ökologische und solidarische Wende investieren:** Schaffung neuer Eigenmittel (erweiterte Finanztransaktionssteuer, Kilometersteuer, Kerosinsteuer ...), Stärkung der europäischen Investitionen und Bereitstellung von mindestens 50 % des EU-Haushalts für Aktivitäten für Klima und Biodiversität, wobei sichergestellt werden muss, dass die weiteren Haushaltsposten diesen Zielen nicht schaden.

– **Steuerflucht ausmerzen:** Abschaffung des Einstimmigkeitsprinzips in Steuerfragen und damit des Vetorechts von Steueroasen, Einführung einer Mindestkörperschaftsteuer von 25 %, Zusammenstellung einer glaubwürdigen europäischen Liste von Steueroasen und Verhängung von Sanktionen gegen diese, um den Steuerwettbewerb innerhalb der Europäischen Union zu beenden.

– **Soziale und ökologische Schutzmaßnahmen einführen:** Ablehnung jeglichen neuen Freihandelsabkommens, Einführung neuer Kooperationen auf der Grundlage verbindli-

cher und kontrollierbarer Sozial-, Umwelt- und Gesundheitsklauseln, Einführung einer sozialen und ökologischen Besteuerung an den Landesgrenzen, Aufnahme von Kriterien für die lokale Produktion in das öffentliche Beschaffungswesen der Europäischen Union, um unsere Wirtschaft zu schützen und neue Sozial- und Umweltstandards zu fördern.

– **Geflüchtete würdig aufnehmen:** Abschaffung der Dublin-III-Verordnung und Neuverhandlung des Asyl- und Migrationspakts, dessen Grundlagen sehr unausgewogen sind, Förderung der Schaffung legaler und sicherer Migrationswege, Einrichtung eines Seenotrettungskorps und Beendigung der Verletzung von Grundrechten durch Frontex.

– **Gleichheit durchsetzen:** Anwendung der „Meistbegünstigungsklausel“ zur Aufwärtsharmonisierung der Frauenrechte in Europa, Aufnahme des Rechts auf Abtreibung und aller anderen sexuellen und reproduktiven Rechte in die Charta der Grundrechte der Europäischen Union und Absicherung ihrer direkten Anwendbarkeit, Verstärkung des Kampfes gegen jegliche Diskriminierung, ob wegen der Herkunft, des Geschlecht, einer Behinderung, der sexuellen Orientierung oder der Geschlechtsidentität, und Verteidigung der Rechte von Minderheiten.

– **Stärkung der Demokratie:** Aussetzung der EU-Finanzierung für Mitgliedstaaten, die die Rechtsstaatlichkeit oder die Grundfreiheiten nicht achten, Verteidigung einer europäischen Regelung zur Unabhängigkeit der Medien, strengere Kontrolle von Lobbys, Gewährung einer Haushaltsbefugnis und eines Initiativrechts für das Europäische Parlament, Schaffung einer verbindlichen europäischen Bürgerinitiative (ein RIC [Referendum auf Bürgerinitiative] auf europäischer Ebene), Einrichtung ständiger Debattenräume, die es ermöglichen, die Beiträge der Akteure der Zivilgesellschaft, der Verbände, der Gewerkschaften und der Gebietskörperschaften zu berücksichtigen.

Wir sind uns darüber im Klaren: Einige dieser Kämpfe erfordern eine Neuverhandlung der derzeitigen europäischen Verträge und Regeln. Denn auch wenn einige europäische Regeln Anknüpfungspunkte bieten, stellt heute jeder fest, **wie sehr andere, bedeutende, im Widerspruch zu den Erfordernissen der ökologischen und sozialen Dringlichkeit stehen und ernsthafte Blockaden bei der Umsetzung unseres Programms darstellen.**

– **Die Freihandelsverträge** stehen der Erreichung unserer ökologischen Ziele im Wege, schüren Sozialdumping und begünstigen Standortverlagerungen.

– **Der derzeitige Rahmen des „freien und unverfälschten“ europäischen Wettbewerbs, wie er in den europäischen Verträgen und den daraus resultierenden Regeln festgelegt ist,** ist unvereinbar mit der Relokalisierung der Produktion sowie der Erhaltung und Entwicklung öffentlicher Dienstleistungen und Gemeingüter.

– Die **derzeitige Gemeinsame Agrarpolitik** fördert ein produktivistisches und industrielles Modell, das im Widerspruch zu einer bäuerlichen, ökologischen und tierschutzgerechten Landwirtschaft steht.

– **Das Statut der Europäischen Zentralbank und die Austeritätsvorschriften des Europäischen Semesters** zwingen die Staaten, sich in die Hände der Finanzmärkte zu

begeben und Investitionen in den ökologischen Umbau und den Sozialstaat zu kürzen.

– **Der freie Kapitalverkehr** hindert uns daran, einen zunehmend aggressiven und schädlichen Finanzsektor zu kontrollieren.

Infolgedessen **müssen wir bereit sein, bestimmte Regeln zu missachten.** Aufgrund unserer jeweiligen eigenen Geschichte sprechen manche unter uns von Ungehorsam, andere von vorübergehenden Abweichungen, aber wir streben alle dasselbe Ziel an: in der Lage zu sein, das gemeinsame Regierungsprogramm vollständig umzusetzen und somit das Mandat, das uns die Franzosen erteilt haben, zu erfüllen.

Dies ist kein politisches Ziel an sich, sondern ein Instrument: Viele Staaten haben bereits darauf zurückgegriffen, wie Deutschland, um die Ausschreibung des Wassersektors zu verhindern, wie eine Koalition von Staaten, um gentechnisch veränderte Organismen (GVO) zu verbieten, oder wie Spanien, um angesichts des Anstiegs der Energiepreise einzugreifen. Dies kann nur unter Einhaltung der Rechtsstaatlichkeit geschehen. In diesem Sinne stellen wir uns frontal gegen das autoritäre Abdriften Polens und Ungarns, die die Grundrechte und -freiheiten in autoritärer und reaktionärer Absicht angreifen.

Wir wollen

– **bestehende Handlungsspielräume nutzen:** auf Schutzklauseln zurückgreifen, mit der Europäischen Kommission die notwendigen Rechtsanpassungen und Ausnahmeregelungen aushandeln, die bei der Umsetzung unseres Programms von Fall zu Fall erforderlich sind.

– **wenn nötig die Umsetzung von Regeln einstellen, die mit den in unserem Programm enthaltenen ökologischen und sozialen Verpflichtungen unvereinbar sind:** zum Beispiel Teile des Wettbewerbsrechts, die uns daran hindern, für den ökologischen Wandel strategische Unternehmen wieder zu verstaatlichen und öffentliche Unternehmen zu bilden, wie die Elektrizitätsgesellschaft EDF oder Autobahngesellschaften, oder die Verwendung von Bio- und lokalen Produkten in Kantinen zu fördern; Haushaltsregeln, die unsere Fähigkeit einschränken, in die ökologische Wende zu investieren.

– **Widersprüche zwischen den EU-Regeln und unseren internationalen Klima- oder Arbeitsschutzverpflichtungen nutzen,** um den anspruchsvollsten Standards Vorrang einzuräumen: Wir werden ein Prinzip des sozialen Rückschrittsverbots und ein Prinzip der Nichtschädlichkeit für die Umwelt einführen.

Wir werden aktiv an einer tiefgreifenden Änderung von Regeln arbeiten, die mit unserem Programm unvereinbar sind: Dies soll ein Raum für Verhandlungen, die Ausbalancierung von Macht und Kooperationen mit variabler Geometrie sein. Angesichts von Notsituationen mussten sich einige Regeln ändern: Die EZB hat ihr Programm zum Aufkauf von Staatsschulden als Reaktion auf die Finanzkrise von 2008 ins Leben gerufen; angesichts der Pandemie wurden einige Regeln wie die Haushaltsregeln oder die Regeln zu staatlichen Beihilfen von der Europäischen Kommission ausgesetzt und liefern Beispiele für die notwendige Flexibilität.

Dass die europäischen Regeln angesichts von Notlagen in Frage gestellt werden, ist für uns von Vorteil. Unser Ziel wird es sein, andere Staaten für ein gemeinsames Vorgehen mit uns zu gewinnen, um als Regierung dazu beizutragen, die europäische Politik neu auszurichten und die europäischen Regeln und Verträge, die mit unserem durch Wahlen legitimierten sozialen und ökologischen Anspruch unvereinbar sind, dauerhaft zu ändern. Und ein Land wie Frankreich verfügt über Argumente, Instrumente und politisches Gewicht zur Förderung eines neuen gemeinsamen Horizonts in Europa.

- **Im Rat der Europäischen Union Auseinandersetzungen führen:** Allianzen bilden, um Mehrheiten für Bestimmungen zu erreichen, die den sozialen und ökologischen Fortschritt fördern, Blockademinderheiten für Bestimmungen bilden, die dem entgegenstehen, unser Vetorecht gegen Freihandelsabkommen einsetzen.
- **Auf verstärkte Zusammenarbeit zurückgreifen:** mit einigen wenigen vorankommen, wenn es eine Blockade bei 27 gibt. Dies wird bereits getan: Eine Koalition aus 11 Staaten arbeitet an einer Finanztransaktionssteuer. 14 Staaten haben eine Vorlage für ein internationales Scheidungsrecht angenommen, um das Veto Schwedens zu umgehen.
- **Kooperationen mit Drittstaaten eingehen, die dies wünschen:** Dies geschieht bereits bei Programmen wie Erasmus oder Industriepartnerschaften wie Airbus und könnte durch Abkommen im Steuer- oder Umweltbereich ausgebaut werden.
- **Die Mobilisierung der Bürgerinnen und Bürger vorantreiben,** indem Allianzen und Konvergenzen mit den politischen Kräften, die diese Ziele teilen, und mit der Zivilgesellschaft in Europa aufgebaut werden.

Diese Kämpfe werden notwendig sein, aber nicht hinreichend. Um der ökologischen und sozialen Dringlichkeit gerecht zu werden, müssen sich die europäischen Institutionen und Regeln grundlegend ändern. Wir schlagen vor, einen **Demokratieschock** herbeizuführen, indem wir **einen europäischen Konvent zur Überarbeitung und Neufassung der europäischen Verträge** einberufen, zusammen mit den nationalen Parlamenten und dem Europäischen Parlament und unter Einbeziehung der treibenden Kräfte und sozialen Bewegungen des Kontinents. Diese neuen Texte müssen den Menschen in einem Referendum zur Abstimmung vorgelegt werden.

Den Platz eines unabhängigen Frankreichs in der Welt verantwortlich wahrnehmen

- Den „Kampf der Kulturen“ ablehnen, internationale Maßnahmen im Dienste des Friedens ergreifen und eine universelle und unverfälschte Auffassung von Menschenrechten fördern.
- An der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE) wieder voll teilnehmen.
- Die Erosion des französischen diplomatischen Netzes stoppen.
- Whistleblowern, diesen neuen Freiheitskämpfern im Dienste der grundlegenden allgemeinen Interessen der

Menschheit, wie Edward Snowden und Julian Assange, Asyl gewähren.

- Die Souveränität und Freiheit der Ukraine und des ukrainischen Volkes sowie die Integrität ihrer Grenzen verteidigen, in einem Kontext von internationalen Spannungen und kriegerischen Handlungen auf dem europäischen Kontinent und angesichts der von Wladimir Putin beschlossenen Kriegsverbrechen.

Aufbau einer unabhängigen, republikanischen Volksverteidigung

- Ein Weißbuch verfassen, ein neues Gesetz zur Militärplanung verabschieden und unsere Anpassung an den Klimawandel umsetzen.
- Stopp der Privatisierung der Rüstungsindustrie und der nationalen Verteidigungsaufgaben.
- In der Armee Priorisierung der Beschaffung von militärischer Ausrüstung aus Frankreich und aus europäischen Programmen, an denen Frankreich teilnimmt.
- Nutzung des digitalen Raums und der Raumfahrten zur Installation defensiver und nicht tödlicher Systeme gegen Aggressionen und für den Frieden.
- Unsere Nachrichtendienste in die Lage versetzen, die mit dem Klimawandel verbundenen Risiken, einschließlich der Gesundheitsrisiken, zu antizipieren.
- Das Militärmaterial und die Ausrüstung unserer Soldaten an die neuen klimatischen Gegebenheiten anpassen.
- Einen Plan zur Anpassung der kritischen militärischen Infrastruktur auflegen.
- Vereinfachung der Entschädigung und Anerkennung von psychischen Verletzungen in der französischen Armee.
- Waffenexporte den Grundsätzen des Völkerrechts und den von Frankreich demokratisch definierten politischen Partnerschaften unterordnen, eine parlamentarische Delegation einrichten, die sich der Kontrolle von Waffenexporten widmet.
- Bekämpfung des Söldnertums und der Privatisierung des Krieges, insbesondere des Rückgriffs auf private Militärfirmen.

Stärkung und Demokratisierung der Vereinten Nationen (UN)

- Bekräftigen, dass die UN das einzige legitime Organ für die kollektive Sicherheit auf globaler Ebene sind.
- Transparenz bei den Beratungen des UN-Sicherheitsrats und seine Reform fordern, um eine gerechtere Vertretung der Kontinente, insbesondere Afrikas, zu gewährleisten.
- Sich für die Stärkung der von freiwilligen Beiträgen abhängigen UN-Organisationen einsetzen und die finanzielle Unterstützung Frankreichs erhöhen.
- Schaffung einer Weltumweltorganisation und Unterstützung der Organisation der Vereinten Nationen für Bildung, Wissenschaft und Kultur (UNESCO) und der Weltgesundheitsorganisation (WHO), die von den Begehrlichkeiten der Pharmaindustrie befreit wird.

- Die Ernährungs- und Landwirtschaftsorganisation der Vereinten Nationen (FAO) reformieren, um Ernährungssouveränität, Marktregulierung und eine ökologische Wende der Landwirtschaft zu fördern.
- Mit den betroffenen Staaten und Bevölkerungen unter der Schirmherrschaft der UN überall dort, wo der Frieden nicht garantiert ist, politische Lösungen erarbeiten (Naher und Mittlerer Osten, Sahelzone in Afrika, Kaschmir, Kaukasus, Arabischer Golf, Horn von Afrika usw.).
- Das internationale Recht und die Einhaltung der UN-Resolutionen durch den Sitz Frankreichs im Sicherheitsrat verteidigen.
- Die Schaffung einer ökologischen Interventions- und Sicherheitstruppe unter der Ägide der UN und den Abschluss eines Nichtverbreitungsvertrags für fossile Energieträger mit dem Ziel vorantreiben, jegliche Erforschung und neue Förderung von Öl, Gas und Kohle im Ausland zu verbieten.
- Wiederbelebung der multilateralen Prozesse zur nuklearen und konventionellen Abrüstung im Rahmen der UN-Abrüstungskonferenz und Teilnahme Frankreichs als beobachtendes Mitglied am Atomwaffenverbotsvertrag.

Die wirtschaftliche Zusammenarbeit neu begründen

- Im Internationalen Währungsfonds (IWF), in der Weltbank und in der Welthandelsorganisation (WTO) Vorschläge für einen Bruch mit dem internationalen Neoliberalismus und für Demokratisierung einbringen und an der Konferenz der UN für Handel und Entwicklung (UNCTAD) wieder aktiv teilnehmen.
- Die Einhaltung der Kernregeln der Internationalen Arbeitsorganisation in Handelsabkommen einbeziehen.
- Sich für die Annahme eines UN-Vertrags einsetzen, der multinationale Unternehmen zur Einhaltung von Sozial- und Umweltstandards verpflichtet.
- Sich für eine kollektive, von Marktmechanismen unabhängige Regelung der Staatsschulden im Rahmen der 2015 von der UN-Generalversammlung verabschiedeten Resolution einsetzen.
- Eine globale COP für soziale und Steuergerechtigkeit unter der Schirmherrschaft der UN vorschlagen.

Den völkerrechtlichen Schutz auf globale Gemeingüter ausdehnen

- Anerkennung des Verbrechens des Ökozids.
- Unterstützung der Einrichtung eines internationalen Gerichtshofs für Klima- und Umweltgerechtigkeit.
- Schaffung eines internationalen Gerichtshofs für Wirtschaftsrecht zur Verfolgung von transnationalen Finanzverbrechen.
- Ausweitung des Systems der Zwangslizenzierung und Aufhebung von Patenten auf Impfstoffe und andere medizinische Mittel zur Bekämpfung von Pandemien.
- Aktive Unterstützung der laufenden Verhandlungen über ein internationales Abkommen zur Bekämpfung von Plastikmüll.

- Die Frage des Wassers, seines Schutzes und des Zugangs für alle zu einem vorrangigen Thema der internationalen Politik und der Zusammenarbeit Frankreichs machen.
- Eine aktive Rolle bei den Verhandlungen über einen internationalen Vertrag zum Schutz der Tiefseegebiete übernehmen.
- Für die Verwaltung der arktischen und antarktischen Regionen als Gemeingüter der Menschheit eintreten und sie vor wirtschaftlichen Aktivitäten schützen, die ihre Ökosysteme durch die Ausbeutung ihrer unterseeischen Ressourcen wie Mineralien oder fossile Rohstoffe zerstören könnten.

Eine humanistische und realistische Migrationspolitik umsetzen

- Die Internationale Organisation für Migration (IOM) und das UN-Hochkommissariat für Flüchtlinge (UNHCR) stärken und eine jährliche Migrationskonferenz abhalten.
- Sich ungleichen Handelsabkommen widersetzen, um zu vermeiden, dass Menschen ihr Land verlassen müssen.
- Gegen die Folgen des Klimawandels mit Technologietransfer sowie finanzieller und materieller Hilfe vorgehen.
- Die Verletzung von Grundrechten durch Frontex beenden.
- Unsere Pflicht zur Aufnahme und Menschlichkeit gegenüber Flüchtlingen wahrnehmen.
- Den Zugang zu Visa erleichtern, den Aufenthalt von Beschäftigten, Studierenden und Eltern schulpflichtiger Kinder legalisieren und die zehnjährige Aufenthaltskarte als Standardaufenthaltstitel einführen.
- Den effektiven Zugang zur Gesundheitsversorgung für alle Menschen angesichts der politischen Instrumentalisierung der staatlichen Krankenhilfe (AME) gewährleisten.
- Zur Schaffung eines Status der „Umweltnotlage“ beitragen, der einen vorübergehenden Schutz bietet, der je nach Schwere der Katastrophe, die zur Migration geführt hat, zu einem dauerhaften Schutz werden kann.
- Beendigung der Dublin-Verordnung und Neuverhandlung des Abkommens von Le Touquet, Beendigung der Abkommen, die die Misshandlung Betroffener begünstigen, und der Instrumentalisierung der Entwicklungshilfe.
- Betreuung von Migranten durch ausreichende Aufnahme- und Unterbringungsmöglichkeiten im ganzen Land, Abschaffung des Solidaritätsdelikts, Schaffung einer einheitlichen Anlaufstelle für die Aufnahme.
- Das Recht auf Asyl umfassend garantieren.

Ausgehend von den Überseegebieten eine internationale Politik aufbauen

- Die Überseegebiete zu regionalen Polen der gemeinsamen Entwicklung machen: Technologietransfer an die Nachbarländer, logistische und wissenschaftliche Hilfe, Einrichtung von Ausbildungsgängen auf hohem Niveau, die sowohl den Studierenden aus den Überseegebieten als auch denen aus den Nachbarländern zugutekommen, militärische Zusammenarbeit zur Friedenssicherung.
- Beteiligung an regionalen Kooperationen unter Wahrung der strategischen Interessen Frankreichs: Gemeinschaft der Lateinamerikanischen und Karibischen Staaten (CELAC)

für die Antillen und Französisch-Guayana, Afrikanische Union für Mayotte, Beitritt zur Entwicklungsgemeinschaft des südlichen Afrika (SADC) und aktive Teilnahme an der Vereinigung der Anrainerstaaten des Indischen Ozeans (IORA) für La Réunion.

- Das Projekt Montagne d'or in Guyana endgültig aufgeben.
- Die Zukunft Neukaledoniens im Dialog mit allen Beteiligten und durch die demokratische Befragung der Bevölkerung gestalten.

Aufbau von solidarischen und globalisierungskritischen Kooperationen

- 0,7 % des Bruttonationaleinkommens für öffentliche Entwicklungshilfe bereitstellen.
- Reform der „Entwicklungshilfe“, die von der französischen Entwicklungsagentur (AFD) geleistet wird, damit sie nicht den Interessen oligarchischer Regime und an „öffentlich-privaten Partnerschaften“ interessierter Unternehmen dient. Gemeinsam mit den Zivilgesellschaften vor Ort über ihre Zuteilung entscheiden mit dem Ziel, die Menschenrechte und die Souveränität der Bevölkerung zu stärken und den Klimawandel zu bekämpfen.
- Für den Frieden handeln und die Unabhängigkeit der Staaten und die Souveränität der Völker respektieren.
- Neubelebung der gemeinsamen Entwicklung und Zusammenarbeit insbesondere im Kampf gegen den Klimawandel.
- Die Umstrukturierung der Staatsschulden für arme Länder unterstützen, ihre COVID-Schulden erlassen.

Den westlichen Mittelmeerraum auf der Grundlage gemeinsamer Fortschrittsziele vereinen

- Ein Netzwerk für Berufsbildung und Universitäten im Mittelmeerraum organisieren.
- Im Mittelmeerraum eine Eingreif- und Zivilschutztruppe zur Bekämpfung von Bränden und zur Seenotrettung bei Naturkatastrophen schaffen.
- Eine gemeinsame Struktur für die Bekämpfung von Umweltverschmutzung und das Management der Beseitigung von Verschmutzungen des mediterranen Ökosystems schaffen.
- Ausweitung der in der Ostsee geltenden Umweltstandards auf das Mittelmeer, insbesondere im Hinblick auf die Begrenzung der Emissionen aus dem Seeverkehr.

Aufbau von Beziehungen zu Afrika auf der Grundlage der Souveränität der Völker

- Eine Debatte mit anschließender Abstimmung im Parlament über die Ziele und das Vorgehen der französischen Armee in der Sahelzone und in Mali organisieren.
- Die Solidarität mit der Sahelzone stärken und die Hilfe von der Einhaltung der Menschenrechte sowie der demokratischen, sozialen und ökologischen Rechte abhängig machen, um durch eine bessere Koordinierung der internationalen Hilfe und die Berücksichtigung der lokalen sozialen Dynamiken besser auf die unmittelbaren Bedürfnisse der Bevölkerung eingehen zu können.

– Überprüfung der Verteidigungsabkommen mit den afrikanischen Ländern, damit sie im Interesse der Völker geschlossen werden und jegliche Einmischung in die inneren Angelegenheiten der afrikanischen Länder verhindern.

– Den afrikanischen Ländern der CFA-Zone (deren westlicher Teil zur ECO-Zone wurde) die Schaffung einer Währung ermöglichen, über die sie souverän verfügen und deren Konturen sie selbst bestimmen können.

– Abschaffung der verabscheuungswürdigen Schulden einiger afrikanischer Länder, das heißt der Schulden, die von Diktaturen mit dem einzigen Ziel aufgenommen wurden, den herrschenden Clan zu bereichern oder Maßnahmen zu ergreifen, die dem allgemeinen Interesse zuwiderlaufen.

– Eine unabhängige Untersuchungskommission einrichten, um zu überprüfen, ob die Anschuldigungen, die französische Armee habe Übergriffe begangen, berechtigt sind oder nicht.

Eine Frankophonie der Völker pflegen

– Den Gebrauch der französischen Sprache in internationalen Institutionen fördern.

– Ein frankophones Erasmus-Programm schaffen.

– Gemeinsame Bildungsinhalte und Abschlüsse zwischen frankophonen Ländern entwickeln.

– Die frankophonen audiovisuellen Medien stärken.

– Die Parlamentarische Versammlung der Frankophonie (APF) stärken.

– An der Gründung einer weltweit führenden frankophonen wissenschaftlichen Zeitschrift mitwirken.

– Schaffung einer frankophonen Universität, die insbesondere einen gemeinsamen Studiengang für alle Berufe im Luft- und Raumfahrtsektor anbietet.

– Erneute Schaffung von Räumen für frankophone kulturelle Ausdrucksformen (zum Beispiel nationale Bühnen).

– Stärkung des Netzes der französischen Institute und Arbeitsgemeinschaften.

Die Erkundung des Weltraums wiederbeleben

– Bekämpfung des Wettrüstens im Weltraum bei gleichzeitiger Wahrung der Souveränität Frankreichs angesichts neuer Bedrohungen.

– Einen neuen internationalen Vertrag über die Nichtaneignung von Weltraumressourcen und die Entmilitarisierung des Weltraums vorschlagen.

– Ein internationales Programm zur Säuberung der geostationären Umlaufbahnen und neue internationale Regeln für die Besetzung niedriger Umlaufbahnen vorschlagen.

– Die Privatisierung von Arianespace rückgängig machen und die Vorrichtung zum Starten von Satelliten schützen, die Mittel des Centre national d'études spatiales (Nationales Zentrum für Weltraumstudien) aufstocken.

– Ausstattung Frankreichs mit Mitteln zur Abwehr feindlicher Aktionen, die aus dem Weltraum gegen Frankreich gestartet werden.

– Verbot kommerzieller und privater Reisen in den Welt-
raum, die ein höchst umweltschädlicher Luxus für eine
Minderheit sind.

– Die Nutzung von Galileo durch die breite Öffentlichkeit
garantieren, indem die wechselseitige Kompatibilität zwi-
schen Galileo und GPS vorgeschrieben wird.

Die Punkte, über die die Nationalversammlung beraten sollte

Da im Rahmen der Institutionen der Fünften Republik der
Präsident die Verträge aushandelt und unterzeichnet, kann
keine Regierung ohne ihn derartige Entscheidungen treffen.
Es wird im Übrigen davon ausgegangen, dass das nationale
Interesse gebietet, dass Frankreich mit einer Stimme zur
Welt spricht. Dennoch muss die Debatte mit ihm geführt
werden. Die Positionen sind wie folgt.

La France insoumise wird den sofortigen Rückzug Frank-
reichs aus dem integrierten Kommando der NATO und dann
schrittweise aus der Organisation selbst vorschlagen. Sie
wird jede Aufnahme unseres Landes in ein ständiges Militä-
rbündnis im indopazifischen Raum und anderswo sowie
jede militärische Intervention ohne UN-Mandat ablehnen.
Sie wird sich dafür einsetzen, die Bildung eines neuen glo-
balen Verständigungsabkommens in die Wege zu leiten.

Die Kommunistische Partei Frankreichs wird sich für den
Rückzug Frankreichs aus dem integrierten Kommando der
NATO und für die anschließende Auflösung der NATO ein-
setzen. Sie wird vorschlagen, dass Frankreich die Initiative
für eine gesamteuropäische Konferenz zur Schaffung eines
gemeinsamen Raums des Friedens und der kollektiven Si-
cherheit in Europa auf der Grundlage der Schlussakte der
Konferenz von Helsinki und der Charta von Paris aus dem
Jahr 1990 ergreift. Sie wird für die Beibehaltung der Kerne-
nergie in der europäischen Taxonomie eintreten.

La France insoumise und die Kommunistische Partei Frank-
reichs werden vorschlagen, nach einer Debatte im Parla-
ment einen Zeitplan für die Beendigung der französischen
Militäroperationen in der Sahelzone zu beschließen, der mit
den betroffenen souveränen Nationen aufgestellt wird.

Europe Ecologie-Les Verts und die Sozialistische Partei
werden die Stärkung der militärischen Zusammenarbeit auf
EU-Ebene, die Schaffung eines europäischen militärischen
Einsatzkommandos sowie die Intensivierung der Waffenlie-
ferungen an die Ukraine und die Verhängung eines vollstän-
digen und sofortigen Embargos für Importe von Öl, Kohle,
Kernbrennstoffen und Gas aus Russland unterstützen.

Die Sozialistische Partei wird sich für den Verbleib Frank-
reichs in der NATO aussprechen.

Aus <https://nupes-2022.fr/le-programme/>
Übersetzung: SiG-Redaktion

Lang andauernde Kämpfe und Solidarität als Grundlage für den Erfolg

Lea Fauth, 26. Mai 2021:

Erfolg nach 2 Jahren Streik

„Mehr als zwei Jahre lang streikten die
Reinigungskräfte des Pariser Ibis Hotels
für höhere Löhne und bessere Arbeits-
bedingungen. Jetzt schafften sie einen
Durchbruch: 250 bis 500 Euro mehr Lohn
pro Monat und einen Kündigungsschutz
konnten sie erreichen – ihr Gegner war der
multinationalen Hotelkonzern Accor. Un-
terstützung bekamen sie von SpenderIn-
nen, die ihren Lohn übernahmen. Dass sie
niemals gegen Accor gewinnen können,
hatten die streikenden Frauen oft zu hören
bekommen. „Heute haben wir alles er-
reicht“, sagt Rachel Keke, eine von ihnen.
22 Monate Streik, 20 Putzkräfte, ein Kon-
zern – und ein Sieg im Sinne des Arbeits-
kampfes. Am Dienstag feiern 19 Frauen und
ein Mann vor ihrem Arbeitsplatz, dem Pa-
riser Ibis Hotels Batignolles. „Die Sklave-
rei – vorbei! Die schlechte Behandlung –
vorbei!“, singen sie.

Aus: kontrast.at

**Rachel Kéké ist jetzt als Abgeordnete
der NUPES gewählt worden.**

Erfolgreiche Rettung der Papierfabrik Chapelle-Darblay

Die Papierfabrik Chapelle-Darblay nahe
Rouen ist nach drei Jahren Kampf gerettet
– ein Erfolg der Beschäftigten, der Ge-
werkschaft CGT und der Bündnisse „Plus
jamais ca.“ und „Sauvons la Chapelle-Dar-
blay“

Der Ort der Firma Chapelle-Darblay war
einst von großer Bedeutung in der Ge-
schichte des Briefpapiers, da hier die End-
lospapiermaschine 1798 von Louis Nicolas
Robert erfunden wurde. In heutiger Zeit
war die Firma Vorreiter in der Herstellung
von vollständig recyceltem Zeitungspapier.
Die Firma verarbeitete 40 % des in Frank-
reich gesammelten Recyclingpapiers und –
kartons und war damit prominenter Ab-
satzmarkt in dieser Branche. Der struktu-
relle Niedergang der Zeitungswelt wurde
der Firma zum Verhängnis. 2020 wurde
die Firma geschlossen und die 230 Be-
schäftigten entlassen.

UPM machte die Rechnung ohne den Wirt.
Schon 2019, als die ersten grauen Wolken
der Schließung am Horizont auftauchten,
war die Öffentlichkeit alarmiert. Eine im
Juli 2020 eingerichtete parlamentarische
Informationsmission sah die Rettung des
Werks in der Verpackungsbranche. Im
März 2021 riefen 67 gewählte Vertreter,
darunter Édouard Philippe, ehemaliger
Premierminister und Bürgermeister von Le
Havre, zur Rettung des in der Geschichte
des Syndikalismus verankerten Standorts
auf. Emmanuel Macron, der französische
Staatspräsident, erklärte, der Lage der Pa-
pierfabrik "große Aufmerksamkeit" zu
schenken.

Aber nicht dieses offizielle Engagement
war es, das den Erfolg bewirkte, entschei-
dend war das zivile Engagement, allen
voran das der Bündnisse „Plus jamais ca“
und „Sauvons la Chapelle-Darblay“.

Sie unterstützten Mobilisierungen auf dem
Werksgelände. Große Aufmerksamkeit er-
regten die Bündnisse und Vertreter der Be-
schäftigten wie auch der CGT und anderer
Organisationen, beispielsweise Greenpe-
ace, als Hunderte am 28. April 2021 das
Wirtschaftsministerium in Bercy für Stun-
den belagerten und blockierten. „Pour qu`-
industrie rime avec écologie, sauvons Cha-
pelle Darblay“ war auf einer Banderole zu
lesen.

Veräußerungsversuche der UPM ab Juni
2021 brachten die Regierung auf den Plan.
Man befürchtete, dass die Papierrecycling-
anlage durch ein Projekt zur Herstellung
von Wasserstoff ersetzt werden könnte.
2022 erwarb die Region Rouen-Norman-
die die Anlage. Sie übte ihr Vorkaufsrecht
aus. Dies ebnete den Weg für die Aufrecht-
erhaltung der historischen Papierverarbei-
tungs- und Recyclingtätigkeit. Das Kon-
sortium Véolia/Fibre Excellence erwarb
den Betrieb mit der Auflage, die Recy-
clingproduktion fortzusetzen und die in-
dustriellen und ökologischen Herausforde-
rungen der Metropole zu erfüllen.
Bemerkenswert ist der Zusammenschluss
der ökologischen Bewegung mit den Ge-
werkschaften und den Beschäftigten. Be-
merkenswert der unermüdliche Kampf al-
ler, der Beschäftigten von Chapelle-Dar-
blay, der CGT, der Bündnisse „Plus jamais
ca“ und „Sauvons Chapelle-Darblay“ und
der regionalen Politikvertreter, aber auch
all derer, die aus nah und fern die Erhal-
tung der Firma unterstützten.

Ukraine

Marcus Kloeckner

Politik der gespaltenen Zunge: Sie reden vom Frieden, aber wollen den Krieg



Warum bewegen „die Guten“ die Ukraine nicht zur Aufgabe? Die Beantwortung dieser Frage führt in einen politischen und moralischen Abgrund.

Stellen wir uns Folgendes vor: Am 24. Februar dieses Jahres marschiert Russland in die Ukraine. Der ukrainische Präsident erteilt den Befehl, dass von seiner Armee nicht ein Schuss abgefeuert wird. Er teilt in einer Fernsehansprache den Ukrainern mit, dass er trotz des schweren Völkerrechtsbruchs Russlands eine friedliche Lösung für sein Land möchte und im Sinne des Friedens bereit ist, mit Putin zu verhandeln.

Was wäre dann passiert? Wie würde die Ukraine heute aussehen? Hätten die russischen Soldaten das Feuer aus ihren Gewehren und Panzern gegen die Ukrainer eröffnet? Hätten russische Soldaten vor den Augen der Weltöffentlichkeit auf ein friedliches Volk geschossen, dass sich nicht einmal verteidigt, wenn eine Invasion im eigenen Land stattfindet?

Die Realität sähe vermutlich wie folgt aus: Den Ukrainern wären die Sympathien der gesamten Welt sicher gewesen. Die russische Armee wäre zunächst perplex gewesen. Sie ist gekommen, um zu kämpfen, aber kein Ukrainer ist bereit, sich auf diesen Kampf einzulassen. Teile der ukrainischen Machtelite, die eine Kooperation mit Russland verweigert hätten, wäre es an den Kragen gegangen. Vermutlich hätte es trotz der Friedfertigkeit der Ukrainer, alleine schon aufgrund der Eigendynamik eines solchen Einmarsches, auch Übergriffe und Verbrechen gegeben. Von den massiven Auswirkungen eines Krieges, wie sie nun heute jeden Tag in den Nachrichten zu hören sind, wäre die Ukraine verschont geblieben.

Die Auswirkungen für die Ukraine würden sich hauptsächlich auf der politischen Ebene bewegen. Die Ukraine würde zu einer Art Satellitenstaat Russlands.

Eine große Anzahl von Politikern, Medienvertretern und anderen Akteuren wird diese Ausführungen als „ungeheuerlich“ betrachten. Sie werden einwenden, dass es das Recht der Ukraine sei, sich zu verteidigen. Wenn hier ein Recht gebrochen habe und die Waffen niederlegen solle, dann sei das Russland.

An dieser Stelle gilt es innezuhalten.

So wie sich wohl die meisten Kreaturen auf diesem Planeten bei einem Angriff verteidigen, so wie jeder Mensch das Recht hat, sich zu verteidigen, wenn er angegriffen wird, so hat auch die Ukraine das Recht auf ihrer Seite. Aber: Es gibt einen Unterschied zwischen Recht haben und auf seinem Recht bestehen. Wer in seinem eigenen Haus überfallen wird, hat alles Recht der Welt sich zu verteidigen. Zielen dabei 10 bewaffnete Männer auf den Hausbesitzer und seine Familie und stellen ihn vor die Wahl: Haus verlassen oder Tod!, dann wäre eine Verteidigung, ein Bestehen auf sein Recht, auch im Hinblick auf die eigene Familie, nicht heldenhaft und bewundernswert, sondern dumm.

In einem Krieg muss berücksichtigt werden: Wer will Frieden? Und wer will Frieden nur zu bestimmten Bedingungen? Wer Frieden an Bedingungen knüpft, wird lange im Krieg sein.

Das Recht der Ukrainer sich zu verteidigen, sei ihnen unbekannt. Ein Anrecht, sie in ihrem Kampf und damit auch an der Verlängerung des Krieges, an Mord und an einem unersäglichem Leid auf beiden Seiten zu unterstützen, haben sie nicht. Wenn „die“ Ukrainer diesen Kampf führen wollen, dann ist es ihr Kampf – 5 Millionen Geflüchtete und ein Ausreiseverbot für Männer im „wehrfähigen“ Alter zwischen 18 und 60 lassen Zweifel aufkommen. Es kann und darf nicht der Kampf „des Westens“ und schon gar nicht der Kampf Deutschlands sein.

Wenn einige Ukrainer, vom Kampfgeist „beseelt“, für „Ehre“, „Volk“, „Freiheit“ und was auch immer bis zum letzten Blutstropfen kämpfen wollen, dann müssen sie den Preis für diese Entscheidung zahlen. Sie können nicht erwarten, dass andere diesen Preis mitzahlen. Doch genau das ist bei einer weiteren Konfrontation zwischen der NATO und Russland in zunehmendem Maß der Fall. Hinzu kommt: Was ist eigentlich von Opfern zu halten, die die Welt mit in einen großen Krieg ziehen? Wobei, um präzise zu formulie-

ren: Das ist gewiss nicht die Absicht „der“ Ukrainer. Es ist die politische Führungselite des Landes, die unverantwortlich handelt. Über 50.000 Treffer spuckt eine Google-News-Suche bei dem Begriff „dritter Weltkrieg“ derzeit aus. Das sollte zum Nachdenken anregen.

Wer im Hinblick auf eine militärische Hilfe der Ukraine mit einer „moralischen Verpflichtung“ argumentiert, handelt im besten Falle naiv und unwissend. Im schlimmsten Falle steckt eine perfide Absicht dahinter. Naiv und unwissend ist es, wenn nicht erkannt wird, was eine militärische Unterstützung, was Waffenlieferungen zur Verteidigung eigentlich konkret bedeuten. Nämlich: Mit den „guten“ Gewehren von „uns“ werden junge ukrainische Soldaten in die Lage versetzt, auf den Kopf von jungen russischen Soldaten zu schießen. Unsere Waffen zur Verteidigung führen dazu, dass russische Soldaten, die auch Menschen sind, zerfetzt und bei lebendigem Leibe in ihren Panzern verbrennen. Ob diese Soldaten gekommen sind, um zu morden, oder ob sie sich vor Angst in die Hosen machen, weil sie auf diesen Krieg so wenig Lust haben, wie so manche ukrainischen Soldaten, wissen weder diejenigen, die die Waffen liefern, noch diejenigen, die sie gebrauchen. Das ist nur ein Beispielspiel.

Viele, die für Waffenlieferungen an die Ukraine sind, können oder wollen sich nicht vorstellen, was der moralisch so schön klingende, aber eben auch sehr abstrakte Begriff „Verteidigung“ in dieser Kriegssituation bedeutet. In der heimeligen Atmosphäre des Home Office lässt sich das Grauen, das von „Verteidigungswaffen“ ausgeht, gut übersehen. Die ultimative Waffenstärke mag am Ende über das entscheiden, was manche dann in völliger Verkennung und Beschönigung der Realität wagen, als „Sieg“ zu bezeichnen.

Aber bis es soweit ist, werden diese Waffen ein Blutbad anrichten. Wer diesen Weg wirklich beschreiten will, der möge selbst an die Front gehen; er möge die Waffe in die Hand nehmen, auf die jungen Männer in Uniform, die er als Feinde betrachten, anlegen, zielen, abdrücken. Und dann möge er echten Mut beweisen. Dann möge er nach Hause zu den Eltern und Familien der Ermordeten gehen, ihnen ins Gesicht blicken und sagen: „Ich habe Ihrem Sohn das Leben genommen, weil er meiner Ansicht nach nicht mehr verdient hat zu leben.“

Vorsicht vor einem falschen Gerechtigkeitssinn! Es geht hier nicht um ein Mütterchen, das auf der Straße angegriffen wird und dem es gilt, zur Hilfe zu eilen. Es geht um einen Krieg. Dieser Krieg hat komplexe politische Ursachen. Wer „helfen“ will, muss sowohl die Dynamik und die Auswirkungen eines Krieges als auch seine Ursachen verstehen. Ziel echter Hilfe, die die Menschen in der Ukraine dringend benötigen, kann nur sein, dass das Morden, das gegenseitige sich Abknallen, Angriff und Verteidigung, Verteidigung und Angriff, so schnell es überhaupt nur geht, aufhören. Ziel kann nicht sein, einer Partei dabei zu helfen, möglichst viele Gegner zu töten. Echte Hilfe geht nur über Diplomatie, Vernunft und Einsicht.

Die Ketzerfrage, die diesen Krieg umgibt, lautet: Warum bewegen wir, „die Guten“, die Ukraine nicht zur Aufgabe? Wenn es uns wirklich um „Frieden“ geht, wenn wir wollen, dass das Grauen des Krieges sofort aufhört und all die unsäglichen Bilder von Leid, Zerstörung und noch mehr Leid und noch mehr Zerstörung, aufhören, warum handeln wir dann auf eine Weise, die diesen Krieg und dieses Grauen verlängert?

Die ehrliche Beantwortung dieser Frage lautet: Viele derjenigen, die in der Öffentlichkeit als „Helfer“ der Ukraine auftreten, handeln aus Motiven, die zu verachten sind. Sie wollen, sei es aus persönlichem Hass gegenüber Russland und Putin, oder aber aus politischen Gründen, Russland schwächen. Sie wollen Russland die Ukraine nicht überlassen, weil Russland bei einer Einverleibung der Ukraine geostrategisch gestärkt würde. Auf den Punkt gebracht: Sie reden vom Frieden, aber wollen doch den Krieg.

Die Tage hat das Magazin Fokus berichtet, britische und amerikanische Spezialeinheiten operierten in der Ukraine. Außerdem bildet laut Medienberichten die USA ukrainische Soldaten in Deutschland aus. Warum „helfen“ diese Länder der Ukraine auf diese Weise? Aus purer Barmherzigkeit? Die Antwort lautet: aus eigenen politischen Interessen.

Die Politik des Westens in diesem Krieg ist eine Politik der gespaltenen Zunge.

Viele Befürworter einer „robusten“ Unterstützung der Ukraine umkleiden mit edel klingenden Begriffen wie Demokratie, Freiheit, Menschenrechte ihre ganz und gar unedlen Motiven. „Unsere“ Freiheit wird in der Ukraine so wenig verteidigt wie am Hindukusch. Die „Hilfe“ der Militaristen gleicht einer Kindergärtnerin, die bei einer Rauferei dem unterlegenen Kind ein Messer in die Hand drückt, damit es sich „wehren“ kann. Ihre „Hilfe“ bringt Tod und Zerstörung! Wer das anzweifelt, dem sei ein einfacher Realitätsabgleich empfohlen. Nachrichten einschalten und sehen, wie ein durch Krieg zerstörtes Land aussieht. Russische Soldaten schießen mit ihren Panzern und Gewehren auf Häuser, ukrainische Soldaten feuern aus den Häusern auf die Russen. Ein Schuss bedingt den nächsten Schuss. Viele Schüssen führen zur totalen Zerstörung. Wer für Waffenlieferungen ist, muss diese Wahrheit aushalten.

Die mit Gegengewalt Frieden schaffen wollen, **inszenieren sich, wie immer, in der Öffentlichkeit als „die Guten“**. Vergessen wir nicht, was so manche Verfechter für Demokratie, Freiheit und Menschenrechte in der Vergangenheit getan haben. Sie haben Atombomben auf Hiroshima und Nagasaki abgeworfen und dabei etwa 200.000 Menschen fast auf einen Schlag getötet; sie haben in Vietnam das Entlaubungsmittel Agent Orange eingesetzt und dabei den Menschen, die dem Gift ausgesetzt waren, einen unfassbaren Schaden zugefügt – von den etwa 400.000 Tonnen der Brandbomben Napalm ganz zu schweigen; die Invasion Panamas, aus fadenscheinigen Gründen, bei der über Nacht mehrere hundert Bomben auch auf Wohngebiete eines souveränen Landes abgeworfen wurden, geht auf ihr Konto; die „gute“ Koalition der Willigen hat unter Lügen den Irak, ein souveränes Land, angegriffen und, je nach Quelle, etwa

500.000 Iraker getötet – dass dabei, laut Spiegel, 88.500 Tonnen Bomben abgeworfen wurden, übersehen sie elegant. Ein Verweis auf die etwa 50.000 Opfer der Geheimdienstoperation „Operation Condor“ sollte in dieser Auflistung, die nur beispielhaft sein kann, nicht fehlen. Sollten alle Völkerrechtsbrüche, Verbrechen und Ungeheuerlichkeiten, die sich die in der Tradition der „Guten“ stehenden in den vergangenen Dekaden geleistet haben, angeführt werden, würde der hier vorgegebene Platz nicht ausreichen.

Man kann es förmlich hören, wie „die Guten“ an dieser Stelle „whataboutism!“ rufen, das heißt den Bezug zu den Verbrechen des Westens als eine Ablenkung und eine Relativierung des Völkerrechtsbruchs Russland betrachten. Sie sind sehr geschickt darin, strategisch falsch zu verstehen.

Die Verbrechen des Westens legitimieren nicht die Verbrechen Russlands. Wenn allerdings diejenigen im Westen, die in der Tradition der Kriegstreiber stehen, an deren Händen das Blut der Vergangenheit klebt, von einer „Unterstützung“ der Ukraine reden, dann ist Vorsicht geboten. Als moralische Instanz sind sie ohnehin disqualifiziert. Wer sich nach dem „moralischen Kompass“ dieser „Guten“ ausrichtet, muss aufpassen, dass er nicht irgendwann dem Teufel persönlich die Hand schüttelt.

Der Beitrag erschien auf <https://krass-und-konkret.de/> und wird hier mit freundlicher Genehmigung gespiegelt: <https://gewerkschaftsforum.de/politik-der-gespaltenen-zunge-sie-reden-vom-frieden-aber-wollen-den-krieg/>

Matthias Jochheim

Der Krieg in der Ukraine und seine Folgen für Europa

Beitrag auf einer VVN-Veranstaltung im Club Voltaire in Frankfurtam Main, 1.6.22

Der Krieg in der Ukraine wird mit Recht als ein „**Stellvertreterkrieg**“ beschrieben. **Es geht um die Vormacht an den osteuropäischen Grenzen Russlands** – um den Beitritt der Ukraine zum NATO-Bündnis auf der einen Seite, dessen Verhinderung und dauerhaften Ausschluss als Forderung Russlands auf der anderen Seite. Die von ihren militärischen Mitteln her stark unterlegene Ukraine erhält massive politische, ökonomische und Waffen-Hilfe von NATO-Staaten, insbesondere den USA, aber auch der Bundesrepublik Deutschland. Gerade der US-Regierung geht es explizit darum, Russland durch eine eindeutige militärische Niederlage dauerhaft zu schwächen. Über 20 Mrd. Dollar hat die US-Regierung für Waffenhilfe bereitgestellt, aktuell hat Präsident Biden die Lieferung eines modernen Raketen-systems angekündigt, welches von seiner Auslegung her auch zum Beschuss von Zielen auf russischem Staatsgebiet geeignet ist. Die ukrainische Regierung habe zugesagt, die Raketen nur gegen russische Ziele auf ukrainischem Territorium einzusetzen, verlautete dazu.

Auch Kanzler Scholz hat als Ziel der Bundesregierung deklariert, einen Sieg der russischen Streitkräfte zu verhindern.

Diese Vorgaben erschweren eine rasche Beendigung des mörderischen Geschehens – denn der aktuelle Stand des Krieges, also auch im Falle eines unmittelbaren Waffenstillstands, beinhaltet die Besetzung beträchtlicher ukrainischer Ost-Gebiete, des sogenannten Donbas.

Ein Rückzug der russischen Armee ohne zuvor verhandelte Lösung erscheint nur durch einen Sieg über die russischen Truppen dort erreichbar – also durch weiter gesteigertes Blutvergießen – mit ungewissem Ausgang.

Interessant und wichtig ist ...

die Tatsache, dass es im westlichen Lager dazu durchaus **warnende Stimmen** gibt, nicht nur aus der zivilen Friedensbewegung. So hat die italienische Regierung einen Plan entworfen und den Konfliktparteien übermittelt, der in Bezug auf die Hauptforderungen Russlands Zugeständnisse beinhalten würde, aber auch der Ukraine mit dem Beitritt zur EU entgegen käme. Wichtig auch, dass die Herausgeber

der NEW YORK TIMES, immerhin eins der wichtigsten Presseorgane, vor weiterer Eskalation durch die US-Einmischung warnen.

Russlands Forderungen vor Beginn des Angriffs auf die Ukraine waren:

- Rückkehr zu den Vereinbarungen der NATO-Russland-Grundakte von 1997, welche u.a. den Verzicht von Androhung und Ausübung von Gewalt, gegenseitige Konsultationen und friedliche Beilegung von Konflikten, sowie Abrüstung vorsahen.

Konkrete Forderung Russlands: Beendigung der Stationierung westlicher NATO-Truppen in den neuen osteuropäischen Mitgliedsstaaten.

- Anerkennung der Sezession und des Anschluss der Krim an die Russische Föderation 2014

Bündnis-Neutralität der Ukraine, Verzicht auf NATO-Beitritt

Westliche Rhetorik

Kürzlich unterlief dem früheren US-Präsidenten George W. Bush ein Versprecher, den man Freud'sche Fehlleistung nennen kann, also aus dem Unbewussten dringt versehentlich ein Gedanke in die Rede des Betroffenen. Am 18.Mai hielt Bush im texanischen Dallas eine Rede, und sagte: „Die Entscheidung eines Mannes, eine völlig ungerechtfertigte und brutale Invasion des Irak zu starten...ich meine der Ukraine.“

Bush war bekanntlich von 2001-2009 US-Präsident und wesentlich mitverantwortlich für den sogenannten „Krieg gegen den Terror“, gegen Afghanistan, Irak und andere Länder.

Zwei deutsche Politikerinnen haben sich aktuell im Russland-Bashing besonders hervorgetan:

Ursula von der Leyen, Präsidentin der EU-Kommission, äußerte: „Es geht darum, die industrielle Basis des Landes zu zerstören“ (1)

Außenministerin Annalena Baeböck freute sich über von ihr mitbeschlossenen EU-Sanktionen: „Das wird Russland ruinieren“ (2)

Deutlich wird: es geht hier nicht um Rückgewinnung des Friedens durch eine für die Konfliktparteien tragbare Kompromiss-Lösung, sondern um den Sieg über den Erzfeind – koste es was es wolle.
Und kosten wird es viel!

Kosten des Konflikts

Kaum hatte der allgemein nicht erwartete überfallartige und völkerrechtswidrige Einmarsch der russischen Truppen in die Ukraine begonnen, präsentierte Kanzler Scholz bereits ein Mega-Rüstungsprogramm mit einem entsprechenden Sonderetat, dessen Realisierung eine Grundgesetzänderung erforderlich macht. (Die Bestrebungen zu einem solchen Sonderetat waren bereits im Zusammenhang mit den exorbitanten Kosten für das geplante deutsch-französisch-spanische Projekt FCAS - Future Combat Air System - noch durch Ministerin Kramp-Karrenbauer geäußert worden) Die dafür erforderliche 2/3 Mehrheit im Bundestag steht bereit, die CDU ist offensichtlich gerne dabei. Die Relationen: der reguläre Etatplan 2022 sieht Gesamtausgaben von rund 495 Mrd. € vor, davon rund 3,5 Mrd. zusätzliche Ausgaben für den Wehretat, der im Bereich des Verteidigungsministeriums bei rund 50 Mrd. € liegt. Weltweit haben die Rüstungsausgaben laut SIPRI nun 2 Billionen Dollar überschritten, die USA führen weiterhin mit rund 800 Mrd. \$, rund 38% der globalen Ausgaben; an zweiter Stelle China mit 293 Mrd. Dollar, Russland 65 Mrd., Deutschland 56 Mrd. \$ im Einzelplan des deutschen Verteidigungs-Ministeriums. Mit dem Neuen Plan wird Deutschland auf Platz 3 vorrücken)

Kriegsfolgen in Europa:

Besonders gravierend ist dieser Krieg natürlich für die Menschen in der Ukraine selber. Zehntausende von Getöteten und schwer Verletzten sind zu beklagen. Millionen von Ge-

flüchteten, schwere Schäden an Städten und Wirtschaftsbetrieben – all das wird große Anstrengungen für den Wiederaufbau erfordern. Aber auch in West-Europa sind jetzt schon ökonomische Folgeschäden zu registrieren: Abriss von Lieferketten, daraus folgende Produktionsausfälle. Außerdem Exportblockade der ukrainischen Weizenernte mit Folgen bis in afrikanische Länder, und laut FAO Zunahme der Unterernährung dort. In Europa – und auch in den USA – Inflationstendenzen durch starke Preisanstiege, all das droht in eine schwere Rezession zu münden.

Und im Weiteren zeichnet sich eine neue tiefgreifende Spaltung auf dem Kontinent ab. Längst glaubten wir, den kalten Krieg der 50er-Jahre überwunden zu haben – aber nun feiert er seine Wiedergeburt, mit Sanktionen, Reiseverboten, Waffenlieferungen und einem Verhalten des „Brinkmanship“, der Bereitschaft zu einer Risiko-Politik am Rande des Abgrunds.

Schlussfolgerungen:

Wir leben in einer Ära des Katastrophenkapitalismus, in der die dominierenden Gruppen und Schichten die Fähigkeit vermissen lassen, den existentiellen Gefahren, insbesondere der ökologischen und Klima-Krise, wirkungsvoll entgegenzutreten, und stattdessen die alten Kämpfe um Macht und Reichtum weitertreiben wollen.

Sicherheit neu denken muss das Motto der internationalen Zusammenarbeit werden – nicht durch Kriegs-Waffen, sondern durch die immer dringlichere enge Zusammenarbeit für eine Zukunft, in der die natürlichen Lebensbedingungen und die soziale Gerechtigkeit gesichert werden, durch grundlegende ökosoziale Transformationen, bei uns und international.

(1) [FAZ, 25.2.2022](#)

(2) [Merkur, 26.2.2022](#)

Lesehinweise 1

Keine Angst vor

Friedensverhandlungen

20/06/2022- Jeffrey Sachs, Romano Prodi et al.: „Die Trommelschläge des Kriegs müssen Worten des Friedens weichen“ [karenina.de](#)

Gibt es Alternativen zum Krieg?

[Radiosendung](#) von Attac Halle, April 2022

Alexandra Michailowna Kollontai, die erste Ministerin und Botschafterin der jüngeren Geschichte in der UdSSR. / Aufruf der Organisation IPPNW / Krieg ist von gestern, ziviler gewaltfreier Widerstand eine Alternative / Ist der Beitritt der Ukraine zur EU statt zur NATO eine Lösung?

5.5.2022 : Papst: „Das ‚Gebell‘ der NATO an den Toren Russlands“ - [NDS](#)

Attac Österreich:

[Bündnisaufruf](#): Nein zum Krieg in der Ukraine und überall. Klimagerechtigkeit jetzt!

Lula da Silva: EU und USA hätten Ukraine-Krieg verhindern können

Von [Vilma Guzmán](#), [amerika21](#)

Interview mit Lula, der die mangelnde Verhandlungsbereitschaft des Westens und Selensky rügt.

<https://www.pressenza.com/de/-/rubrik/frieden-und-abruestung/>

[Medico-Rundbrief](#) "Entsichert" -

Wie die Gewalt stoppen?

Die allseitige Entsicherung zwingt uns alle in schwierige Debatten

ZEITUNG GEGEN DEN KRIEG heißt:

Aufstehen gegen JEDEN Krieg.

Der Krieg der Kreml-Führung gegen die Ukraine ist ohne Wenn und Aber zu verurteilen. Doch die Antworten auf den Krieg sind nicht Hochrüstung, Waffenlieferungen und eine Sanktionsspirale. Sie lauten: Deeskalation! Waffenstillstand! Intensive Suche nach einer diplomatischen Lösung, bei der die Souveränität der Ukraine ebenso gewahrt bleibt, wie den Sicherheitsinteressen Russlands Rechnung getragen wird. Unsere Solidarität gilt den Zivilgesellschaften in der Ukraine und in Russland.

<https://zeitung-gegen-den-krieg.de/>

Lühr Henken: [Der Ukraine-Krieg eine immense Herausforderung für die Friedensbewegung](#)

Friedensbewegung - Was tun?

Auszüge aus einem Interview mit Rainer Braun

Das Interview fand nach der Online-Veranstaltung vom 22. Mai 2022 statt: Weltkrieg verhindern – Abrüstung jetzt : Aktionskonferenz gegen Krieg und Hochrüstung, <https://nie-wieder-krieg.org/>

(...) Was gibt es aus Ihrer Sicht jetzt zu tun?

Ganz kurzfristig sollten wir Initiativen starten, um den Vorschlag der italienischen Regierung für einen Waffenstillstand und für Verhandlungen zu unterstützen. Ich halte diesen Vorschlag für eine gute Möglichkeit, um aus der Kriegslage herauszukommen, die darin besteht, den Krieg, den man auch nicht glaubt gewinnen zu können solange zu führen bis der letzte Ukrainer gestorben ist. Eine grausame Perspektive der Zerstörung und des Todes. Als Friedensbewegung sollten wir diesen Vorschlag popularisieren und stärker in die Diskussion bringen. Druck auf unsere Regierung ist dabei absolut notwendig. Es ist ja interessant, dass die New York Times und jetzt auch Henry Kissinger in eine ähnliche Richtung argumentieren. Da scheint es ja auch in Teilen der Eliten ein gewisses Umdenken zu geben.

Welche weiteren Aktionen plant die Friedensbewegung?

Wir wollen im Herbst wieder zu einer bundesweiten zentralen Aktion der Friedensbewegung kommen: Gegen Militarismus, gegen Aufrüstung und Krieg. Diese Aktion wollen wir intensiv mit möglichst vielen Partnerinnen und Partnern vorbereiten, um ein Zeichen des Friedens zu setzen.

Dazwischen liegt mit Ende Mai/Juni ein antimilitaristischer Aktionsmonat. (...) Wir werden im Zusammenhang mit der NATO-Konferenz in Madrid erstmals eine 24-stündige Friedenswelle um die Erde machen. Geplant sind Veranstaltungen überall auf der Welt entlang der Zeitzonen. Das dokumentiert noch einmal den internationalen Charakter der Friedensbewegung und der antimilitaristischen Bewegungen.

(...) Wir werden uns mit koordinierten Aktionen speziell auch gegen das Sondervermögen von 100 Milliarden Euro und dessen Auswirkungen stellen.

Nach all diesen hoffentlich erfolgreichen Aktionen wollen wir noch einmal im Rahmen einer Aktionskonferenz zusammenkommen, um die Herbst Aktionen zu planen. Wir haben also ganz schön viel vor.

Schauen wir einmal in die nähere Zukunft: Wo sollte Ihrer Meinung nach die Friedensbewegung in einem halben Jahr stehen? Was sollte sie erreicht haben?

Die Friedensbewegung muss wieder eine gesellschaftliche vielfältige Bewegung werden. Es geht darum, dass sie Aufmerksamkeit erregt, ihre Ausstrahlung erhöht und dadurch wieder zu einem gesellschaftlichen Akteur wird, der Politik und Öffentlichkeit beeinflussen kann. Und ich glaube, wir könnten viel größere Teile der Öffentlichkeit erreichen, als wir es schon tun. Das geht aber nur durch die Zusammenarbeit mit unseren Partnerinnen und Partnern sowie mit nachdenklichen und besorgten Stimmen aus der gesamten Gesellschaft. Diese stimmen möglicherweise in der einen oder anderen Frage noch nicht mit uns überein aber auch her gilt: Es gibt mehr Gemeinsamkeiten als Trennendes.

Wir können uns nicht auf die Politik und auch auf die Medien verlassen – vielleicht mit Ausnahme der erfolgreichen, aber immer noch in der Minderheit befindlichen alternativen Medien. Wir können uns nur auf unsere eigene Kraft verlassen. Wenn es uns gelingt, zusammen mit besorgten Regierungen weltweit dazu beizutragen, dass es einen Prozess zu einem Waffenstillstand gibt, dann ist das schon viel wert. Ansonsten müssen wir uns auf eine längerfristige Auseinandersetzung einstellen, auf der wir mit neuen Kräften oder neuen Ausstrahlungskraft in gesellschaftliche Prozesse eingreifen. Vergessen wir nicht, dass der Ukraine-Krieg leider erst der Auftakt zur globalen Auseinandersetzung ist, die ich mit der Konfrontation des Westens besonders der USA nur andeuten möchte.

Ohne eine weltweite aktive Friedensbewegung ist der Weg in ein Desaster leider sehr vorgezeichnet.

<https://www.hintergrund.de/globales/kriege/friedensbewegung-ist-ueberlebensbewegung/>



Paris, 1968. Changer la vie. Das Leben ändern. Das Motto des französischen **Graphikerkollektivs Grapus**. 20 Jahre lang leben, arbeiten, wirken die Graphiker zusammen – im schöpferischen Hand-in-Hand von Kunst und Politik – 1989. Das Plakat „Paix! La terre en a marre de la guerre“ ist eines der letzten Werke von Grapus.

<https://koelner-friedensforum.org/agitprop-und-gespraechskampagne-frieden-die-erde-hat-den-krieg-satt>

Terminkalender der Friedensbewegung in Deutschland

--- Juni 2022 ---

STOPP G7

Vom 26.-28. Juni tagt der G7-Gipfel im bayerischen Elmau. Das Bündnis STOPP G7 ruft zu vielfältigen Protesten auf und fordert: „**Globale Gerechtigkeit statt G7 – Klima schützen statt aufrüsten!**“

24. Juni, 15:00 – 21:30 München, EineWeltHaus und online: **G7-Alternativgipfel: Global Gerech – Wirtschaften in Krisenzeiten**

Demo München: 25. Juni / Demo Garmisch: 26.

Juni / Camp Garmisch: 24.-28.Juni

<https://www.stop-g7-elmau.info/>

(Aufruf und mehr: Seite 40)

<https://www.gegen-krieg-und-rassismus.de/veranstaltungen/stop-g7/>
[Plakat](#) der Attac-Regionalgruppe Würzburg

Stopp Ramstein – Aktionszeitraum: 19. bis 25. Juni 2022

25. Juni : Tanz der Toten – Demonstration vor der Air Base Ramstein

Die US Air Base Ramstein ist die größte US-amerikanische Militärbasis außerhalb der USA. Ohne sie wäre der völkerrechtswidrige Drohnenkrieg der USA nicht möglich. Mehr unter: <https://www.stoppramstein.de>

21. - 23. Juni / Wien

Erste Konferenz der Vertragsstaaten des UN-Vertrags über das Verbot von Kernwaffen meetings.unoda.org

Ein Jahr nach Inkrafttreten des Vertrags zum Verbot von Atomwaffen (AVV) müssen die Mitgliedsstaaten eine Konferenz abhalten, um über die Implementierung des Vertrags zu beraten und Herausforderungen zu evaluieren. Mehr: [icanw.de](https://www.icanw.de), <https://nuclearban.de/auf-dem-weg-nach-wien/>
[Informationsflyer](#) von [atomwaffenfrei.de](https://www.atomwaffenfrei.de)

29. – 30. Juni: NATO-Gipfel in Madrid,

aus diesem Anlass wird es in Madrid und weltweit Protestaktionen geben:

26. Juni in Madrid: Anti-NATO-Demonstration

<https://www.no-to-nato.org>

--- Juli 2022 ---

2. Juli, 14:00 Uhr in Berlin, Bebelplatz

Bundesweite Demonstration „Wir zahlen nicht für Eure Kriege! 100 Milliarden für eine demokratische, zivile & soziale Zeitenwende“

Die Demo-Webseite: <https://zivilezeitenwende.de>

Die Unterstützer: <https://zivilezeitenwende.de/unterstuetzerinnen/>

03. Juli, 10:30 – 14:00 Uhr: (online)

Aktionskonferenz gegen Krieg und Hochrüstung:

<https://www.friedenskooperative.de/termine/online-aktionskonferenz-gegen-krieg-und-hochruistung>

05. - 10. Juli:

IPPNW- und ICAN-Aktionstage in **Büchel** in der Eifel
Protestwoche gegen US-Atomwaffen in Deutschland

Mit der IPPNW- und ICAN-Aktionswoche klären wir dieses Jahr über die geplante Modernisierung und Ausbau von Atomwaffenarsenalen in Deutschland und der ganzen Welt auf und zeigen, dass die Bomben Büchel und Deutschland auch zum potenziellen Ziel in einem Krieg machen. <https://www.icanw.de/termine/buechel2022/>

Mit der **Kampagne „Atombomber, Nein Danke“** fordern ICAN-Partnerorganisationen seit 2018, dass die Bundesregierung keine neuen Trägersysteme für die US-Atomwaffen in Deutschland beschafft. Die Kampagne hat mit verschiedenen Aktionen auf die Rolle Deutschlands in der nuklearen Teilhabe und die anstehenden Beschaffungsentscheidungen aufmerksam gemacht sowie den Dialog mit politischen Entscheidungsträger*innen gesucht. Auf dieser Webseite sind Hintergrundinformationen zusammengestellt und werden ggf. aktuelle Aktionen vorgestellt.

08. Juli: bundesweit **Flaggentag der Mayors for Peace**

Juli / August 2022

Zwei Friedensfahrradturen der DFG-VK

Jeder kann mit radeln, sei es die gesamte Tour oder bei Tagesetappen!

1. DFG-VK NRW 30. Juli bis 6. August:

"Gemeinsam für unsere Zukunft - für eine andere Politik!"
<https://nrw.dfg-vk.de/friedensfahrradtour-22-nimmt-gestalt-an>

2. DFG-VK BAYERN, 6. bis 12. August:

„Auf Achse für den Frieden“ www.dfg-vk-bayern.de

Die Friedensfahrradtour wirbt für Frieden durch "Verhandeln statt schießen, Abrüsten im Gesamten, Zivile Konfliktbearbeitung, Klimarettung, Zivile Produktion" und merkt an: Wer Krieg sät, erntet Flüchtlinge. Es gibt immer eine Alternative.

Rückfragen und Anmeldungen: oberpfalz@dfg-vk.de,
bayern@dfg-vk.de oder erlangen@dfg-vk.de

--- August 2022 ---

Jahrestage des Atombombenabwurfes auf Hiroshima und Nagasaki im August 1945

06. August: Hiroshima-Gedenktag

09. August: Nagasaki- Gedenktag

01. September 2022: Antikriegstag

Einen umfassenden Terminkalender veröffentlicht die Friedenskooperative Bonn:

<https://www.friedenskooperative.de/termine>

**Attac-BAG GlobKrieg:
Veranstaltungs- und Seminarübersicht; Online-Angebote**

Peter Wahl

Kompromissfrieden oder Siegfrieden?

14. April 2022

Das Narrativ vom Krieg als Zeitenwende, als singuläres Ereignis in Kategorien biblischer Kometen, leistet der Deeskalation des Konflikts einen Bärendienst.

Der russische Einmarsch in die Ukraine war für Friedensengagierte und vor allem für linke Milieus nicht nur eine Überraschung, sondern auch ein regelrechter Schock. Er hat bei manchen zu einer so enormen Verunsicherung geführt, dass Fundamente des eigenen Denkens, wie das Axiom „Frieden schaffen ohne Waffen“ zu bröckeln beginnen und Panzerlieferungen der NATO an Kiew salonfähig wurden.

Die Schockwirkung beruht auf der Ent-Täuschung darüber, dass Russland jetzt genau die gleichen Methoden anwendet, deren der Westen sich schon lange bedient. Und wenn man sich getäuscht hat, ist es ja erst einmal ehrenwert, die eigenen Positionen in Frage zu stellen.

Aber selbstkritische Überprüfung der eigenen Position ist eine Sache. Eine andere, sich ins Kielwasser der NATO zu begeben und den Weg zur Beendigung des Krieges in Kategorien von Sieg und Niederlage, statt politischer Verhandlungen und eines Kompromissfriedens zu sehen. Es kommt darauf an „weder von der Macht der anderen, noch von der eigenen Ohnmacht sich dumm machen zu lassen,“ wie Adorno in seinem Aphorismus aus den *Minima Moralia* formulierte.

Denn das herrschende Narrativ verlangt ja nicht weniger, als diesen Krieg als Zeitenwende, als singuläres Ereignis zu nehmen, das weder in einen strukturellen Kontext – die Geopolitik der letzten zwei Jahrzehnte – noch einen konkreten historischen Zusammenhang – die postsowjetische Eskalationsgeschichte der Beziehungen Russland-Ukraine – eingebunden ist. Die Rede von der Zeitenwende denkt den Krieg in Kategorien biblischer Kometen, die vom Himmel stürzen und der Menschheit Außergewöhnliches verkünden.

Die politische Funktion ist klar: nur so kann man den russischen Angriff zum moralischen Absolutum erklären und damit einen gesellschaftlichen Konsens formieren, der die Rolle des Westens für sein Zustandekommen tabuisiert und die Strategie der weiteren Befeuern und Eskalation des Krieges legitimiert.

Der Westen spielt auf Sieg

Denn nach sechs Wochen Krieg wird immer deutlicher, dass weder die USA/NATO noch die EU auch nur den geringsten Versuch unternehmen, mit Verhandlungsangeboten Druck auf Moskau auszuüben, um wenigstens einen Waffenstillstand und den Beginn von Verhandlungen zu erreichen. Dabei hatte die EU noch 2008 beim Fünftage-Krieg um Süd-Ossetien[1] einen Kompromiss zwischen Georgien und Russland vermittelt, der bis heute Bestand hat. Damals hatte Frankreich die EU-Präsidentschaft und es war Sarkozy, der die Verhandlungen führte.

Heute wird stattdessen mit Waffenlieferungen und der Eskalation des Wirtschaftskrieges – euphemistisch als „Sanktio-

nen“ bezeichnet – weiter Öl ins Feuer gegossen. Die EU ist an der Seite der USA und der NATO Kriegspartei. Es zeichnet sich jetzt immer deutlicher ab, dass der Westen auf Sieg spielt. Siegfrieden – so ein Schlagwort, das im Ersten Weltkrieg eine große Rolle spielte – ist das strategische Ziel. Es geht darum Russland eine Niederlage zu bereiten, oder es mindestens maximal zu schwächen und innenpolitisch zu destabilisieren.

Dazu kann man einen möglichst raschen Verhandlungs- und Kompromissfrieden nicht gebrauchen. Anscheinend sind zumindest Teile der ukrainischen Führung auch dieser Meinung. So sagte der ukrainische Botschafter in Berlin, Melnyk, im Interview mit der FAZ: „Ich glaube, dass die Weltöffentlichkeit jetzt aufwachen und uns nicht mehr dazu zwingen sollte, diesen Krieg so schnell wie möglich zu beenden, eine Waffenruhe einzuführen, ohne Abzug der russischen Truppen.“ (6.4.2022; S.9)

Die Verlängerung des Krieges, noch mehr Opfer sowie das Risiko eines Kontrollverlustes werden dabei in gleicher Weise in Kauf genommen, wie Russland das tut. Das legitimiert nicht den russischen Einmarsch, aber es holt das offizielle Narrativ des Westens von seinem moralischen Podest herunter.

Der humanistische Kern emanzipatorischer Friedenspolitik

Das Setzen auf Sieg steht im diametralen Widerspruch zu einer emanzipatorischen Friedenspolitik. Deren Kern besteht gerade darin, militärische Gewaltanwendung wegen ihrer Inhumanität prinzipiell abzulehnen. Denn es gehört zum Wesen des Krieges, das er die Normen der Zivilisation aufhebt, der Gewalt freien Lauf lässt und Hass und Brutalität von der Kette lässt. Krieg ist ein Rückfall in Barbarei – nicht nur in der Ukraine. Das beginnt mit der formellen Aufhebung des Tötungsverbots gegenüber dem Militärpersonal auf beiden Seiten, bis zur Relativierung des Tötungsverbots von Zivilisten als Kollateralschaden.

Erinnert sei in diesem Zusammenhang an eines von unzähligen Beispielen: dem Luftangriff im afghanischen Kundus im September 2009, befohlen vom Obersten der Bundeswehr, Georg Klein, fielen mindestens 91 Zivilisten zum Opfer, darunter zahlreiche Kinder. Versuche, das als Kriegsverbrechen zu ahnden, scheiterten vor mehreren Gerichten. Klein wurde inzwischen zum General befördert.

Dass im Medienzeitalter die Brutalisierung dann von jeder Seite auch noch propagandistisch ausgeschlachtet und politisch instrumentalisiert wird, gehört ebenfalls zur Kriegslogik. Der jeweilige Feind ist die Inkarnation des Bösen schlechthin, das jeweilige „Wir“ dagegen, das sind „die Guten.“

Auch das Argument, die Weltgemeinschaft dürfe das Verhalten Russlands nicht tolerieren, ist höchst problematisch. Und das nicht einmal primär, weil diese Weltgemeinschaft Fiktion ist, wenn man an die zumindest neutrale Haltung

von Indien, China, Brasilien, Südafrika, Pakistan, Israel und zahlreichen anderen Länder denkt. Sondern weil es ein fundamentales Merkmal des internationalen Systems ist – im Unterschied zum Inneren der Staaten – keine oberste Gerichtsbarkeit und eine ihr folgende Exekutive zu haben. Der UN-Sicherheitsrat, dem theoretisch diese Rolle zugedacht war, wird durch die Vetomächte blockiert, wenn deren vitale Interessen im Spiel sind. Der zentrale Regulationsmechanismus im internationalen System sind leider nicht die multilateralen Institutionen und das Völkerrecht, sondern die machtpolitischen Kräfteverhältnisse – vor allem an der Spitze der internationalen Hierarchie.

Vor diesem Hintergrund ist es pure Anmaßung, wenn die NATO sich selbst zum Garanten des Völkerrechts ernannt. Al Capone als Richter und Polizist in einer Person bekämpft die Mafia! Das ist nicht die Position emanzipatorischer Friedenspolitik.

Eckpunkte eines Verständigungsfriedens

Kriegsgegner haben schon vor dem 24. Februar immer wieder gewarnt, dass in der Ukraine Krieg droht. Noch am 22.2. heißt es in einem Aufruf aus der Friedensbewegung: „Die erneute Verschärfung der Krise unterstreicht, wie dringend Deeskalation und Diplomatie sind. (...) Mit immer weiteren Sanktionen und der Verstärkung militärischer Drohkulissen nach dem Motto ‚Auge um Auge, Zahn um Zahn‘ auf Sieg statt auf Entspannung zu setzen, führt näher an den Abgrund.“ Allerdings waren diese Stimmen ohne Einfluss, und zwei Tage später war der Krieg da.

Aber auch jetzt – und gerade jetzt – gilt für alle, denen ein Ende der Kriegsbrutalitäten tatsächlich das entscheidende Anliegen ist, Alternativen zu seiner Eskalation und seiner Fortsetzung stark zu machen.

Selbst wenn das zunächst weder Putin, noch Joe Biden und Selenskij beeindruckt, muss unserer Öffentlichkeit gegenüber demonstriert werden, dass es Alternativen zu Waffenlieferung und Wirtschaftskrieg gibt, und wie sie aussehen könnten. Nur so kann die Fixierung auf das Alles oder Nichts, Sieg oder Niederlage aufgebrochen werden.

Dabei hat Deeskalation absolute Priorität: militärisch, wirtschaftlich und an der Heimatfront von ARD bis ZDF, von FAZ bis TAZ. Dann muss die Akzeptanz für Kompromisse gefördert werden, denn in einem Verständigungsfrieden müssen alle Seiten von Maximalpositionen abrücken.

Auch Vorschläge für Vermittler, die für beide Seiten akzeptabel sind, sollten ins Spiel gebracht werden. Am ehesten kämen dabei neutrale Länder in Frage, zum Beispiel Indien.

Am Anfang von Verhandlungen stehen immer eine Waffenruhe und Gefangenenaustausch. Dann ist ein Gesamtpaket zu schnüren, das die Interessen beider Seiten, aber eben auch Kompromisse enthält. Im Zentrum des Abkommens müsste gegenüber Russland eine Garantie für die Neutralität der Ukraine stehen. Also keine NATO-Mitgliedschaft, auch nicht in verkappter Form. Gegenstück müsste der Rückzug der russischen Truppen sowie die Akzeptanz einer EU-Mitgliedschaft der Ukraine durch Moskau stehen, allerdings unter Ausklammerung von Artikel 42 der Verträge, der die militärische Komponente der EU-Mitgliedschaft betrifft.

Wichtiger Teil eines Verhandlungsfriedens wäre dann ein internationales Wiederaufbauprogramm für die Ukraine, inklusive Donbass. Für den Status des Donbass wäre zunächst eine Autonomie anzustreben, überwacht durch UNO-Friedenstruppen. Nach einer Übergangszeit könnte eine Volksabstimmung über Unabhängigkeit oder Zugehörigkeit zur Ukraine oder Russland unter internationaler Aufsicht stattfinden. Als Modell könnte das Referendum im Saarland 1955 dienen, das bis dahin unter französischer Verwaltung stand, und bei dem sich die Mehrheit für die Zugehörigkeit zur Bundesrepublik entschied. Zug um Zug wären dann die Sanktionen abzubauen. Schließlich sollte der Westen die Zugehörigkeit der Krim zu Russland anerkennen, und Russland die Unabhängigkeit des Kosovo.

So oder so ähnlich könnte ein Kompromiss aussehen, der nicht nur den akuten Krieg beendet, sondern auch den Boden für einen dauerhaften Frieden in der Region bereitet. Denn an der geographischen Realität, dass Russland Nachbar der EU ist, wird sich nichts ändern. Will man nicht eine Erbfeindschaft, wie sie jahrhundertlang zwischen Deutschland und Frankreich herrschte, gilt es auf eine Nachkriegsordnung hinzuarbeiten, die mindestens eine friedliche Koexistenz ermöglicht.

[1] Der damalige georgische Präsident Saakaschwili hatte das Angebot des NATO-Gipfels vom April 2008, die Ukraine und Georgien in die Allianz aufzunehmen, als Blankoscheck interpretiert, und im August versucht, die abtrünnige Provinz Süd-Ossetien militärisch zurückzuerobern. Der Angriff wurde durch russische Truppen zurückgeschlagen, die – damals unter der Präsidentschaft Medwedjews – dann in Richtung Tiflis vorrückten. Der von Sarkozy vermittelte Kompromiss stellte den status quo ante her

[HTTPS://MAKROSKOP.EU/SPOTLIGHT/IM-KRIEG-MIT-RUSSLAND/KOMPROMISSFRIEDEN-ODER-SIEGFRIEDEN/](https://makroskop.eu/spotlight/im-krieg-mit-russland/kompromissfrieden-oder-siegefrieden/)

Lesehinweise 2

Ukraine-Krieg: Wirtschaftssanktionen - für wen? wozu? Wirtschaftskrieg als Teil des Krieges

Aufzeichnung vom Webinar von Peter Wahl am 19.05.2022

Jürgen Wagner, 1.5.2022 „Keine Verhandlungen – Mehr Waffen – Mehr Eskalation“: Es wird immer offensichtlicher, dass sich die westliche Ukraine-Politik auf diese knappe Formel zusammenfassen lässt. Im Zentrum steht dabei die Lieferung schwerer Waffen, die für eine ukrainische Offensive zur Rückeroberung verlorener Gebiete gedacht sind. Auch Deutschland wird insbesondere mit der kürzlich beschlossenen Lieferung von Panzerhaubitzen immer mehr zur Kriegspartei. Doch je deutlicher sich die Konturen dieser überaus riskanten Stellvertreter-Strategie herauskristalisieren, desto stärker wandelt sich trotz medialer Dauermobilmachung die Stimmung in der Bevölkerung - IMI-Online

Neutralität, eine Waffe für den Frieden

Im Zentrum der ukrainisch-russischen Verhandlungen steht die Neutralität der Ukraine. Das mag wie eine schmerzliche Konzession an Putin aussehen, aber es könnte auch ein Weg zu mehr Entscheidungsfreiheit und ein erster Schritt in Richtung friedlicher Koexistenz sein. Vorausgesetzt, es gibt verlässliche Sicherheitsgarantien.

von Philippe Descamps, LeMondeDiplomatique 4/22

Italien legt UNO einen Plan für den Frieden in der Ukraine vor

Über den Plan des italienischen Außenministeriums für einen Frieden in der Ukraine berichtete die italienische Zeitung La Repubblica am 18. Mai. Außenminister Luigi di Maio stellte den Plan dem UN-Generalsekretär Antonio Guterres vor.

Der Plan sieht einen vierstufigen Weg unter der Aufsicht einer Internationalen Vermittlungsgruppe vor: Waffenstillstand, Neutralität der Ukraine, Lösung territorialer Fragen und einen europäischen und internationalen Sicherheitspakt. In jeder Etappe soll geprüft werden, ob sich die Parteien an ihre Verpflichtungen halten, damit der nächste Schritt eingeleitet werden kann.

«Wenn es stimmt, dass der Krieg das Scheitern der Diplomatie ist», erklärte Di Maio, «dann stimmt es auch, dass es die Diplomatie ist, die Kriege beenden kann. Sie enden alle früher oder später, und es müssen Pläne für die Zeit nach dem Krieg bereit sein.»

Der italienische Friedensplan soll parallel zu den Sanktionen, der Unterstützung der ukrainischen Selbstverteidigung sowie der finanziellen und humanitären Hilfe umgesetzt werden.

Was beinhalten die vier Etappen?

Der erste Schritt ist ein **Waffenstillstand**, der noch während der Kampfhandlungen ausgehandelt werden und mit Überwachungsmechanismen und der Entmilitarisierung der Frontlinie einhergehen soll.

Der zweite Schritt sieht eine **Friedenskonferenz über den künftigen internationalen Status der Ukraine** und insbesondere über die Option der Neutralität Kiews vor, die durch eine internationale politische Garantie gesichert werden soll. Dieser Status muss vollständig mit einer EU-Mitgliedschaft der Ukraine vereinbar sein.

Der dritte Punkt ist der gewagteste aus diplomatischer Sicht und betrifft ein **bilaterales Abkommen zwischen Russland und der Ukraine über territoriale Fragen**, insbesondere die Krim und den Donbass. Der italienische Plan schlägt eine nahezu vollständige Autonomie der umstrittenen Gebiete und deren autonome Wahrung der Sicherheit

vor. Der Verweis auf international anerkannte Grenzen deutet darauf hin, dass die Souveränität Kiews über das gesamte Staatsgebiet nicht in Frage gestellt wird. Zu den zu lösenden Fragen gehören sprachliche und kulturelle Rechte sowie der freie Personen-, Waren-, Kapital- und Dienstleistungsverkehr.

Schließlich die vierte Stufe: Es wird **ein neues multilaterales Abkommen über Frieden und Sicherheit in Europa im Rahmen der OSZE und der Nachbarschaftspolitik der Europäischen Union** vorgeschlagen, in dem eine Neuordnung der internationalen Gleichgewichte erfolgen soll, angefangen bei den Beziehungen zwischen der Europäischen Union und Moskau. Strategische Stabilität, Abrüstung und Rüstungskontrolle, Konfliktverhütung und vertrauensbildende Maßnahmen werden angestrebt. Gegenstand der Vermittlung ist auch der Abzug der russischen Truppen aus den besetzten Gebieten, mit dem Ziel, den Zustand vor dem 24. Februar 2022 wiederherzustellen. Dieser Rückzug würde schrittweise erfolgen, ebenso wie die partielle und verhältnismäßige Aufhebung der Sanktionen gegen Russland. Parallel dazu würde die multilaterale Koordination der Hilfe und des Wiederaufbaus im Rahmen einer Geberkonferenz erfolgen.

Roms Ziel, so erklärte Di Maio gegenüber Guterres, sei es, «eine faire, gerechte und zwischen den Parteien vereinbarte Lösung zu finden, die auf der Unabhängigkeit und territorialen Integrität der Ukraine beruht». Denn «eine der Grenzen der bisherigen Versuche besteht darin, dass es sich zwar um wichtige, aber isolierte Initiativen handelte». Besser sei es, verschiedene «internationale Partner auf koordinierte Weise» zu mobilisieren.

Die Initiative des italienischen Außenministeriums zeigt, dass eine Lösung des Konflikts nicht nur über einen militärischen Sieg gegen Russland verfolgt werden kann. Ob der Friedensplan Erfolg hat, wird vom Willen sowohl der russischen wie auch der ukrainischen Seite abhängen, auf Teile ihres Forderungskatalogs zu verzichten.

<https://www.infosperber.ch/politik/italien-legt-uno-einen-plan-fuer-den-frieden-in-der-ukraine-vor/>

Offener Brief an Bundeskanzler Scholz Stopp der Waffenlieferungen an die Ukraine

21. April 2022

Sehr geehrter Herr Bundeskanzler Scholz,

wir sind Menschen unterschiedlicher Herkunft, politischer Einstellungen und Positionen gegenüber der Politik der NATO, Russlands und der Bundesregierung. Wir alle verurteilen zutiefst diesen durch nichts zu rechtfertigenden Krieg Russlands in der Ukraine. Uns eint, dass **wir gemeinsam vor einer unbeherrschbaren Ausweitung des Krieges mit unabsehbaren Folgen für die gesamte Welt warnen** und uns gegen eine Verlängerung des Krieges und Blutvergießens mit Waffenlieferungen einsetzen.

Mit der Lieferung von Waffen haben sich Deutschland und weitere NATO-Staaten de facto zur Kriegspartei gemacht. Und somit ist die Ukraine auch zum Schlachtfeld für den sich

seit Jahren zuspitzenden Konflikt zwischen der NATO und Russland über die Sicherheitsordnung in Europa geworden.

Dieser brutale Krieg mitten in Europa wird auf dem Rücken der ukrainischen Bevölkerung ausgetragen. (...)

Der Krieg birgt die reale Gefahr einer Ausweitung und nicht mehr zu kontrollierenden militärischen Eskalation – ähnlich der im Ersten Weltkrieg. Es werden Rote Linien gezogen, die dann von Akteuren und Hasardeuren auf beiden Seiten übertreten werden, und die Spirale ist wieder eine Stufe weiter. Wenn Verantwortung tragende Menschen wie Sie, sehr geehrter Herr Bundeskanzler, diese Entwicklung nicht stoppen, steht am Ende wieder der ganz große Krieg. Nur diesmal mit Atomwaffen, weitreichender Verwüstung und dem Ende der menschlichen Zivilisation. Die Vermeidung von immer mehr

Opfern, Zerstörungen und einer weiteren gefährlichen Eskalation muss daher absoluten Vorrang haben.

(...) Waffenlieferungen und militärische Unterstützung durch die NATO verlängern den Krieg und rücken eine diplomatische Lösung in weite Ferne.

Es ist richtig, die Forderung „Die Waffen nieder!“ in erste Linie an die russische Seite zu stellen. Doch müssen gleichzeitig weitere Schritte unternommen werden, das Blutvergießen und die Vertreibung der Menschen so schnell wie möglich zu beenden. (...) Der erste und wichtigste Schritt dazu wäre ein **Stopp aller Waffenlieferungen in die Ukraine, verbunden mit einem auszuhandelnden sofortigen Waffenstillstand.**

Wir fordern daher die Bundesregierung, die EU- und NATO-Staaten auf, die Waffenlieferungen an die ukrainischen Truppen einzustellen und die Regierung in Kiew zu ermutigen, den militärischen Widerstand – gegen die Zusicherung von Verhandlungen über einen Waffenstillstand und eine politische Lösung – zu beenden. Die bereits von Präsident Selenskyi ins Gespräch gebrachten Angebote an Moskau – mögliche Neutralität, Einigung über die Anerkennung der Krim und Referenden über den zukünftigen Status der Donbass-Republiken – bieten dazu eine reelle Chance.

Verhandlungen über den raschen Rückzug der russischen Truppen und die Wiederherstellung der territorialen Integrität der Ukraine sollten durch eigene Vorschläge der NATO-Staaten bezüglich berechtigter Sicherheitsinteressen Russlands und seinen Nachbarstaaten unterstützt werden.

Um jetzt weitere massive Zerstörungen der Städte so schnell wie möglich zu stoppen und Waffenstillstandsverhandlungen zu beschleunigen, sollte die Bundesregierung anregen, dass sich die derzeit belagerten, am meisten gefährdeten und bisher weitgehend unzerstörten Städte, wie Kiew, Charkiw und Odes-

sa zu „**unverteidigten Städten**“ gemäß dem I. Zusatzprotokoll des Genfer Abkommen von 1949 erklären. Durch das bereits in der Haager Landkriegsordnung definierte Konzept konnten im Zweiten Weltkrieg zahlreiche Städte ihre Verwüstung verhindern.

Die vorherrschende Kriegslogik muss durch eine mutige Friedenslogik ersetzt und eine neue europäische und globale Friedensarchitektur unter Einschluss Russlands und Chinas geschaffen werden. Unser Land darf hier nicht am Rand stehen, sondern muss eine aktive Rolle einnehmen.

Hochachtungsvoll,

PD Dr. Johannes M. Becker, Politologe, ehem. Geschäftsführer des Zentrums für Konfliktforschung in Marburg; **Daniela Dahn**, Journalistin, Schriftstellerin und Publizistin, Pen-Mitglied **Dr. Rolf Gössner**, Rechtsanwalt und Publizist, Internationale Liga für Menschenrechte; **Jürgen Grässlin**, Bundessprecher DFG-VK und Aktion Aufschrei – Stoppt den Waffenhandel! ; **Joachim Guilliard**, Publizist; **Dr. Luc Jochimsen**, Journalistin, Fernsehredakteurin, MdB 2005-2013 ; **Christoph Krämer**, Chirurg, Internationale Ärzte für die Verhütung des Atomkrieges IPPNW (deutsche Sektion) **Prof. Dr. Karin Kulow**, Politikwissenschaftlerin **Dr. Helmut Lohrer**, Arzt, International Councilor, IPPNW (deutsche Sektion); **Prof. Dr. Mohssen Massarrat**, Politik- und Wirtschaftswissenschaftler; **Dr. Hans Misselwitz**, Grundwertekommission der SPD; **Ruth Misselwitz**, evangelische Theologin, ehem. Vorsitzende von Aktion Sühnezeichen Friedensdienste; **Prof. Dr. Norman Paech**, Völkerrechtler, ehem. Mitglied des Deutschen Bundestages; **Prof. Dr. Werner Ruf**, Politikwissenschaftler und Soziologe; **Prof. Dr. Gert Sommer**, Psychologe, ehem. Direktoriumsmitglied des Zentrums für Konfliktforschung in Marburg; **Hans Christoph Graf von Sponeck**, ehem. Beigeordneter Generalsekretär der UNO; **Dr. Antje Vollmer**, ehem. Vizepräsidentin des Deutschen Bundestages **Konstantin Wecker**, Musiker, Komponist und Autor <http://www.ukraine-deeskalation-jetzt.de/>

28 Intellektuelle und KünstlerInnen Offener Brief an Kanzler Scholz

29. April 2022

Sehr geehrter Herr Bundeskanzler,

wir begrüßen, dass Sie bisher so genau die Risiken bedacht hatten: das Risiko der Ausbreitung des Krieges innerhalb der Ukraine; das Risiko einer Ausweitung auf ganz Europa; ja, das Risiko eines 3. Weltkrieges. Wir hoffen darum, dass Sie sich auf Ihre ursprüngliche Position besinnen und **nicht, weder direkt noch indirekt, weitere schwere Waffen an die Ukraine liefern.** Wir bitten Sie im Gegenteil dringlich, **alles dazu beizutragen, dass es so schnell wie möglich zu einem Waffenstillstand kommen kann; zu einem Kompromiss, den beide Seiten akzeptieren können.**

Wir teilen das Urteil über die russische Aggression als Bruch der Grundnorm des Völkerrechts. Wir teilen auch die Überzeugung, dass es eine prinzipielle politisch-moralische Pflicht gibt, vor aggressiver Gewalt nicht ohne Gegenwehr zurückzuweichen. Doch alles, was sich daraus ableiten lässt, hat Grenzen in anderen Geboten der politischen Ethik.

Zwei solche **Grenzl**inien sind nach unserer Überzeugung jetzt erreicht:

Erstens das kategorische Verbot, ein manifestes Risiko der Eskalation dieses Krieges zu einem atomaren Konflikt in Kauf zu nehmen. Die Lieferung großer Mengen schwerer Waffen allerdings könnte Deutschland selbst zur Kriegspartei machen. Und ein russischer Gegenschlag könnte so dann den Beistandsfall nach dem NATO-Vertrag und damit die unmittelbare Gefahr eines Weltkrieges auslösen.

Die zweite Grenzlinie ist das Maß an Zerstörung und mensch-

lichem Leid unter der ukrainischen Zivilbevölkerung. Selbst der berechnete Widerstand gegen einen Aggressor steht dazu irgendwann in einem unerträglichen Missverhältnis.

Wir warnen vor einem zweifachen Irrtum:

Zum einen, dass die Verantwortung für die Gefahr einer Eskalation zum atomaren Konflikt allein den ursprünglichen Aggressor angehe und nicht auch diejenigen, die ihm sehenden Auges ein Motiv zu einem gegebenenfalls verbrecherischen Handeln liefern. Und zum andern, dass die Entscheidung über die moralische Verantwortbarkeit der weiteren „Kosten“ an Menschenleben unter der ukrainischen Zivilbevölkerung ausschließlich in die Zuständigkeit ihrer Regierung falle.

Moralisch verbindliche Normen sind universaler Natur.

Die unter Druck stattfindende eskalierende Aufrüstung könnte der Beginn einer weltweiten Rüstungsspirale mit katastrophalen Konsequenzen sein, nicht zuletzt auch für die globale Gesundheit und den Klimawandel. Es gilt, bei allen Unterschieden, einen weltweiten Frieden anzustreben. Der europäische Ansatz der gemeinsamen Vielfalt ist hierfür ein Vorbild.

Wir sind, sehr verehrter Herr Bundeskanzler, überzeugt, dass gerade der Regierungschef von Deutschland entscheidend zu einer Lösung beitragen kann, die auch vor dem Urteil der Geschichte Bestand hat. Nicht nur mit Blick auf unsere heutige (Wirtschafts)Macht, sondern auch in Anbetracht unserer historischen Verantwortung - und in der Hoffnung auf eine gemeinsame friedliche Zukunft.

Wir hoffen und zählen auf Sie! Hochachtungsvoll

DIE ERSTUNTERZEICHNERINNEN

Andreas Dresen, Filmemacher, Lars Eidinger, Schauspieler
Dr. Svenja Flaßpöhler, Philosophin,
Prof. Dr. Elisa Hoven, Strafrechtlerin,
Alexander Kluge, Intellektueller
Heinz Mack, Bildhauer, Gisela Marx, Filmproduzentin
Prof. Dr. Reinhard Merkel, Strafrechtler und Rechtsphilosoph
Prof. Dr. Wolfgang Merkel, Politikwissenschaftler
Reinhard Mey, Musiker, Dieter Nuhr, Kabarettist
Gerhard Polt, Kabarettist, Helke Sander, Filmemacherin
HA Schult, Künstler, Alice Schwarzer, Journalistin
Robert Seethaler, Schriftsteller, Edgar Selge, Schauspieler

Antje Vollmer, Theologin und grüne Politikerin
Franziska Walser, Schauspielerin, Martin Walser, Schriftsteller
Prof. Dr. Peter Weibel, Kunst- und Medientheoretiker
Christoph, Karl und Michael Well, Musiker
Prof. Dr. Harald Welzer, Sozialpsychologe
Ranga Yogeshwar, Wissenschaftsjournalist
Juli Zeh, Schriftstellerin,
Prof. Dr. Siegfried Zielinski, Medientheoretiker

Ab sofort kann jede und jeder auf [change.org](https://www.change.org) unterzeichnen!
<https://www.emma.de/artikel/offener-brief-bundeskanzler-scholz-339463>

NEIN zur Aufrüstung - JA zur zivilen, solidarischen Entwicklung!

Wir zahlen nicht für eure Kriege!
**100 Milliarden für
eine demokratische
zivile & soziale
Zeitenwende**



DEMO
2. Juli '22
Berlin
Bebelplatz
14 Uhr

Wir – Friedensbewegte in der BRD aus der ganzen Welt – rufen dazu auf, das angekündigte Aufrüstungspaket von 100 Milliarden Euro im Grundgesetz gemeinsam zu stoppen und für die Umwidmung der Mittel zum Ausbau des Sozialstaats zu kämpfen. Die Aufrüstungspolitik ist grundfalsch, hochgefährlich und zynisch, weil sie bedeutet, die gesellschaftliche Krise mit Militarismus zu beantworten statt mit sozialem Fortschritt zur Mehrung des Allgemeinwohls. Rüstungs- und Kriegspolitik stehen immer im Gegensatz zur solidarischen Kultivierung der Gesellschaft. Deswegen engagieren wir uns stattdessen für massive öffentliche Investitionen und dauerhafte Ausgabenerhöhungen für Soziales, Gesundheit, Bildung, Kultur und Klima – zur zivilen, demokratischen und sozialen Wohlfahrt weltweit.

Die Waffen nieder!

Den Krieg in der Ukraine wird diese Aufrüstung weder stoppen noch verkürzen. Vielmehr hat das neue globale Wettrüsten der vergangenen Jahre die verschärfte Konfrontation der großen Machtblöcke mit verursacht und eskaliert sie weiter. Auch geht es bei dem Aufrüstungspaket nicht um Landesverteidigung, sondern um national eigenständige Kriegsbefähigung. Die auf der Einkaufsliste stehenden F35-Tarnkappenbomber und Drohnensysteme sind aggressives Angriffskriegsgerät und sollen zudem die atomare Teilhabe verstetigen. Dagegen ist der einzige Weg zum Frieden: Abrüstung, Deeskalation, internationale Diplomatie und soziale Gerechtigkeit weltweit!

Nie wieder Krieg!

Aufrüstung gehört nicht ins Grundgesetz. Im Gegenteil: Als Konsequenz aus zwei imperialistischen Weltkriegen, die von deutschem Boden ausgingen, sowie als Schlussfolgerungen aus der Befreiung vom deutschen Faschismus, flossen ins Grundgesetz das Gebot zum Frieden, zu Gewaltverzicht, Völkerverständigung, Asylrecht und Sozialstaat ein: „Handlungen, die geeignet sind und in der Absicht vorgenommen werden, das friedliche Zusammenleben der Völker zu stören, insbesondere die Führung eines Angriffskrieges vorzubereiten sind verfassungswidrig“ (Art. 26). Ein bis heute und für heute gültiges Entwicklungsprogramm, damit nie wieder Krieg von Deutschland ausgehe!

Gemeinsame Entwicklung statt Aufrüstung

Mehr Waffen schaffen keinen Frieden und Sicherheit gibt es nur gemeinsam, nicht gegeneinander! Das Potential für zivile, demokratische und soziale Wohlfahrt für alle ist vorhanden. Eine gerechte Ressourcenverteilung würde die Hungerkrisen insbesondere im globalen Süden beenden; der Umstieg auf erneuerbare Energien für eine nachhaltige Klimapolitik ist technologisch möglich; eine umfassende Gesundheitsversorgung kann für alle gewährleistet und solidarische Entfaltung durch vernünftige Arbeit, soziale Sicherheit und demokratisch-offene Bildung und Kultur für Alle geschaffen werden. All dies erfordert globale Kooperation, demokratische Aushandlung und kluge Investitionen für die gemeinsame Lösung von Problemen.

Gemeinsam sagen wir NEIN zur Aufrüstung und JA zur Zukunft!

Das Aufrüstungspaket ist gegen die Interessen der Mehrheit der Bevölkerung weltweit gerichtet. Es geht einher mit gesteigert unsozialer und autoritärer Politik, mit Nationalismus und Chauvinismus. Die ohnehin enorme Ungleichheit wächst weiter. Profiteure sind einzig die Chefetagen von Banken und Rüstungskonzernen. Statt dieser destruktiven Hinterzimmerpolitik braucht es eine tatsächlich demokratische, zivile und soziale Zeitenwende – hervorzubringen von uns Allen in Gewerkschaften, Schüler:innen- und Studierendenvertretungen, Friedens-, Antifa-, Umwelt- und sozialen Bewegungen, in Kirche und Kultur-, Bildungs-, Sozialeinrichtungen sowie in Parteien. Allein mit je 20 Milliarden in die öffentliche Energie- und Verkehrsinfrastruktur, in die Sanierung von Schulen und Hochschulen, in den personellen Ausbau des Gesundheitswesens, in sanktionsfreie soziale Mindestsicherungen und in die Förderung von Museen, Theatern, Kinos und Bücherhallen würde ein notwendiger Schritt zur Lösung der vordringlichsten Probleme der Mehrheit getan. Wir rufen daher auf, eine solche Kehrtwende gemeinsam durchzusetzen!

**Kommt zur bundesweiten Demonstration
am Samstag, den 02.07.2022, in Berlin!**

<https://zivilezeitenwende.de/unterstuetzerinnen/>

***Es wäre ein Fehler, das Ukraine-Thema zu diskutieren,
"ohne die Nato oder die USA in die Analyse einzubeziehen"***

Parlamentarische Versammlung Europa-Lateinamerika:

Keine Einigung zum Ukraine-Krieg, 20.04.2022, von Vilma Guzmán, [amerika21](#)

Auf der jährlichen Plenartagung der Parlamentarischen Versammlung Europa-Lateinamerika (Eurolat) konnten sich die Abgeordneten nicht auf eine gemeinsame Erklärung zum Krieg in der Ukraine einigen. Für die lateinamerikanischen Parlamentarier sei der europäische Vorschlag laut Medienberichten "sehr voreingenommen" gewesen und habe andere internationale Konflikte ignoriert: (...) "Erstens ist dies nicht der einzige Krieg, der bedauerlicherweise auf der Welt stattfindet, und zweitens können wir nicht außer Acht lassen, dass die internationale Rechtsordnung nicht nur in diesen Fall verteidigt werden muss, denn es gibt auch die Invasion in Syrien, die Invasion im Irak oder die Angriffe, die systematisch auf palästinensische Gebiete verübt werden". Es wäre ein Fehler, das Ukraine-Thema zu diskutieren, "ohne die Nato oder die USA in die Analyse einzubeziehen", so Arnildo Chinaglia, ein brasilianischer Abgeordneter.(...)

**Norman Paech
Die globalen Regeln der NATO -
und wo bleibt das Völkerrecht?**

Hamburg, 21. Mai 2022

Die schon als „hirntot“ diagnostizierte Nato zeigt sich wieder erholt und angriffslustig wie in ihren „besten“ Jahren. Dass diese Wiederbelebung ausgerechnet durch Russland geschieht, ist nicht so überraschend, denn die Sowjetunion war überhaupt der Anlass für die Gründung der Nato und Existenzberechtigung bis zum Untergang der Sowjetunion. Erst danach wandte sich die Nato der Absicherung ihrer ökonomischen und strategischen Interessen zu. Ihre militärischen Missionen verliefen allerdings nicht so erfolgreich, denken wir an Afghanistan, Irak, Libyen und Syrien. Doch nun ist sie wieder am Ursprung ihrer Aufgabe zurück, der Konfrontation mit Russland.

Von der Territorialverteidigung...

Schauen wir uns den Nordatlantikvertrag an, so wurde die Nato als reines Verteidigungsbündnis im Rahmen des Art. 51 UNO-Charta gegründet, den sie auch in Art. 5 und 6 zitiert. Von Anfang an war der Schutz der Mitgliedstaaten vor einem bewaffneten Angriff des Hauptgegners im Kalten Krieg die zentrale Aufgabe des Bündnisses. Das hieß Territorialverteidigung. Ein Missionsauftrag, um dem Gegner bei der Demokratisierung seiner Gesellschaft und Aufbau von good governance zu helfen, war damit nicht verbunden. Die Verpflichtung zur friedlichen Streitbeilegung und der Verzicht auf jegliche Gewaltanwendung (Art. 1) sowie das Bekenntnis zur Förderung der „Voraussetzungen für die innere Festigkeit und das Wohlergehen“ der eigenen Gesellschaften und der Beseitigung der „Gegensätze in ihrer internationalen Wirtschaft“ (Art.2) sind Aufgaben, die sich bereits aus der UNO-Charta ergeben.

Diese Begrenzung auf die Territorialverteidigung änderte sich auch nicht, als sich 1991 der Warschauer Pakt auflöste. Auf dem Gipfel von Rom im November 1991 gab die Nato nur ihre Konzeption der „flexible response“ auf und steuerte mit einer Strategie des Dialogs und der Kooperation auf die Osterweiterung ihres Einflusses. Erst im April 1999, mitten im Krieg gegen Jugoslawien, musste sie ihr strategisches Konzept an die neue Realität anpassen, die sie selbst mit ihrem Überfall auf einen neutralen Staat ohne Mandat des Sicherheitsrats geschaffen hatte. Sie konnte sich auch nicht

auf kollektive Selbstverteidigung gem. Art. 51 UNO-Charta berufen und musste sich mit etlichen Lügen und falschen Geschichten eine halbwegs plausible Legitimation verschaffen.

... zur Interessenverteidigung.

Die wesentlichste Neuerung war, dass man die Verteidigungsaufgabe um eine neue Funktion der Krisenverhütung und Krisenbewältigung außerhalb des Bündnisgebietes ergänzte. Kurz: von der Territorial- zur Interessenverteidigung. Das in Washington verabschiedete Dokument spricht selbst an verschiedenen Stellen von „nicht unter Art. 5 fallende Kriseneinsätze“: So heißt es u.a. in Ziffer 47: „Indem sie ihren Beitrag zur Bewältigung von Krisen durch militärische Einsätze leisten, werden sich die Streitkräfte des Bündnisses mit einem komplexen und vielfältigen Spektrum von Akteuren, Risiken, Situationen und Anforderungen auseinandersetzen haben, darunter auch humanitäre Notfälle. Einige Krisenreaktionseinsätze, die nicht unter Artikel 5 fallen, können ebenso hohe Anforderungen stellen wie einige kollektive Verteidigungsaufgaben.“

Ex-Kanzler Helmut Schmidt erkannte die Bedeutung der Neuerung sofort und schrieb in den NATO-Briefen zum 50 jährigen Jubiläum der NATO: „Die heutige Debatte über die zukünftigen Aufgaben unserer Allianz geht also – zumal von amerikanischer Seite – über die vertraglichen Dimensionen hinaus. Wenngleich nicht vom Vertragstext gedeckt, kann man sich gleichwohl gut vorstellen, dass das Bündnis im Einvernehmen der Bündnispartner in fremde Kriege, die indirekt oder unmittelbar die Bündnispartner gefährden, eingreift oder sie präventiv verhindert.“ Dazu „wäre eine ratifizierungsbedürftige Ergänzung des Nordatlantikvertrages erforderlich.“ (1) Die Fraktion DIE LINKE im Deutschen Bundestag rügte sofort die unterlassene Beteiligung des Bundestages vor dem Bundesverfassungsgericht, wurde jedoch abgewiesen. Es handele sich zwar um eine Erweiterung des Aufgabenrahmens des Nordatlantikvertrages, aber keine parlamentspflichtige Veränderung des Vertrages. Juristen verfügen für derart hochpolitische Entscheidungen über eine Reihe von Instrumenten in ihrem Handwerkskasten - von der „authentischen“ oder „dynamischen“ Interpre-

tation über die „implied powers“ Regel bis zu einem „konkludenten Vertragsschluss“ -, die ihnen eine hohe Anpassungsfähigkeit an die politischen Erwartungen und Notwendigkeiten ermöglichen. Das Gericht hatte allerdings schon vorher 1994 (2) auf Antrag von SPD und FDP der Bundeswehr grünes Licht für Auslandseinsätze out of area im Rahmen der UNO gegeben. Der Streit ging seinerzeit um die Beteiligung deutscher Soldaten an NATO-Überwachungsflügen über Bosnien-Herzegowina 1992. Eine derartige Entscheidung verlange eine vorherige Zustimmung des Bundestages, urteilte das Gericht, und schuf damit den bis heute gültigen sog. Parlamentsvorbehalt.

Mit oder ohne UNO-Mandat?

Mit dieser faktisch unbegrenzten Internationalisierung der Einsätze der Bundeswehr mit und im Rahmen der NATO, war aber noch nicht das Problem des fehlenden UNO-Mandats gem. Artikel 39, 42 UNO-Charta gelöst. Es begann eine Diskussion, ob sich die NATO bei ihren Krisenreaktionseinsätzen überhaupt von einem UNO-Mandat abhängig machen wollte. In ihrem Jugoslawieneinsatz hatte sie darauf bewusst verzichtet. Karl Heinz Kamp, damals Gastdozent am NATO Defense College in Rom, schrieb kurz vor dem Gipfel in Washington: „Die NATO wird sich in ihrem neuen strategischen Konzept nicht auf Formulierungen festlegen, die eine Einschränkung der militärischen Handlungsfreiheit des Bündnisses – sei es durch den Sicherheitsrat der Vereinten Nationen oder durch die OSZE – bedeuten würden.

Ein Mandat einer dieser beiden Organisationen wird deshalb zwar eine wünschenswerte, aber keine zwingende Voraussetzung für ein militärisches Engagement der NATO sein.“ (3) So stand es dann zwar nicht im Abschlussdokument, aber es nahm den Konsens der in Washington anwesenden Regierungschefs vorweg. Bundeskanzler Schröder kleidete diese Abkoppelung von den Vereinten Nationen in die Worte: „Wir waren uns einig, dass es auch in Zukunft nur dann Interventionen geben kann, wenn im Prinzip ein Sicherheitsratsbeschluss vorliegt. Eng begrenzte Ausnahmen können zugelassen werden, dürfen aber nicht die Regel werden und können überhaupt nur in Frage kommen, wenn sich zeigt, und zwar nachweisbar, dass der Sicherheitsrat nicht handlungsfähig ist.“(4) Also: mit der UNO, wenn möglich, ohne die UNO, wenn nötig.

Dennoch war ihnen nicht wohl bei diesem offenen Bruch mit der UNO-Charta, und die Bundesrepublik nahm Zuflucht bei einer alten Figur, mit der schon die USA ihre zahlreichen Interventionen ohne UN-Mandat versucht hatten zu rechtfertigen: der „humanitären Intervention“. Sie musste dafür nicht nur einige Geschichten erfinden, um eine humanitäre Katastrophe im Kosovo glaubhaft zu machen, sondern sich auch einer Konstruktion bedienen, die bis heute im Völkerrecht nicht als eine dritte Ausnahme vom Gewaltverbot des Art. 2 Ziff. 4 UNO-Charta anerkannt ist.

Atommacht NATO

Die neue Aufgabe der Krisenbewältigung weitete nicht nur den territorialen Horizont der Einsätze über die Bündnisgrenzen hinaus, sondern vervielfältigte auch die Art, die Gefahren und die Bedrohungen durch Krisen, auf die reagiert

werden musste. So sollte rechtzeitig zum 60jährigen Jubiläum des Bündnisses im April 2009 eine neue Überarbeitung des Strategischen Konzeptes der NATO verabschiedet werden. Eine hochrangige Gruppe von Militärs, zu der auch der ehemalige Vorsitzende des NATO-Militärkomitees, Klaus Naumann, gehörte, erarbeiteten dazu Vorschläge, die den Aktionsradius erweitern und die Schlagkraft erhöhen sollten. (5)

Vor allem ging es um das Atomwaffenprogramm des Iran, welches unbedingt verhindert werden muss. In dem Papier, das die Gruppe vorlegte, heißt es: „Eine iranische Nuklearwaffenkapazität wäre eine außerordentliche strategische Gefahr. (Das Land) würde damit eine Region dominieren, die über große Öl- und Gasreserven verfügt“ (S. 45). Und weiter: „Die Gefahr einer weiteren Verbreitung ist akut.... Diese Entwicklung muss unter allen Umständen verhindert werden ... Der Ersteinsatz von Nuklearwaffen muss im Arsenal der Eskalation das ultimative Instrument bleiben, um den Einsatz von Massenvernichtungswaffen zu verhindern.“ (S. 95ff.) Und der Büroleiter des damaligen EU-Außenberaters Javier Solana, Robert Cooper, wird mit den Worten zitiert: „Vielleicht werden wir eher als alle anderen Atomwaffen einsetzen, aber ich würde mich hüten, das laut zu sagen.“

(6)

Man stelle sich den Wahnsinn vor, die Verbreitung von Atomwaffen durch den Einsatz von Atomwaffen zu verhindern. Als wenn es nie ein Gutachten des IGH gegeben hätte, welches gerade 12 Jahre zuvor den Besitz und den Einsatz von Atomwaffen für rechtswidrig erklärt hatte. Auch das Schlupfloch, welches die Richter gelassen hatten, da sie sich nicht entscheiden konnten, ob der Einsatz von Atomwaffen bei einer existentiellen Bedrohung erlaubt sei, legalisiert eine solche Ersteinsatzstrategie nicht. Die NATO hat sich von dieser Perspektive nie distanziert, ihre Vormacht USA vertritt den Ersteinsatz von Atomwaffen ohnehin offiziell.

Die USA haben ihre Atomwaffen in fünf NATO-Staaten stationiert. Ein Abzug wird nicht diskutiert. Auch das Konzept der „nuklearen Teilhabe“, welches die Stationierungsstaaten nicht nur in die Planung, sondern auch in den Einsatz der Waffen einbezieht, steht nicht zur Debatte. (7) Damit wird die NATO faktisch zur Atommacht.

Counter-insurgency gegen „irreguläre Aktivitäten“

Fast jede strategische Äußerung der NATO beginnt mit der Entfaltung eines Tableaus neuer Gefahren, Krisen und Bedrohungen. So auch eine neue 2010 beschlossene Doktrin für militärische Kriseneinsätze, die nicht unter Art. 5 Nordatlantikvertrag fallen. (8) Die Diagnose ist nicht neu, wenn es darin heißt: „Unsicherheit und Instabilität im Euro-Atlantischen Raum und um ihn herum, regionale Krisen in der Peripherie der Allianz, die sich schnell entwickeln könnten. Einige Länder im und um den Euro-Atlantischen Raum herum sehen sich ernsthaften wirtschaftlichen, sozialen und politischen Schwierigkeiten gegenüber. Ethnische und religiöse Rivalitäten, territoriale Streitigkeiten, unzureichende oder gescheiterte Reformversuche, der Missbrauch der Menschenrechte und die Auflösung von Staaten können zu lokaler und sogar regionaler Instabilität führen. Die daraus resultierenden Span-

nungen könnten zu Krisen führen, die die Euro-Atlantische Stabilität gefährden, zu menschlichem Leid und zu bewaffneten Konflikten. Solche Konflikte könnten die Sicherheit der Allianz betreffen, indem sie in benachbarte Länder überschwappen, einschließlich NATO-Länder, oder sie könnten in anderer Art die Sicherheit anderer Staaten betreffen.“

Neu ist auch nicht, dass die NATO diesem allgemeinen, im Prinzip grenzenlosen und vollkommen unspezifischen Krisenszenario mit Maßnahmen entgegenzutreten soll, die sich weder an Artikel 5 NATO-Vertrag noch an das Gewalt- und Interventionsverbot des Art. 2 Ziff. 4 und Ziff. 7 UNO-Charta halten müssen. Der Verweis auf Art. 7 des NATO-Vertrags, der „die in erster Linie bestehende Verantwortlichkeit des Sicherheitsrats für die Erhaltung des internationalen Friedens und der internationalen Sicherheit“ betont, ist in diesem Zusammenhang ein plummes Täuschungsmanöver. Neu ist hingegen, dass die NATO in Zukunft auch „irregulären Aktivitäten“ begegnen soll. Darunter versteht sie „die Nutzung von Bedrohung, von Gewalt durch irreguläre Kräfte, Gruppen oder Individuen, die oft ideologisch oder kriminell motiviert sind, um Wandel zu erreichen oder zu verhindern als Herausforderung von Regierungsfähigkeit und Autorität.“ Es wird kein Unterschied zwischen Aufständischen und Terroristen gemacht. Die NATO begibt sich damit in den klassischen counter-insurgency-Kampf, wie wir ihn aus den Kriegen gegen den Vietcong in Vietnam und die Sandinisten in Nicaragua kennen. Sie erweitert damit ihren Horizont für militärische Operationen weltweit und ermächtigt sich, faktisch in jede Bürgerkriegsauseinandersetzung der Staaten militärisch einzugreifen. Die USA haben es 2014 vorgemacht, als sie ohne Sicherheitsmandat und ohne selbst angegriffen worden zu sein, in Syrien in den Kampf des IS gegen die Regierung in Damaskus eingriffen. Präsident Obama erklärte damals – ganz Herr über den völkerrechtlichen Wolken –, dass er sich auch nicht um eine Zustimmung der Regierung in Damaskus für diese Verletzung der syrischen Souveränität bemühen werde.

Die Doktrin hat keine große Aufmerksamkeit erzeugt. Das mag daran liegen, dass die NATO nicht daran interessiert war, diese weltweite Eingriffs- und Kriegsermächtigung allzu laut und offen zu propagieren. Denn sie enthält für alle schwächeren Staaten die unverhohlene Drohung der Intervention, wenn sich deren Politik zu stark von den Interessen der USA und ihrer Verbündeten entfernt oder sich gerade gegen sie stellt. Wenige Jahre zuvor hatte Carlo Masala vom NATO Defense College die Drohung in die Worte eines humanitären Kolonialismus gekleidet: „Protektorate sind in. Von Bosnien über Kosovo, nach Afghanistan bis in den Irak, das Muster westlicher Interventionspolitik ist immer dasselbe. Nach erfolgreicher militärischer Intervention werden die ‚eroberten‘ Gebiete in Protektorate umgewandelt und die westliche Staatengemeinschaft ist darum bemüht, liberale politische Systeme, Rechtsstaatlichkeit und freie Marktwirtschaft in diesen Gebieten einzuführen.“ (9)

Libyen-Intervention als responsibility to protect

Die mangelnde Aufmerksamkeit mag auch daran liegen, dass dieses Interventionsmodell bereits bekannt war und praktiziert wurde. Denn schon 2011 hatte die NATO in Libyen in die Auseinandersetzung von Rebellen mit Gaddafi

eingegriffen. Auf der Seite der NATO waren es vor allem die USA, Frankreich und Großbritannien. Die Rebellen wurden von der Libyen Islamic Fighting Group (LIFG), einer islamistischen Organisation angeführt. Die Proteste hatte Gaddafi im Februar 2010 mit Gewalt niederschlagen lassen und damit einen Bürgerkrieg entfacht. In einer ersten Resolution 1970 verhängte der Sicherheitsrat am 26. Februar zunächst nur Sanktionen gegen die Regierung Gaddafis. Als die Kämpfe eskalierten, verschärfte der Sicherheitsrat mit seiner Resolution 1973 am 17. März 2010 die Sanktionen und ermächtigte die Mitgliedstaaten, „alle notwendigen Maßnahmen zu ergreifen, um die Zivilpersonen zu schützen“. Zudem verfügte er eine Flugverbotszone und untersagte den Einsatz ausländischer „Besatzungstruppen.“ Das war der Startschuss für eine „Koalition der Willigen“ mit Angriffen gegen die Luftverteidigung der Regierung. Ende März übernahm die NATO unter Führung von Frankreich und Großbritannien die Operation. Die NATO hatte damit eindeutig Partei ergriffen für die Rebellen und schon bald das Mandat der Sicherheitsrats überschritten. Denn bereits im April erklärten die drei Regierungen den „Regime Change“ zum offiziellen Kriegsziel. (10) Sie lieferten Kriegsmaterial an die Rebellen und unterstützten sie durch Ausbildungspersonal und den Einsatz von Spezialkräften zur Zielerkennung. Die militärische Intervention wurde erst mit der Ermordung Gaddafis im Oktober 2011 eingestellt. Dies alles lief unter der PR-Devise der sog. Schutzverantwortung, der responsibility to protect, um die Intervention humanitär zu verbrämen. Dieses Konzept war erst vor einigen Jahren in der UNO entwickelt worden, ermächtigt aber die Mitgliedstaaten zu keinen militärischen Schritten außerhalb der vom Sicherheitsrat erteilten Mandate. Deutschland hatte sich, genauso wie die BRIC-Staaten Russland, China, Indien und Brasilien, der Stimme enthalten. Außenminister Westerwelle war damals von den Medien heftig gescholten worden. Er hatte vor den Konsequenzen der militärischen Parteinahme gewarnt, die dramatisch sein könnten. Joschka Fischer teilte großspurig aus, Westerwelle habe das „vielleicht größte Debakel seit Gründung der Bundesrepublik“ angerichtet. Der Gescholtene behielt leider Recht. Die NATO hat in Libyen ein Chaos angerichtet, das bis heute das Land paralyisiert.

NATO im Ukraine-Krieg

Blicken wir zum Schluss noch kurz auf den gegenwärtigen Krieg in der Ukraine. Politik und Medien ist es offensichtlich gelungen, die eigene Verantwortung der NATO für die Eskalation der Beziehungen zwischen ihr und Russland, die schließlich zum Krieg führen musste, aus der Öffentlichkeit zu halten. Natürlich müssen wir die völkerrechtswidrige Intervention und den Krieg der russischen Armee verurteilen. Sie sind genauso wenig akzeptabel wie all die Interventionen der USA und der NATO, die wir bisher verurteilt haben. Die aktuellen Anstrengungen etlicher NATO-Staaten, die Ukraine in ihrer Verteidigung zu unterstützen, möchten zwar nicht als Kriegsbeteiligung wahrgenommen werden, was sie aber sind. Die Lieferung schwerer Waffen mit einer umfangreichen Ausbildung der Soldaten am Gerät und die offensichtlichen elektronischen Hilfen der USA zur Identifizierung und Eliminierung ausgewählter Opfer und Kriegs-

material (Schlachtschiffe) überschreitet eindeutig das Neutralitätsgebot im Krieg. Sie lassen sich als kollektive Selbstverteidigung gem. Art. 51 UNO-Charta rechtfertigen, müssen aber dem UNO-Sicherheitsrat gemeldet werden. Zudem geben sie Russland die Möglichkeit militärisch zu reagieren und die Staaten anzugreifen. Das ist eine äußerst gefährliche Situation, vor der vielfach aber bisher vergeblich gewarnt wird, weil sie in einen 3. Weltkrieg abgleiten kann. Ihren Plan, auch die Ukraine und Georgien als Protektorate in ihr NATO-Reservat einzugliedern, haben die Staaten nicht aufgegeben.

Fassen wir zusammen: Die NATO hat sich von einem strikten Verteidigungsbündnis zu einer weltweit operierenden Ordnungsmacht mit überlegener militärischer Feuerkraft entwickelt. Die faktische Dominanz der USA in diesem Bündnis hat nicht nur dazu geführt, dass die anderen Staaten als Vasallen (Brzezinski) den Ordnungsvorstellungen und militärischen Abenteuern der USA folgen, sondern dass sie sich auch dem Völkerrechtsnihilismus der US-Administration angepasst haben nach dem Motto: Völkerrecht wenn möglich, Krieg wenn nötig.

Die Frage ist also nicht, wo bleibt das Völkerrecht, sondern, wohin mit der NATO?

<http://www.norman-paech.de/app/download/5816092271/Berlin-Nato+und+V%C3%B6lkerrecht+21-05-22.pdf>

Ingeborg Schellmann

Die Strategien der NATO und ihr bellizistisches Gesicht

6. Juni 2022 - die nachfolgenden Ausführungen beruhen im wesentlichen auf einer Veröffentlichung der IMI:

<https://www.imi-online.de/download/JG-NATO-Geschichte.pdf>

Der Ukraine Krieg erzeugt eine neue Verteilung der Guten und der Bösen. Russland ist der uneingeschränkte Bösewicht, die NATO erscheint demgegenüber in einem weißen Kleid der Unschuld. Das gelingt, weil über ihr Konzept und ihre Strategien kein Wort in der Öffentlichkeit verlautbart wird. Zeit, den Schleier zu lüften und einen Blick auf die veröffentlichten Strategiekonzepte der Vergangenheit und Gegenwart zu werfen.

Das Strategiekonzept 1949: S = V + E, Sicherheit durch Verteidigung und Entspannung

1949 als Verteidigungsbündnis gegründet hatte es die kollektive Verteidigung seiner Außengrenzen gegen einen potentiellen sowjetischen Angriffs und die größtmögliche Sicherheit für die Mitglieder zum Ziel. Eine ernsthafte Gefahr seitens der SU war allerdings angesichts seiner militärischen Kapazität nicht zu erwarten. Die SU hatte weder die Fähigkeit noch den Willen zur Konfrontation mit den USA und ihren Verbündeten, sondern musste sich auf den Wiederaufbau und die Sicherung ihres Einflussgebietes konzentrieren.¹ Ein maßgebliches Interesse an der Gründung des Militärbündnisses hatten die USA. George F. Kennan, der Theoretiker der Eindämmungspolitik

- 1 Helmut Schmidt, Das Atlantische Bündnis im 21. Jahrhundert, in: NATO-Brief Jubiläumsausgabe 50 Jahre NATO, April 1999, S. 20ff., 22, 23.
- 2 BVerfGE 90,286.
- 3 Karl Heinz Kamp, Das neue strategische Konzept der NATO, Entwicklung und Perspektiven, in: Aus Politik und Zeitgeschehen, Beilage zur Wochenzeitung Das Parlament, B 11/99, März 1999, S. 19ff., 22.
- 4 Pressekonferenz v. 25. 4. 1999, Presse- und Informationsamt der Bundesregierung: Informationen zur Sicherheitspolitik, April 1999.
- 5 Naumann, Klaus/Shalikashvili, John/The Lord Inge/Lanxade, Jaques/Breemen, Henk van den: Towards a Grand Strategy for an Uncertain World: Renewing Transatlantic Partnership. Vgl. Jürgen Wagner, Horrorkatalog zur Münchner Sicherheitskonferenz, IMI-Analyse Nr. 2008/002 v. 30-01-2008.
- 6 Ian Traynor, Pre-emptive nuclear strike a key option, NATO told in Brussels, The Guardian, v.- 22. 01. 2008.
- 7 Vgl. Jürgen Wagner, NATO 2020, Expertenkommission des Generalsekretärs legt Entwurf für ein neue strategisches Konzept vor, IMI-Analyse 2010-020, v. 20. Mai 2010.
- 8 Allied Joint Doctrine for Non-Article 5 Crisis Response Operations AJP-3.4(A), https://www.nato.int/cps/en/natohq/official_texts_27433.htm?selectedLocale=en. Vgl. Werner Ruf, Die NATO-Instrument einer imperialistischen Weltordnung? In: Norman Paech/Karsten Nowrot (Hg.), Krieg und Frieden im Völkerrecht, Köln, 2019, S. 52 – 60.
- 9 Carlo Masala, Managing Protectorates: Die vergessene Dimension, in: Politische Studien, Januar/Februar 2007, S. 49.
- 10 Vgl. Neues Kriegsziel: Regimechange, in: Berliner Zeitung v. 16./17.4.2011.

gegen die SU, meinte hierzu 1948: die USA hätten „ein Schema von Beziehungen zu erarbeiten, das es uns erlauben wird, diese Position der Ungleichheit zu bewahren“. ² Grundlage hierfür bot die Denkschrift des Council of Foreign Affairs „Ground Area Planning“. ³ Die Wirtschaftskraft der USA und ihren anwachsenden Bedarf an Ressourcen analysierend definierte der Plan geographische Räume als westliche Hemisphäre, auf die man ungehinderten Anspruch erhob. Es sei „ungerecht“ dass es ein Ungleichgewicht zwischen dem Verbrauch an Ressourcen (speziell in den USA) und dem Vorhandensein an Ressourcen (anderswo) gäbe. Die Ungleichheit in der Welt sehend verfolgte die Denkschrift gleichwohl die Hegemonie der USA und die Absicherung ihrer Interessen. Dies müsse allerdings verschleiert werden. So heißt es:

„Wir müssen sehr vorsichtig sein, von unserer „Führungsrolle“ in Asien zu sprechen. Wir betrügen uns und andere, wenn wir vorgeben, eine Lösung für jene Probleme zu besitzen, die die meisten dieser asiatischen Menschen bewegen. Wir besitzen etwa 50 % des Reichtums dieser Welt, stellen aber nur 6,3 % seiner Bevölkerung. Dieser Unterschied ist im Verhältnis zwischen uns und den Völkern Asiens besonders groß. In einer solchen Situation kommen wir nicht umhin, Neid und Missgunst auf uns zu lenken. Unsere eigentliche Aufgabe in

1 Memorandum of the Joint Intelligence Staff, Capabilities and Intensions of the USSR in the Post-War Period, JIS 80/2, January 6, 1945, National Archives, Washington D.C.; <http://www.imi-online.de/download/JG-NATO-Geschichte.pdf>

2 George F. Kennan: Review of Current Trends in U.S. Foreign Policy, Policy Planning Staff, PPS No. 23, in: Foreign Relations of the United States, 1948, Vol. I v. 24.2.1948, pp. 509-529

3 <https://peds-ansichten.de/2016/05/der-council-on-foreign-relations-und-das-grand-area/>

der nächsten Zeit besteht darin, eine Form von Beziehungen zu finden, die es uns erlaubt, diese Wohlstandsunterschiede ohne ernsthafte Abstriche an unserer nationalen Sicherheit beizubehalten.“⁴

Und es heißt weiter:

Um das zu erreichen, werden wir auf alle Sentimentalitäten und Tagträumereien verzichten müssen; und wir werden unsere Aufmerksamkeit überall auf unsere ureigensten, nationalen Vorhaben konzentrieren müssen. Wir dürfen uns nicht vormachen, dass wir uns heute den Luxus von Altruismus und Weltbeglückung leisten könnten... [...] Wir sollten aufhören von vagen — und für den Fernen Osten — unrealistischen Zielen wie Menschenrechten, Anhebung von Lebensstandards und Demokratisierung zu reden. Der Tag ist nicht mehr fern, an dem unser Handeln von nüchternem Machtdenken geleitet sein muss. Je weniger wir dann von idealistischen Parolen behindert werden, desto besser.“⁵

Die westliche Hemisphäre wird mit Europa, den Kolonien GB, Lateinamerika, China, Japan, Indonesien und – den Nahen Osten umschrieben. Eine weitere Ausdehnung wurde offen gehalten.⁶⁷

Diese Denkschrift konnte dank des immensen Einflusses des Councils of Foreign Affairs auf die Politik bestimmend wirken. Der Council of Foreign Affairs ist eng mit Konzernen, den Banken, den Medien und mit der Politik verbunden. Seit dem Zweiten Weltkrieg von den Rockefeller dominiert, stießen Journalisten und Redakteure namhafter Zeitungen (wie der New York Post und der Washington Post) hinzu.⁸

Die Interessen der USA stießen auf ein uneiniges Europa. Der Korea- und Indochina-Krieg sowie die Erfahrungen aus dem zweiten Weltkrieg vertieften die Furcht vor einem sowjetischen Angriff. Die französische Initiative zur EVG – einer europäischen Verteidigungsgemeinschaft – scheiterte.

Die USA drangen zudem auf die atomare Ausrüstung. Nur zwei Wochen nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges hatte der Generalstab der US-Streitkräfte den atomaren Erstschatz der USA in einem Memorandum gesichert.⁹ Diese Strategie wurde von der NATO als Strategie der „massiven Vergeltung“ übernommen. Die atomare Erstschatz Doktrin der USA und der NATO gelten noch heute. Nachdem die SU atomar nachzog, verschärften die USA ihre militärische Politik 1980 mit der Presidential Directive 59 und „der Strategie des Gegengewichts“.¹⁰ Sie hatte zum Ziel, einen nuklearen Krieg unterhalb des atomaren Schlagabtauschs führen und gewinnen zu können. Die politisch-militärischen Kräfte in der SU sollten ausgeschaltet werden. Selbst 20 Millionen Tote in den USA sollten in Kauf genommen werden.

Ein Weg dahin war die Stationierung der Pershing II Raketen und Cruise Missiles in Westeuropa, offiziell durch die neuen SS-20 Raketen der SU legitimiert, jedoch Teil der Entmachtung Strategie der SU.¹¹

Mit dem Konzept des „Follow-On-Forces-Attack“ 1984 wurden Angriffe bis zu 500km in den sowjetischen Raum möglich.¹²

4 [4.5.2016; https://de.wikipedia.org/wiki/Grand_Area#Policy_Planning_Study_23](https://de.wikipedia.org/wiki/Grand_Area#Policy_Planning_Study_23)
5 [4.5.2016; https://de.wikipedia.org/wiki/Grand_Area#Policy_Planning_Study_23](https://de.wikipedia.org/wiki/Grand_Area#Policy_Planning_Study_23)
6 <http://www.infowars.com/the-council-on-foreign-relations-and-the-“grand-area”-of-the-american-empire/>

Das Strategiekonzept 1991 – "Allianz im Übergang": S = D + K + V, Sicherheit durch Dialog Kooperation und Verteidigung

Die SU war mit ihrer Auflösung nicht mehr Feind Nr. 1. Die NATO musste ihre Ziele nach 1989 neu definieren. Sie setzte sich drei neue Aufgaben:

- die Erweiterung der NATO durch neue Mitglieder und spezielle Partnerschaften
- Militärische Operationen auch außerhalb des euro-atlantischen Raumes
- Modernisierung der Kommandostrukturen und operativ einsetzbaren Kräften

Sicherheit beschränkte sich nicht mehr auf die territoriale Unversehrtheit der Bündnispartner gegen militärische Angriffe, Sicherheit umfasste nun auch politische, wirtschaftliche, soziale und umweltpolitische Elemente und wurde ideologisch umschrieben. Im Text des Strategiekonzepts heißt es¹³:

„Risiken für die Sicherheit der Allianz ergeben sich weniger aus der Wahrscheinlichkeit des kalkulierten Angriffs auf das Hoheitsgebiet der Bündnispartner. Sie sind eher Konsequenz der Instabilitäten, die aus den ersten wirtschaftlichen, sozialen und politischen Schwierigkeiten, einschließlich ethnischer Rivalitäten und Gebietsstreitigkeiten entstehen können, denen sich viele mittel- und osteuropäische Staaten gegenübersehen. Sie könnten jedoch zu Krisen, die die Stabilität in Europa beeinträchtigen, und sogar zu bewaffneten Auseinandersetzungen führen, die außenstehende Mächte einbeziehen oder auf NATO-Staaten übergreifen und damit die Sicherheit des Bündnisses unmittelbar berühren könnten.“

Es heißt ferner:

„Im Fall eines bewaffneten Angriffs auf das Gebiet der Bündnispartner, aus welcher Richtung auch immer, finden Artikel 5 und 6 des Vertrags von Washington Anwendung. Die Sicherheit des Bündnisses muss jedoch auch den globalen Kontext berücksichtigen. Sicherheitsinteressen des Bündnisses können von anderen Risiken berührt werden, einschließlich der Verbreitung von Massenvernichtungswaffen, der Unterbrechung der Zufuhr lebenswichtiger Ressourcen sowie von Terror- und Sabotageakten. Im Bündnis gibt es Mechanismen für Konsultationen nach Artikel 4 des Vertrags von Washington sowie gegebenenfalls zur Koordinierung der Maßnahmen der Bündnispartner einschließlich ihrer Reaktionen auf derartige Risiken.“

Die Sicherheitsaufgaben des Bündnisses sollten demgemäß sein:

1. Es soll ein Fundament für ein stabiles Umfeld in Europa, in dem kein Staat in der Lage ist, eine europäische Nation einzu-

7 4.5.2016; https://de.wikipedia.org/wiki/Grand_Area

8 Der Klub der „Weisen Männer“; Hermann Ploppa; 19.8.2008
<http://www.heise.de/tp/artikel/28/28513/1.html>

Über Halford Mackinder; Lars Schall; 12.1.2015; <https://www.radio-utopie.de/2015/01/12/ueber-halford-mackinder-die-urspruenge-des-council-on-foreign-relations-und-die-grand-area-strategie/>

9 Joint Chiefs of Staff: Basis for the Formulation of a U.S. Military Policy, JCS 1492/2, September 9, 1945, Printed in: U.S. Department of State, Foreign Relations of the United States 1946, vol.I, Washington D.C.

10

11 Till Bastian (Hrsg) Ärzte gegen den Atomkrieg Wir werden Euch nicht helfen können, Pabel-Moewig Verlag Kg 1987 S.9 (s. IPPNW-Chronik 1982)

12 Bernard W. Rogers: Greater Flexibility For NATO's Flexible Response, Strategic Review, XI (Spring 1983), pp. 11-19

13 <http://www.ag-friedensforschung.de/themen/NATO/1991-strategie.html>

schüchtern oder einem Zwang auszusetzen oder sich durch die Androhung oder Anwendung von Gewalt die Vorherrschaft zu sichern.

2. Es dient als ein transatlantisches Forum für Konsultationen unter den Verbündeten über Fragen, die ihre vitalen Interessen einschließlich möglicher Entwicklungen berühren, die Risiken für die Sicherheit der Bündnismitglieder mit sich bringen, und als Forum für sachgerechte Koordinierung ihrer Bemühungen in Bereichen, die sie gemeinsam angehen.

3. Es schreckt von jeder Aggressionsdrohung und wehrt jeden Angriff gegen das Hoheitsgebiet eines NATO-Mitgliedstaates ab.

4. Es wahrt das strategische Gleichgewicht in Europa.

Nicht nur der Sicherheitsbegriff war neu vereinbart, neu war auch, dass bereits drohende Gefahren genügend, um NATO-Mechanismen auszulösen, militärische Maßnahmen eingeschlossen.

Das Strategiekonzept 1999: die NATO ein politisch-militärisches Bündnis: S= St+T, Sicherheit durch Stabilität und Transformation¹⁴

Das strategische Konzept hieß ab 1999: Stabilität durch Partnerschaft, offen für neue Mitglieder, angemessene militärische Fähigkeiten (Transformation) und bereit zur Übernahme globaler Verantwortung.

Die Übernahme globaler Verantwortung ist die neue Komponente der NATO-Strategie und hängt eng mit dem Jugoslawienkrieg zusammen. Im Strategietext heißt es.¹⁵

„Es (das Konzept) muß gemeinsame Sicherheitsinteressen in einem von weiteren, oft nicht vorhersagbaren Veränderungen geprägten Umfeld wahren. Es muß die kollektive Verteidigung aufrechterhalten und das transatlantische Band stärken sowie ein Gleichgewicht gewährleisten, das es den europäischen Verbündeten erlaubt, größere Verantwortung zu übernehmen. Es muß seine Beziehungen zu seinen Partnern vertiefen und sich auf den Beitritt neuer Mitglieder vorbereiten. Vor allem aber muß es den politischen Willen und die militärischen Mittel aufrechterhalten, die für das Gesamtspektrum seiner Aufgaben erforderlich sind.“

„Der wesentliche und fortdauernde Zweck der NATO, der im Vertrag von Washington niedergelegt ist, besteht darin, die Freiheit und Sicherheit aller ihrer Mitglieder mit politischen und militärischen Mitteln zu gewährleisten.“ (eigene Hervorhebung)

Ungewissheiten und Instabilitäten im und vor allem außerhalb des euro-atlantischen Raums sowie die mögliche Entstehung regionaler Krisen an der Peripherie des Bündnisses, werden als Gefahren der NATO bezeichnet, sofern sie Auswirkungen auf Bündnispartner haben können. Es genügen ernste wirtschaftliche, soziale und politische Schwierigkeiten, ebenso ethnische und religiöse Rivalitäten, Gebietstreitigkeiten, unzureichende oder fehlgeschlagene Reformbemühungen, die Verletzung von Menschenrechten und die Auflösung von Staaten. Hinzukommen nukleare Bedrohungen von Ländern außerhalb des Bündnisses, die Verbreitung von ABC Waffen so die weltweite Verbreitung von Technologien, die zur Herstellung von Waffen genutzt werden können.¹⁶

Schon 1999 wurde der Ukraine ein besonderer Platz im euro-atlantischen Sicherheitsumfeld eingeräumt. Sie sollte ein

¹⁴ <https://crp-infotec.de/wp-content/uploads/nato-strategie-1949-1999.gif>

¹⁵ <http://www.ag-friedensforschung.de/themen/NATO/1999-strategie.html>

¹⁶ s. Fußnote 15

wichtiger und wertvoller Partner bei der Förderung von Stabilität und gemeinsamen demokratischen Werten sein. Die NATO setzte sich zur Aufgabe, die Souveränität und Unabhängigkeit, die territoriale Unversehrtheit, die demokratische Entwicklung und wirtschaftliche Prosperität zu fördern.

Die globale Verantwortung erweitert das Aktionsfeld der NATO ins Grenzenlose.

Das Strategiekonzept der NATO 2010: Aktives Engagement, moderne Verteidigung¹⁷

Die NATO wird zur Ordnungsmacht der Welt.

Sie ergreift Abschreckungs- und Verteidigungsmaßnahmen gegen jede angedrohte Aggression, sofern sie die grundlegende Sicherheit einzelner Bündnispartner oder des Bündnisses als Ganzes beeinträchtigen. Sie will helfen, vor einer Eskalation sich entwickelnde Krisen zu bewältigen, die die Bündnissicherheit betreffen könnten.

Extremismus, Terrorismus und länderübergreifende illegale Aktivitäten wie Waffen-, Drogen- und Menschenhandel auch außerhalb der NATO-Grenzen können die Sicherheit des Bündnisses unmittelbar bedrohen. Angriffe auf Computernetze bringen die NATO auf den Plan, wenn die dadurch drohenden Schäden eine Schwelle erreichen, die den Wohlstand, die Sicherheit und die Stabilität von Staaten und des euro-atlantischen Raums bedrohen. Zu schützen sind lebenswichtige Kommunikations-, Transport- und Transitwege und die Energieversorgung der Bündnispartner. Umwelt- und Ressourcensicherung, Gesundheitsrisiken, Klimawandel, Wasserknappheit und steigender Energiebedarf fallen in den Sicherungsbereich der NATO.

Schon die Entstehung von Risiken soll verhindert werden. Selbst die Einflussnahme in andere Territorien ist möglich. So sollen lokale Kräfte unterstützt werden, damit sie selbst den Terrorismus bekämpfen können.

Die atomare Verteidigung bleibt Kern der militärischen Maßnahmen.

Die NATO Agenda 2030

Die neue NATO Strategie 2030 – auf dem NATO-Gipfel am 14. Juni 2021 entworfen – hält an allen bisherigen Strategien fest.

Neu ist Konzentration auf die Großmacht Konkurrenz mit Russland und China.

Neu ist, dass auch sogenannte hybride Angriffe unterhalb der Schwelle klassischer Kriegshandlungen insbesondere seitens Russlands einen Bündnisfall auslösen können. Ein solcher Angriff kann mit konventionellen Waffen beantwortet werden.

Die NATO hat ein bellizistisches Gesicht.

Wenn Biden erklärt, Putin dürfe nicht an der Macht bleiben und er ihn als „Schlächter“ schmäh, wenn Anna-Lena Baerbock Russland „vernichten“ will, ist dies nicht durch den Überfall Russlands in die Ukraine verursacht, sondern logische Folge der NATO-Strategie. Der Ukraine-Krieg ist lediglich Anlass, der aggressiven Politik der NATO zu allgemeiner Legitimation zu verhelfen. Umso mehr hat Papst Franziskus Recht, wenn er ernsthafte Verhandlungen anmahnt.

¹⁷ <http://www.ag-friedensforschung.de/themen/NATO/strat/strat-konzept-2010.html>

Friedens-Konferenz am 21. Mai 2022 in der Humboldt-Universität Ohne NATO Leben - Ideen zum Frieden

Kommentar von Martina Jäger und Ingeborg Schellmann

„Ohne NATO leben - Ideen zum Frieden“, unter diesem Motto hatten in der Öffentlichkeit bekannte Politikwissenschaftler, Friedensaktivisten, und Redakteure, und andere zu einem Kongress in der Humboldt-Universität in Berlin eingeladen. - [Einladungsflyer](#)

Prominente Kritiker der Ukraine Politik kamen zu Wort, unter ihnen: Oskar Lafontaine, Norman Paech, Daniela Dahn, Sevim Dagdelen, Eugen Drewermann, Ann Wright, pensionierter Oberst der United States Army und Friedensaktivistin, Ekkehard Sieker von der Anstalt, Anu Chenoy Professorin für International Studies u.a.m.

Die Einladung ließ unmissverständlich erkennen, dass der Angriffskrieg Russlands völkerrechtswidrig ist, jedoch sollten die Folgen hierauf aus einer Friedensperspektive diskutiert werden.

Einige Auszüge aus der Einladung verdeutlichen dies:

„Der Angriffskrieg Russlands auf die Ukraine ist völkerrechtswidrig.“

„Bundesregierung, NATO und EU haben mit der sogenannten Zeitenwende nicht nur eine neue Politik der Hochrüstung eingeläutet. Jetzt soll auch jeglicher Ansatz von Entspannungspolitik und Friedensdiplomatie diskreditiert und entsorgt werden.

1949 in Washington nach offizieller Lesart als westeuropäisches Verteidigungsbündnis gegründet, ist die NATO zu einem Militärbündnis geworden, das sich global gegen Rivalen aufstellt.

Zu ihren militärischen kommen die ideologischen und wirtschaftlichen Kriege der NATO. Schritt für Schritt werden unsere Gesellschaften kriegstauglich statt friedensfähig gemacht. Das ist ein Verrat an den Zukunftsinteressen der Menschheit, an Ökologie, Sozialem, Menschenrechten.

Nicht erst im Krieg, schon im Vorkrieg sterben zuerst Wahrheit und Demokratie...

Der atomare Erstschlag gehört zur NATO-Strategie. Die dafür notwendigen US-Atomwaffen sind in Deutschland stationiert.“

Es folgen die Fragen:

„Auf dem Treffen wollen wir Antworten finden auf:

- Wie kann der Krieg in der Ukraine gestoppt und wie können die Sicherheitsinteressen der Ukraine und Russlands gewährleistet werden?

- Was ist und bewirkt die NATO, wem nutzt und wem schadet sie hierzulande und weltweit. Kann die NATO abgeschafft, überwunden oder reformiert werden?

- Was wären die Alternativen, eine EU-Armee oder eine gemeinsame nicht-militärische Sicherheitsarchitektur unter Einbeziehung Russlands, die auf Kooperation mit China zielt? Was könnten die nächsten Schritte in diese Richtung sein?

- Welche Ideen zum Frieden, zur Abrüstung und zum öko-sozialen Umbau gibt es und wie können sie wirkmächtig zu einer lebensbejahenden Zukunft beitragen?

- Welche Schritte können die Kräfte für den Frieden jetzt mit wem gemeinsam gehen?“

Allen offenen Fragestellungen zum Trotz wurde die Veranstaltung im Vorfeld als eine solche der „Who's who – der Putin-Versteher und Faktenverdreher“ disqualifiziert. Putins Propaganda würde „erschreckend“ auch in Teilen der deutschen Gesellschaft verfangen. Die Mär von einer aggressiven NATO würde leider so manchen verblenden.

Dem Frieden das Wort geben wirkt heute ähnlich verdammend wie einst bei Ausbruch des 1. wie auch des 2. Weltkriegs. Waren Zweifler und Warner einst „Vaterlandsverräter“ so sind sie heute Putin-Versteher, „Träumer“ und gar „Zyniker“. Rationalität und Vernunft und Sorge vor einer nicht beherrschbaren Eskalation werden zum Schweigen verurteilt. Selbst offene Fragen lösen Unmut und Feindseligkeiten aus. Gestorben ist ein offener Diskurs.

Nicht von ungefähr inszenierte der österreichische Regisseur Paul Manker kurz vor dem Überfall auf die Ukraine in der Belgienhalle in Berlin „Die letzten Tage der Menschheit“ von Karl Kraus. Dessen Anliegen war es, zu erkennen, dass der Krieg nicht nur an der Front geführt, sondern vor allem hinter den Linien in den Köpfen der Menschen.

Einige Vorträge in Audio: [Oskar Lafontaine](#)

[Ekkehard Sieker](#)

[Eugen Drewermann](#)

[Norman Paech](#)

[Daniela Dahn](#)

Videos zur Tagung: <https://frieden-links.de/2022/06/video-beitraege-des-kongresses/>; [Presseberichte mit Beschreibungen](#)

THE US./GERMANY ANTI-RUSSIA PHOTO-OP



Von Tony Murphy, Workers World.

Nord Stream 2 war seit Jahren ein Zankapfel zwischen Berlin und Washington

Als Bundeskanzler Olaf Scholz am 07. Februar d. J. in die USA reiste, äußerte sich Joe Biden mit aller Entschiedenheit: **„Bei einem Einmarsch Russlands in die Ukraine wird es kein Nordstream 2 mehr geben.“** Einen Gesetzentwurf hatten die Demokraten bereits vorgestellt. Schon 2019 unter Trump war ein Sanktionsgesetz beschlossen worden, mit dem die Fertigstellung der Pipeline verhindert werden sollte.

Christelle Gérard

Trojanisches Pferd für große Saatgutfirmen in Afrika Wenn die Gates-Stiftung Hunger sät

Da die Afrikanische Entwicklungsbank aufgrund des Krieges in der Ukraine von einer drohenden Nahrungsmittelkrise ausgeht, hat sie am 23. Mai einen Notfallplan zur Steigerung der kontinentalen Produktion verabschiedet. Diese von den Umständen diktierte produktivistische Entscheidung, die auf „verbessertem Saatgut und Dünger“ beruht, bestärkt den agroindustriellen Tropismus der großen Geber, zu denen auch die Gates-Stiftung gehört. Der Artikel ist in der französischen Juni-Ausgabe von [Le Monde Diplomatique](#) erschienen. Übersetzung: SiG-Redaktion

Mehr als einer von fünf Afrikanern litt 2020 an Hunger. Diese 281,6 Millionen Menschen sind nicht nur Kollateralschadende der Konflikte und Gewalt in der Sahelzone und Zentralafrika, sondern leiden auch unter den Folgen der „Klimaschwankungen und -extreme“ sowie der „wirtschaftlichen Verlangsamung und Abschwächung“, insbesondere im Zusammenhang mit der Covid-19-Pandemie, so ein gemeinsamer Bericht der Vereinten Nationen (UN) und der Afrikanischen Union (AU) (1). Während der Krieg in der Ukraine die Versorgung stört und die Preise in die Höhe treibt, wird das Gespenst der Hungersnot noch bedrohlicher (2): 25 afrikanische Länder importieren mehr als ein Drittel ihres Weizens aus Russland und der Ukraine (3); Benin und Somalia sind sogar völlig von ihnen abhängig. Trotz dieses traurigen Bildes werden die öffentliche Agrarpolitik und die Entscheidungen für Ernährungssysteme, die auf dem Kontinent umgesetzt werden, kaum kritisiert. Ganz im Gegenteil: Die produktivistische Vision ist auf dem Vormarsch. Die 2014 in Malabo (Äquatorialguinea) versammelten Staats- und Regierungschefs der Afrikanischen Union verpflichteten sich, den Hunger bis 2025 „zu beseitigen“. Um dieses Ziel zu erreichen, empfahlen sie, das Wachstum in der Landwirtschaft zu beschleunigen und das Produktivitätsniveau mindestens zu verdoppeln, unter anderem durch den Einsatz von Düngemitteln, Pestiziden und sogenanntem verbessertem Saatgut. Nach dem Vorbild Indiens in den 1960er Jahren sollte die lokale Produktion durch die „Grüne Revolution“ intensiviert werden (4). Dieser Ansatz wird seit 2006 auch von der einflussreichen Bill-und-Melinda-Gates-Stiftung (BMGF) unter dem Banner der Alliance for a Green Revolution in Africa (AGRA) gefördert. Dem AGRA-Vorstand, dem der ehemalige äthiopische Premierminister Haile Mariam Dessalegn vorsitzt, gehört auch der ehemalige tansanische Präsident Jakaya Kikwete an. Laut Timothy A. Wise von der Tufts University (5) finanziert die BMGF das Gesamtbudget von AGRA in Höhe von rund einer Milliarde US-Dollar mit 650 Millionen US-Dollar. Trotz der hohen eingesetzten Summen hat die Allianz – deren Verantwortliche ebenso wie die von der BMGF nicht auf unsere Interviewanfragen reagiert haben – versagt, wenn man bedenkt, dass das Ziel im Jahr 2006 darin bestand, die landwirtschaftliche Produktion zu verdoppeln und die Ernährungsunsicherheit bis 2020 um die Hälfte zu reduzieren. Der Misserfolg ist offenkundig, auch nach den eigenen Maßstäben. Die Produktivität – als Leitziel deklariert – wurde nur um 18 % gesteigert. Ostafrika, die Region mit

den besten Ergebnissen, liefert einen aufschlussreichen Beweis dafür. Die Produktion von Mais, der am stärksten subventionierten Kultur, stieg zwischen 2006 und 2018 in Äthiopien um 71 %, in Ruanda um 66 % und in Uganda um 64 %. Im selben Zeitraum hat sich die Unterernährung jedoch um 30 % verschärft (6). Obwohl die Region nur 25 % der Bevölkerung des Kontinents auf sich vereint, leben dort mehr als die Hälfte der Unterernährten. Denn die „Grüne Revolution“, die auf intensiven Monokulturen beruht, konzentriert sich auf die Erhöhung der Kalorienzufuhr auf Kosten der Ernährungsvielfalt. Letztere wird sogar als „Luxus“ betrachtet, wie es Agnes Kalibata, Sondergesandte des UN-Generalsekretärs für den Gipfel der Ernährungssysteme 2021 und Vorsitzende der AGRA, ausdrückt (7). In Ruanda beispielsweise haben Mais- und Reisfelder Sorghum- und Hirsefelder verdrängt, obwohl diese nährstoffreicher und widerstandsfähiger gegen klimatische Unwägbarkeiten sind.

Ein „neues Öl“

Trotz dieses Misserfolgs hält die AGRA an ihrem Kurs fest und wird dabei von kontinentalen und internationalen Organisationen tatkräftig unterstützt, wie ihre „Strategie für 2030“ (8) bestätigt. Das ruft Widerstand hervor, vor allem den der Bauern. Da sie gezwungen sind, Grundnahrungsmittel wie Süßkartoffeln oder Sorghum aufzugeben, haben einige von ihnen begonnen, diese heimlich anzubauen. „In mehreren Orten in verschiedenen Regionen haben die Bauern beschlossen, nicht mehr zu pflanzen“, erklärt der Wirtschaftswissenschaftler An Ansoms. „In Ruanda wird dieses Phänomen des ‚unbebauten Landes‘, das angesichts von Bodenknappheit und Überbevölkerung normalerweise sehr selten vorkommt, immer sichtbarer. An manchen Orten wurden ganze Terrassen nicht bewirtschaftet, weil die Erfahrungen der Vorjahre enttäuschend waren oder weil der Boden in einem so schlechten Zustand war, dass es sich nicht lohnte.“ (9) Der ruandische Präsident Paul Kagame, ein Befürworter der intensiven Landwirtschaft, entschloss sich daraufhin, den Anbau einiger traditioneller Kulturen zuzulassen.

Der Widerstand gegen die von der BMGF und der AGRA vertretene Politik kommt auch von Institutionen. Die Allianz für Ernährungssouveränität in Afrika (AFSA), die 200 Millionen afrikanische Kleinbauern repräsentieren soll, fordert ihre Spender auf, sich von dieser Politik abzuwenden. In einem Interview mit Al Jazeera am 22. September 2021 kritisierte der Koordinator Million Belay, dass die Kommis-

sion der Afrikanischen Union unter Druck gesetzt werde, „die Gesetze und Vorschriften für unser Saatgut zu ändern“, damit sie den internationalen Vorgaben entsprechen. Seit 2011 setzt sich die AFSA für die Agrarökologie ein, die laut der Hochrangigen Expertengruppe für Ernährungssicherheit und Ernährung der Vereinten Nationen (HLPE) „eine Mischung aus Wissenschaft, einer Reihe von Praktiken und sozialer Bewegung“ ist (10). Zwar räumt das Gremium ein, dass „es noch keine klare, allgemein anerkannte Grenze gibt, was agrarökologisch ist und was nicht“, doch das Ziel dieses Modells ist es, „den Einsatz kommerzieller Zusatzstoffe zu reduzieren (...) und vielfältigere, widerstandsfähigere und produktivere Agrarökosysteme aufzubauen“. Da die Praktiken zwangsläufig je nach Gebiet und Situation variieren, untersucht die AFSA sowohl die Vergrößerung des Pflanzabstands bei Teff-Saaten im Norden Äthiopiens als auch die Verwendung natürlicher Düngemittel in Uganda oder das Ausheben von Gräben zum Auffangen von Regenfällen in Tansania. Generell wird auf „Diversifizierung, (...) biologische Schädlingsbekämpfung, Verbesserung der Bodenstruktur und -gesundheit, biologische Stickstofffixierung und Recycling von Nährstoffen, Energie und Abfall“ Wert gelegt.

Die internationalen Geldgeber, die sich im März 2021 in Brazzaville (Kongo) versammelten (11), waren an diesen Ansätzen jedoch kaum interessiert. Für sie ist die Agrarindustrie ein „neues Öl“, ein Manna, das sich bis 2030 auf eine Billion US-Dollar belaufen könnte. Um dieses Wachstumspotenzial „freizusetzen“, sind jedoch wieder einmal höhere Erträge erforderlich. Deshalb müssen Widerstände oder das, was sie schamhaft als „anhaltend niedrige Akzeptanz von Technologien zur Produktionsverbesserung“ bezeichnen, „überwunden“ werden. Sie freuen sich zumindest, dass afrikanische Landwirte, die 2006 noch durchschnittlich 30 Kilometer laufen mussten, um Zusatzstoffe zu besorgen, 2020 nur noch zehn Kilometer zurücklegen. Ein Sieg für die Chemieindustrie, den Belay kritisiert. Seiner Meinung nach fördert die BMGF die Öffnung der afrikanischen Märkte für Agrochemikalien und gentechnisch veränderte Organismen (GVO) „mehr, als dass sie den Bauern hilft“. Eine Untersuchung der Vereinigung Grain (12) bestätigt, dass zwischen 2003 und 2021 fast die Hälfte der für die Landwirtschaft bestimmten Zuschüsse der Stiftung an große Gruppen gezahlt wurden, die sich für intensive Monokulturen einsetzen: AGRA, das Globale Agrarforschungsnetzwerk (CGIAR), die Afrikanische Stiftung für Agrartechnologie (AATF) und UN-Einrichtungen.

Die Finanzierung der BMGF sei keineswegs uneigennützig, sondern ein trojanisches Pferd für große Saatguthersteller wie Bayer, einen der weltweit führenden Hersteller von Pflanzenschutzmitteln (13). Im Jahr 2010 erwarb die Stiftung 500.000 Aktien von Monsanto (14), der Firma, die das weltweit am häufigsten eingesetzte Herbizid Roundup entwickelt hat und inzwischen von Bayer aufgekauft wurde. Die BMGF hebt hervor, dass 80 % ihrer Zuschüsse für afrikanische Landwirte bestimmt sind, aber der Großteil der Gelder, – 82 % – ging „an Gruppen mit Sitz in Nordamerika und Europa und weniger als 10 %“ an Organisationen mit Sitz in Afrika (15).

In einem offenen Brief, der von 500 Würdenträgern unterzeichnet wurde, wirft das Umweltinstitut der Religionsgemeinschaften im südlichen Afrika (Safcei) der BMGF vor, die Ausbreitung einer industriellen Landwirtschaft zu fördern, die „die humanitäre Krise verschärft“ (16). Dieses Modell, so der Text, habe Bauern landlos gemacht und die lokalen Ökosysteme geschwächt. Die Exekutivdirektorin des Instituts, Francesca De Gasparis, betonte: „Wenn ein und dieselbe Handelsfrucht Jahr für Jahr ohne Fruchtwechsel angebaut wird, wird sie anfällig für Schädlinge und Krankheiten, die Bodenfruchtbarkeit wird zerstört, die reiche Biodiversität und das genetische Erbe der afrikanischen Nahrungsmittelsysteme werden reduziert. Weltweite Erfahrungen deuten darauf hin, dass der industrielle Monokulturanbau auch die Lage der afrikanischen Gemeinschaften verschlechtern und ihre Abhängigkeit von internationaler Hilfe verstärken und nicht verringern wird.“

Kann sich die Agrarökologie als Alternative durchsetzen?

2015 wurde der Senegal von der Ernährungs- und Landwirtschaftsorganisation der Vereinten Nationen (FAO) als Pilotland für diesen Ansatz ausgewählt, der ein Grundpfeiler dessen ist, was Präsident Macky Sall den „Grünen Senegal“ nennt. Der UN-Sonderberichterstatter für das Recht auf Nahrung Michael Fakhri glaubt, dort die Unterstützung einer „starken Bauernbewegung“ zu finden: zahlreiche autonome Vereinigungen, von denen einige Führungskräfte Mitglieder lokaler Entscheidungsgremien sind und Beziehungen zu anderen Organisationen in Westafrika aufgebaut haben. Die Forscher Patrick Bottazzi und Sébastien Boillat (17) sind jedoch besorgt über die herausragende Rolle von Nichtregierungsorganisationen (NGO) und internationalen Geldgebern bei agroökologischen Praktiken, eine Situation, die sie in Zusammenhang mit der Einführung von Pestiziden durch französische Agronomen während der Kolonial- und Postkolonialzeit sehen.

Und wo auch immer man sich befindet, muss man mit dem Einfluss der Agrar- und Lebensmittelindustrie rechnen. Der von den UN im September 2021 in New York veranstaltete Gipfel über Ernährungssysteme wurde zwar mit dem Aufruf von Generalsekretär António Guterres eröffnet, „die Art und Weise, wie wir Nahrung wahrnehmen, zu überdenken – nicht als Ware, die gehandelt werden muss, sondern als Recht eines jeden“ und unter Anerkennung der „Notwendigkeit“, die Ernährungssysteme, die für „ein Drittel der Treibhausgasemissionen und 80 % des Verlusts an biologischer Vielfalt“ verantwortlich sind, zu verändern, doch die Interessen der großen Industriekonzerne dominierten die Konferenz, die in Partnerschaft mit dem Weltwirtschaftsforum veranstaltet wurde. Für Fakhri handelt es sich dabei um eine „Anomalie“ in der Geschichte der Konferenzen, die dieser Problematik gewidmet sind. Zwischen der Gründung der FAO im Jahr 1945 und den großen Konferenzen von 1974, 1996 und 2001 hatten sich das Recht auf Nahrung und die Rolle der Zivilgesellschaft in den internationalen Debatten durchgesetzt. Heute werden sie zugunsten des Agrobusiness an den Rand gedrängt. Hunderte von Organisationen, darunter auch AFSA, boykottierten die Veranstaltung und organisierten einen Gegengipfel.

- (1) [„Regionale Übersicht über den Stand der Ernährungssicherheit und der Ernährung“](#) der FAO, der Wirtschaftskommission der Vereinten Nationen für Afrika (CEA) und der Afrikanischen Union, Accra, November 2021. [PDF-Version](#).
- (2) Siehe Akram Belkaïd, [„Das Gespenst des Hungers“](#), Le Monde diplomatique, französische Ausgabe, Mai 2022.
- (3) [„The impact on trade and development of the war in Ukraine“](#) (PDF), United Nations Conference on Trade and Development (UNCTAD), Genf, 2022.
- (4) Siehe Jacques Diouf, [„Pour une autre révolution verte en Afrique“](#) (Für eine andere grüne Revolution in Afrika), Le Monde diplomatique, September 1994.
- (5) Timothy A. Wise, [„Failing Africa's farmers: An impact assessment of the Alliance for a green revolution in Africa“](#) (PDF), Global Development and Environment Institute, Tufts University, Medford (Maine), Juli 2020.
- (6) FAO, FIDA, OMS, PAM und UNICEF 2019, [L'État de la sécurité alimentaire et de la nutrition dans le monde 2019](#). Se prémunir contre les ralentissements et les fléchissements économiques, FAO, Rom, 2019.
- (7) [„Good food for all - Averting a Covid-19 hunger crisis“](#), YouTube, 27. Juli 2020.
- (8) Vgl. [„Unsere Strategie“](#) auf der AGRA-Website.
- (9) An Ansoms, ["The end of the green revolution in Rwanda?"](#), Review of African Political Economy, Johannesburg, 2020.
- (10) [„Agroökologischer Ansatz und andere innovative Ansätze für eine nachhaltige Landwirtschaft und nachhaltige](#)

- [Nahrungsmittelsysteme, die geeignet sind, die Ernährungssicherheit und Ernährung zu verbessern“](#) – Hochrangige Expertengruppe für Ernährungssicherheit und Ernährung, Rom, Juli 2019.
- (11) [„African Regional Forum on Sustainable Development. Regional Dialogue: African Food Systems“](#), Arbeitsdokument von CEA, FAO, Welternährungsprogramm, International Fund for Agricultural Development (IFAD), African Development Bank, Brazzaville, März 2021.
- (12) „Wie die Gates-Stiftung das Ernährungssystem in die falsche Richtung treibt“, Grain, Juni 2021, <https://grain.org/en/article/6690-how-the-gates-foundation-is-driving-the-food-system-in-the-wrong-direction>. Siehe auch <https://grain.org>.
- (13) Lionel Astruc, L'Art de la fausse générosité (Die Kunst der falschen Großzügigkeit), La Fondation Bill et Melinda Gates, Actes Sud, Arles, 2019.
- (14) John Vidal, [„Why is the Gates Foundation investing in GM giant Monsanto“](#), The Guardian, London, 29. September 2010.
- (15) [„Wie die Gates-Stiftung ...“](#), ebd.
- (16) [„Open letter to the Bill and Melinda Gates Foundation from the Safcei and faith community representatives from the African continent“](#), 10. September 2020, <https://safcei.org>.
- (17) Patrick Bottazzi und Sébastien Boillat, [„Political agroecology in Senegal: Historicity and repertoires of collective actions of an emerging social movement“](#), Sustainability, Band 13, Nr. 11, Basel, Mai 2021.

Attac Österreich UN-Steuerkonvention: Vorschlag für eine Reform der globalen Steuerarchitektur *Kann weltweit hunderte Milliarden an neuen Steuereinnahmen bringen*

[Eurodad](#) und die [Globale Allianz für Steuergerechtigkeit](#) (GATJ), der auch Attac angehört, haben Mitte März einen Entwurf für eine grundlegende Reform der globalen Steuerarchitektur veröffentlicht - eine [UN-Steuerkonvention](#) nach dem Vorbild der UN-Klimakonvention.

Derzeit werden die globalen Steuerregeln im Club der reichen Industriestaaten, der OECD festgelegt. Die Interessen der ärmeren Staaten werden dabei übergangen, [wie die jüngsten OECD-Pläne für eine globale Mindeststeuer zeigen](#). Besonders die Länder des globalen Südens haben daher wiederholt eine UN-Steuerkonvention gefordert. Damit könnten 193 UN-Mitgliedstaaten gemeinsame Vereinbarungen aushandeln. Der Entwurf beinhaltet unter anderem:

- die Übertragung der Kompetenz der internationalen Steuerkoordination von der OECD auf die UN, also auf eine Institution mit universeller Mitgliedschaft, die internationales Recht setzen kann.
- die Einführung einer [Gesamtkonzernsteuer](#) für multinationale Konzerne.
- ein öffentlich zugängliches weltweites UN-Unternehmens-Register, das die tatsächlichen Eigentümer von (Briefkasten)Firmen und Trusts sowie die länderspezifischen Daten über die weltweiten Steuerzahlungen und wirtschaftlichen Aktivitäten multinationaler Konzerne sammelt.

Der umfassende Vorschlag soll eine Diskussion über die grundlegenden Reformen anstoßen, die nötig sind um ein global gerechtes Steuersystem zu schaffen.

Hintergrund:

Bei der Reform für eine globale Mindeststeuer auf Unternehmensgewinne öffnete die OECD im sogenannten Inclusive Framework die Verhandlungen auch für Nicht-OECD-Mitglieder. Dennoch waren über ein Drittel aller von der UN anerkannten Staaten und mehr als die Hälfte der 54 afrikanischen Staaten nicht an den Verhandlungen beteiligt. Die Zusatzeinnahmen aus der globalen Mindeststeuer gehen kaum an Länder des globalen Südens, da sie bereits jetzt oft effektive Steuerraten haben, die über dem Mindestsatz von 15 Prozent liegen. Zudem sind von der geplanten Neuverteilung der globalen Besteuerungsrechte, nur die 100 größten Unternehmen mit einem vergleichsweise geringen Anteil ihrer Gewinne betroffen.

Bereits im Jahr 2019 forderte die Afrika-Gruppe bei den Vereinten Nationen eine UN-Steuerkonvention. Anfang 2021 schloss sich der Bericht des UN High Level Panel on International Financial Accountability, Transparency and Integrity (FACTI) dieser Forderung an. Erst vergangenen November scheiterten die G-77 Staaten der Schwellen- und Entwicklungsländer mit ihrem Vorschlag für eine zwischenstaatliche UN-Steuerkommission.

[Attac Österreich](#), 21.4.2022

Die Vorschläge des Diskussionsentwurfs für eine UN-Steuerkonvention im Detail: [Netzwerk Steuergerechtigkeit](#)

Energiewende? So aber nicht!

Fabian Grieger, rbb Scholz-Plan "koloniale Ausbeutung"?

25.05.2022 – Die Suche nach alternativen Bezugsquellen im Zuge des Kohle-Embargos gegen Russland birgt politischen Sprengstoff für die Ampelkoalition. Hintergrund ist ein Anruf von Bundeskanzler Olaf Scholz (SPD) beim kolumbianischen Präsidenten Ivan Duque am 6. April. Noch am Tag des Anrufs des Kanzlers in Kolumbien erhielten indigene Gemeinden, die gegen den Ausbau der größten Kohlemine des Landes "El Cerrejón" und die Umleitung von Flüssen geklagt hatten, eine Mail vom kolumbianischen Umweltministerium, in der mitgeteilt wurde, dass man grünes Licht für eine Erweiterung des Abbaubereichs gegeben habe.

Nach einer Beschwerde durch die indigenen Gruppen bremste das kolumbianische Verfassungsgericht zwar erst einmal und forderte weitere Umweltstudien. Das deutsche Interesse an der kolumbianischen Steinkohle hat somit den bereits bestehenden Konflikt um den Tagebau "El Cerrejón" weiter angeheizt.

Gegenüber dem *ARD-Politikmagazin Kontraste* zeigt sich die grüne Bundestagsabgeordnete Kathrin Henneberger, die im Bundestags-Ausschuss für Klimaschutz und Energie sitzt, von dem Vorgang irritiert. [...] Henneberger hatte am 25. Februar im Ausschuss Aufklärung über den Umgang mit Steinkohleimporten aus Kolumbien verlangt. Daraufhin hat Bundeswirtschaftsminister Robert Habeck erklärt, dass beim Import von Rohstoffen weiterhin humanitäre Erwägungen und ökologische Auswirkungen beachtet würden. [...] Henneberger kritisiert: "In den Steinkohleabbaugebieten in Nordkolumbien werden massiv Menschenrechte verletzt und die lokale Umwelt wird massiv geschädigt." Aus dieser Region "Blut-Kohle" zu importieren sei falsch.

Die Steinkohleimporte aus Kolumbien sind laut Henneberger "koloniale Ausbeutung". Statt zusätzlicher Kohleförderung sollte es aus Deutschland Entschädigungszahlungen für all jene geben, die unter den Umweltschäden durch die Kohleförderung leiden. [...] Henneberger fordert zugleich stärkere Anstrengungen für Energieeinsparungen in Deutschland.

Auf *Kontraste*-Anfrage geht das Kanzleramt auf die Kritik an den kolumbianischen Kohleimporten nicht ein. [...] Zur Frage der kritischen Umwelt- und Menschenrechtsslage in den kolumbianischen Minen verweist das Wirtschaftsministerium gegenüber *Kontraste* auf das Sorgfaltspflichtengesetz, das 2023 in Kraft tritt. Damit "werden auch Kohleimporteure dazu ver-

pflichtet, ihre ausländischen Vertragspartner danach auszuwählen, ob vor Ort Umwelt-, Sozial- und Menschenrechtsstandards eingehalten werden." Das Gesetz, das noch von der Großen Koalition verabschiedet wurde, gilt Kritikern allerdings als unzulänglich, um die Einhaltung von Menschenrechten in den Lieferketten zu garantieren.

[...] Ermordete Gewerkschafter, die Vertreibung von Menschen aus Dörfern sowie massive ökologische Probleme warfen kein gutes Bild auf die Kohleunternehmen und ihre deutschen Geschäftspartner. Diese orientierten sich daraufhin noch stärker nach Russland: 2021 kam mit 20 Mio. Tonnen jährlich mehr als die Hälfte der deutschen Steinkohleimporte aus Russland. Im Zuge des Ukraine-Kriegs nahmen die Kohle-Importe aus Russland dann rapide ab, die deutschen Importe aus Kolumbien hingegen stiegen sprunghaft auf 690.000 Tonnen im März an - rund dreimal so viel wie noch im Vormonat.

Die jetzige Kehrtwende in der Importpolitik aus Kolumbien sei "empörend", sagt Anderson Sandoval von "Unidos por La Paz - Alemania", einer Organisation von in Deutschland lebenden Kolumbianerinnen und Kolumbianern. Sandoval ist enttäuscht: "Ich dachte, wir kommen langsam über die toxische Beziehung zwischen Deutschland und Kolumbien hinweg. Jetzt wurden wir um 20 Jahre zurückgeworfen." <https://www.tagesschau.de/investigativ/kontraste/kolumbianische-kohle-101.html>

Konzerne erhalten Zugriff auf indigenes Land in Brasilien

22.3.2022 – Neues Gesetz erlaubt Bergbau und Wasserkraft in indigenen Territorien. Ukraine-Krieg als Vorwand für beschleunigtes Verfahren. Massive Proteste gegen Raub indigenen Landes und drohende Umweltzerstörung. Mit dem Gesetz sollen Teile der Verfassung neu geregelt werden, um die Bedingungen für die Erforschung und Ausbeutung von Erdöl-, Gas- und Kohlenvorkommen sowie für die Nutzung von Wasserressourcen zur Stromerzeugung auf indigenem Land festzulegen. [...] Der von Präsident Jair Bolsonaros Regierungspartei eingebrachte Antrag wurde mit 279 Ja- gegen 190 Nein-Stimmen angenommen. [...] Vor dem Kongressgebäude in Brasília fand während der Debatte eine große Demonstration statt. Indigene Gemeinschaften, soziale Bewegungen und Gewerkschaften sowie Künstler:innen versammelten sich zu Tausenden zum "Akt für die Erde", um gegen die verschiedenen Gesetzesprojekte zu protestieren, die derzeit im Parlament diskutiert werden.

Sie übergaben Senatspräsident Rodrigo Pacheco ein Manifest, in dem sie die Ab-

schaffung des "Zerstörungspakets" fordern, das die Umwelt und das Überleben der indigenen Völker, der Quilombolas und der Flussbewohner:innen bedrohe. [...] amerika21.de

Hamburg werbefrei: Einschränkung von Außenwerbung!

In der Debatte um mögliche Energieeinsparungen wegen drohender Gas-Engpässe hat die Volksinitiative *_Hamburg werbefrei_* einen praktischen Vorschlag ins Gespräch gebracht: Außenwerbung einschränken! „Die mehreren tausend elektrisch betriebenen Werbetafeln in Hamburg verbrauchen schon jetzt so viel Energie wie ein ganzer Stadtteil. Und es werden immer mehr“, sagt Martin Weise, Vertrauensperson der Volksinitiative *_Hamburg werbefrei_*. „Dazu kommen unzählige Anlagen im HVV und immer mehr privat betriebene in Kiosken, Supermärkten und Tankstellen.“

Mit dramatischen Appellen („Die Lage ist ernst“, „Jede Kilowattstunde zählt“) versucht Bundeswirtschaftsminister Robert Habeck zurzeit die Bevölkerung zum Stromsparen zu bewegen und empfiehlt beispielsweise den Einbau von Energiespar-Duschköpfen. Dazu Martin Weise: „Solange riesige Werbetafeln Tag und Nacht zehntausende Kilowattstunden verbrauchen, sind solche Appelle zynisch. Es darf nicht sein, dass normale Menschen kalt duschen sollen, um Strom zu sparen, während draußen auf der Straße Werbekonzerne gigantische Großmonitore betreiben und immer mehr davon aufstellen dürfen. Wenn die Bundesregierung und der Hamburger Senat es ernst meinen mit dem Energiesparen, dürfen sie die Verschwendung durch elektronische Werbung nicht weiter zulassen. Wenn die Lage tatsächlich so ernst ist: Was wäre verzichtbarer als Werbung?“

Das Einsparpotenzial wäre riesig, rechnet Weise vor. Nur ein einziges 10-Quadratmeter-City-Light-Board verbraucht etwa so viel Strom wie 30 Single-Haushalte zusammen (> 40.000 KW/h pro Jahr). (...) Weitere Informationen unter www.hamburg-werbefrei.de

Deiche bauen reicht nicht! Die Klimafolgen bringen massive soziale Verwerfungen mit sich.

Die herrschende Politik wird das Problem nicht lösen, sondern eher verschärfen. Wir brauchen dringend Konzepte der Anpassung von links. Artikel von [Ulrich Brand](#), [Barbara Fried](#), [Hannah Schurian](#), [Markus Wissen](#) und [Rhonda Koch](#), Juni 2022 <https://zeitschrift-luxemburg.de/artikel/deiche-bauen-reicht-nicht/>

Ingeborg Schellmann

Ein internationaler Pandemie Vertrag der WHO sollte die Souveränität der Länder aushebeln!

Vom 22. bis 28. Mai fand eine Generalversammlung der WHO in Genf statt. Unter anderem sollte über eine **Vertrags-Änderung der "International Health Regulations" (IHR) entschieden werden. WHO-Angaben dazu**
S. auch: <https://www.consilium.europa.eu/de/policies/coronavirus/pandemic-treaty/>

Die WHO plante eine Pandemieprävention, mit der die Vorsorge und die Reaktion auf Pandemien weltweit einheitlich und verbindlich geregelt werden sollte. Im Grundsatz waren sich alle 194 Mitglieder über eine gemeinsame Prävention am 1. Dezember 2021 einig geworden.

Aber die Konkretisierung des Plans scheiterte

Die Pläne der USA, der EU aber auch der Briten und Australier scheiterten auf der Jahresversammlung vom 23. bis zum 27. Mai am Veto der afrikanischen Länder sowie der BRICS-Staaten (Brasilien, Russland, Indien, China, Südafrika). Auch der Iran und Malaysia widersprachen.

Botswana gab im Namen der 47 Staaten, die zum afrikanischen Regionalbüro der WHO zählen, die Gründe bekannt: Man forderte „vollen Respekt vor der nationalen Souveränität der Mitgliedsstaaten“. Brasilien ging noch einen Schritt weiter und sagte, man würde die WHO eher verlassen, bevor „ihre Bevölkerung den neuen Änderungen unterworfen“ werde. (1)

Das Veto Afrikas kam am „Afrikatag“, dem 25. Mai, dem Gründungstag der „Organisation für Afrikanische Einheit“ aus dem Jahr 1963. Sie ist die Vorgängerorganisation der „Afrikanischen Union“ und war im Zuge der Entkolonialisierungsbewegungen in Afrika entstanden.

Das Vorhaben der WHO wäre ein Angriff auf die Souveränität der Nationalstaaten gewesen.

Weltweit sollten Daten zu Krankheiten bei Tier und Mensch gesammelt und analysiert werden. Schon vor Ausbruch einer Pandemie sollte beim kleinsten Anzeichen für eine mögliche Gefährdung Alarm geschlagen werden. Die lokale, regionale und weltweite Produktion der Materialien sollte angekurbelt werden, um knappe Schutzausrüstung oder Impfstoffe zu vermeiden. Alle notwendigen Maßnahmen wären international verbindlich geregelt worden, zweifelsohne ein Eingriff in die Souveränität der Staaten.

Während sich weltweit und bei den ngos Widerstand regte, zeigten die deutschen Medien überwiegend wenig Neigung, die Gefahren eines solchen Vorhabens aufzuzeigen. Unkritisch die SZ(2), unkritisch auch Die Zeit(3), wenig aufklärend Die Welt(4). Von Politikern eher diffamierende denn warnende Äußerungen (5). Das RKI gar wiegelte ab und verwies darauf, dass eine verbindliche Vereinbarung nicht sicher zu erwarten sei. (6)

Kritisch allein die taz. Sie verweist auf die Notwendigkeit der Dekolonialisierung der Gesundheitspolitik sowie auf die Pharmaindustrie und die westlichen Staaten, die auf ihren Patentrechten beharren. (7)

Doch die Gefahr ist nicht gebannt. Eine neue Arbeitsgruppe in der WHO soll die Arbeit wieder aufnehmen.

Es gilt wachsam zu sein, auch weil die WHO keine neutrale Organisation ist. Sie ist formal eine Institution von 194 Mitgliedstaaten und eine Unterorganisation der UNO. Faktisch aber führen private Unternehmen, insbesondere pharmazeutische Unternehmen die Regie. Nur 20 % des Budgets wird von den Staaten eingebracht. 80% der Gelder kommen aus der Privatwirtschaft. Eine Untersuchung im Europarat gegen die WHO endete mit der Feststellung des Leiters dieser Untersuchung: „Meiner Meinung nach ist sie [die WHO] auch heute noch exzessiv beeinflusst von der Pharmaindustrie, die sehr geschickt bei der Manipulation von Gesundheitsangaben vorgeht, zugunsten eigener finanzieller Interessen.“(8)

Forderungen nach einem Nein zur P(1)andemie-Konvention und ein Ja für einen Austritt aus der WHO werden von einigen Ländern zu Recht erhoben.

(1) [tkp.at](https://www.tkp.at), 1.6.2022

(2) [Süddeutsche Zeitung](https://www.sueddeutsche.de), 22.5.2022

(3) [Die Zeit](https://www.diezeit.de), 22.5.2021

(4) [Die Welt](https://www.dieWelt.de), 28.5.2022

(5) und (6) s. Fußnote 4

(7) [TAZ](https://www.taz.de), 22.12.2021

(8) <https://www.dw.com/de/who-in-der-kritik/a-15964294>

Lesehinweis:

<https://www.gew-ansbach.de/2022/06/die-aufarbeitung-der-corona-vergangenheit-und-ihre-tabus/>



**Europäische Sommeruniversität
der sozialen Bewegungen**

August 2022 • Mönchengladbach, Germany

Ein Treffen zwischen europäischen Bewegungen, bei dem wir voneinander lernen können, Eine Gelegenheit, europäische Kämpfe und Kampagnen zu koordinieren,

Eine Gelegenheit, gemeinsam das

Wissen und die Praxis aufzubauen, die wir in unseren Kämpfen für eine bessere Welt brauchen, und

Eine Zeit, um gemeinsam zu feiern, sich gegenseitig zu begeistern und zu motivieren und eine Kultur des Widerstands zu schaffen, die einen echten Wandel vorantreiben wird.

Auf dem Programm stehen fast 150 Aktivitäten! Workshops, Foren und Plenarsitzungen, Ausstellungen, Exkursionen, Kino, aber auch Konzerte und gesellige Zeiten sowie eine große Aktion am Samstagnachmittag. (aus dem [Text](#) von Attac Frankreich)

Programm und Infos: <https://www.esu22.eu/start>

Ingeborg Schellmann In München werden mutige Bürger geehrt

Preisverleihung der Humanistischen Union der aufrechte Gang

Seit 1988 ehrt die Humanistische Union München/Südbayern einzelne Menschen, die sich mutig, ihrem Gewissen verpflichtet gegen Unrecht und Unrechtmäßiges wenden, ungeachtet der Nachteile, die sie hierdurch erfahren.



Gemeint ist der ‚Aufrechte Gang‘ von Bürgerinnen und Bürgern, die das Handeln des Staates und anderer gesellschaftlicher Organe, aber auch die öffentlichen Machtansprüche sonstiger

ideologischer Gruppierungen nicht kritiklos hinnehmen und im Geist des Grundgesetzes persönlichen Widerstand leisten. Mit dem Preis werden Frauen oder Männer ausgezeichnet werden, die sich in Bayern für Bürgerrechte und Demokratie einsetzen und mit dieser Haltung zur Entfaltung einer echten demokratischen Kultur beitragen. Zugleich soll damit anderen Menschen Mut gemacht werden, für ihre Rechte – aber auch für die hilfloser anderer – einzutreten, um so an einer lebendigen politischen Zukunft mitzuarbeiten.

Die zuletzt im Jahr 2018 Geehrten waren **Judith und Reiner Bernstein**, beide Juden, die sich vor allem gegen den Antisemitismus Beschluss der Stadt München wandten, mit dem jegliche Kritik an der israelischen Politik unter den Generalverdacht des Antisemitismus gestellt wurde und selbst eine Diskussion über die Rechtmäßigkeit des Stadtratsbeschlusses in den Räumen der Gemeinde untersagt wurde. Sie wurden für ihren Einsatz zum Frieden zwischen Israelis und Palästinensern geehrt.

In diesem Jahr wurde **Wolfram Kastner** der Preis verliehen. Wolfram Kastner, am 23. April 1947 in München geboren, ist ein deutscher Künstler, insbesondere Aktionskünstler, dessen Arbeiten und Aktionen meist politische und historische Themen aufgreifen, insbesondere die Zeit des Nationalsozialismus in Deutschland und Österreich. Bekannt ist seine Aktion auf der Insel Frauen-Chiemsee gegen das Grab-Dokument von Alfred Jodl, der an führender Stelle an der Planung der deutschen Militäroperationen beteiligt war. Jedes Jahr seit 1995 erinnert er mit einem Brandfleck an die Bücherverbrennung am Münchner Königsplatz. Die Stadt hat seine Aktion zunächst verboten. Inzwischen sind der jährliche Brandfleck und die öffentliche Lesung aus verbrannten Büchern Tradition geworden. Allerdings schickt die Stadt dem Künstler jedes Jahr eine Rechnung für die Benutzung des Königsplatz. "Dort wo man Bücher verbrennt, verbrennt man am Ende auch Menschen" sagte einst Erich Kästner.

Wiltrud Rösch-Metzler

Europäische Bürgerinitiative: #KeinHandelMitSiedlungen

Text der europäischen Bürgerinitiative

Die Europäische Union lehnt Annexionen ab und betrachtet illegale Siedlungen in besetzten Gebieten als ein Hindernis für internationalen Frieden und Stabilität. Doch obwohl illegale Siedlungen ein Kriegsverbrechen darstellen, lässt die EU den Handel mit ihnen zu. Dieser Handel ermöglicht es, von Annexionen zu profitieren und trägt weltweit zur Ausweitung von illegalen Siedlungen bei.

Wir fordern ein EU-Gesetz, das dem Handel mit illegalen Siedlungen ein für alle Mal ein Ende setzt. Dieses Gesetz wird für alle besetzten Gebiete gelten, einschließlich des besetzten palästinensischen Gebiets und Israels illegalen Siedlungen dort. Das Gesetz wird auch weltweit ein starkes Signal aussenden, dass die EU territoriale Aggression nicht länger mit Handel und Profiten belohnen wird.

<https://stopsettlements.org/german/>

Mai 2022 – In den letzten Wochen sind folgende Ungerechtigkeiten gegen Palästinenser*innen öffentlich geworden:

Die Ermordung von Shireen Abu Akleh, einer Journalistin von Al Jazeera[1]. Israels Regierung kündigte 4000 neue Wohneinheiten in illegalen Siedlungen an[2]. Und Israels oberstes Gericht erlaubt die Massenvertreibung von 1000 Palästinenser*innen aus ihren Häusern[3].

Die Regierungen der EU-Länder werden nicht müde zu beteuern, dass israelische Siedlungen illegal sind. Gleichzeitig erlauben sie europäischen Unternehmen und Finanzinstituten, ungehindert mit ihnen Handel zu treiben, während Palästinenser*innen durch eben genau diese Siedlungen aus ihrer Heimat vertrieben werden. Die EU fördert Gewinne und Profit auf Kosten der Palästinenser*innen - jetzt haben wir es in der Hand, dies zu stoppen!

#KeinHandelMitSiedlungen ist breites Bündnis von Nichtregierungsorganisa-

tionen, Basisbewegungen, Gewerkschaften und Aktivist*innen, die bei der EU-Kommission eine offizielle Petition eingereicht haben, um den EU-Handel mit illegalen Siedlungen in besetzten Gebieten ein für alle Mal zu verbieten. Dies ist eine historische Gelegenheit, um sicherzustellen, dass die EU ihren eigenen gesetzlichen Verpflichtungen nachkommt, so dass Produkte, die von dort stammen, nicht auf den EU-Markt gelangen. Um dies zu erreichen, benötigen wir eine Million Unterschriften.



[1] Reporter ohne Grenzen, 12.5.2022

[2] Spiegel, 12.5.2022

[3] FAZ, 5.5.2022

Aufruf: Globale Gerechtigkeit statt G7 Klima schützen statt aufrüsten

Vom 26.-28. Juni 2022 tagt der G7-Gipfel im bayerischen Elmau. Die Repräsentanten der reichsten und mächtigsten Staaten der Welt erheben den Anspruch, über die Geschicke der gesamten Welt zu entscheiden. Als selbsternannte Gruppe haben dafür aber keinerlei Legitimation. Im Gegenteil: Sie schwächen legitime internationale Organisationen. Sie wollen laut Scholz „Vorreiter für klimaneutrales Wirtschaften und eine gerechte Welt“ sein. Dabei treiben sie selbst globale soziale Verheerungen, Ungleichheit, Klimakrise, Umweltzerstörung und Militarisierung voran. Meist sind vom Patriarchat benachteiligte Menschen und People of Colour besonders betroffen. Dabei sind es oft genau diese, die trotz Unterdrückung zukunftsweisende Wege gehen und Lösungsansätze aufzeigen – auch für die aktuellen großen Krisen Klima, Krieg und Pandemie.



Wir stehen für globale Gerechtigkeit:

Klimagerechtigkeit jetzt!

Die G7-Staaten haben die historische Verantwortung für die Klimakrise. Wir müssen raus aus fossilen Energien, denn es gibt kein unendliches Wachstum auf einem endlichen Planeten. Hauptleidtragende sind aber die Menschen im Globalen Süden, denen bei Entscheidungen der G7 die Stimme geraubt wird. Deshalb schließen wir uns deren Forderung nach einem Klima-Schulden-Tausch an. Verarmten Ländern müssen ihre Schulden erlassen werden, damit sie ihre fossilen Rohstoffe im Boden lassen und ihre Transformation zur Nachhaltigkeit finanzieren können.

Menschen vor Profit

Neokoloniale Strukturen, welche auch von den G7-Staaten durchgesetzt werden, verhindern eine nachhaltige, sozial und global gerechte Wirtschaft. Wir brauchen daher faire Entschuldungsverfahren sowie verbindliche Abkommen zu Lieferketten, Klimagerechtigkeit und Menschenrechten. Handelsabkommen dürfen nur abgeschlossen werden, wenn sie den Menschen und dem Planeten dienen.

Gerechtigkeit statt Bereicherung in der Pandemie

Covid 19 ist eine potentiell tödliche Krankheit und marginalisierte Menschen brauchen Solidarität. Die Pandemie ist nur international und gemeinsam lösbar, doch die G7-Staaten verhindern nötige Patentfreigabe und Technologietransfer. Regierungen müssen die Gesundheit und das Wohlbefinden der Menschen schützen und nicht nur Konzerne. Dazu braucht es auch gute und fair entlohnte Pflege.

Frieden schaffen

Wir fordern das Ende von Aufrüstung, Militarisierung und Rüstungsexporten, denn sie bringen Krieg und nicht Frieden. Imperialistische Staaten müssen gestoppt werden. Der Angriff auf die Ukraine ist, wie andere Kriege auch, ein Verbrechen und muss beendet werden. Historisch hat die NATO, dominiert von G7-Staaten, den Konflikt befördert. Wir verurteilen sämtliche Kriege und solidarisieren uns mit allen, die gegen Krieg und Ausbeutung und für soziale Gerechtigkeit eintreten.

Solidarität mit Migrant:innen und Flüchtenden

Die G7-Staaten betreiben eine menschenverachtende Politik der Abschreckung. Doch Grenzen müssen für alle Menschen offen sein. Es darf keine Geflüchtete erster und zweiter Klasse geben. Zugang zu Ausbildung, Arbeit und Gesundheitsversorgung ist ein Menschenrecht. Familien müssen zusammenleben dürfen.

Ernährungssouveränität statt Agrarindustrie

Wir brauchen einen Systemwechsel in der Agrar- und Ernährungspolitik: Weg von der Wachstumsideologie der G7-Staaten hin zur Agrarökologie. Für die Hungerbekämpfung ist ein gerechter Zugang zu Land, Saatgut und Wasser sowie faire Honorierung notwendig. Carbon Farming, wie es die G7 vorantreiben wollen, führt nur zu Greenwashing für Konzerne.

Wir sind eine solidarische Aktionsplattform aus klimaktivistischen, EineWelt-engagierten, ökologischen, kapitalismuskritischen, antirassistischen, feministischen und antimilitaristischen Gruppen. Kommt her, macht mit, bringt euch ein in die verschiedenen Aktionen, Demonstrationen, Debatten und Proteste!

Aktionszeitraum: 6. bis 29. Juni 2022

Alternativgipfel: 24. Juni / Demo München: 25. Juni
Demo Garmisch: 26. Juni / Camp Garmisch: 24.-28. Juni
<https://www.stop-g7-elmau.info/vernetzung/aufruf/>

ISW:

G7 – Das fatale globale Regiment der Reichen Welt

[8-seitiges Infoblatt](#), Inhalt:

Kurze Geschichte der G7 / Die G7 – ein Instrument der Reichen Welt + politische Agentur des “Westens” gegen den aufgehenden “Süden” / Die “Zeitenwende” – die Invasion Russlands in die Ukraine / Die Ukraine-Invasion hat die Position des westlichen Imperialismus gestärkt. Das antiimperialistische Lager braucht ein Russland, das zur friedlichen Koexistenz zurückfindet./ Der “China-Block” – Gegenspieler der G7 / Wo sind die Gegenkräfte, wo bleibt das “internationale revolutionäre Subjekt”?

German foreign Policy: The West against the Rest

G7-Gipfel soll unter deutschem Vorsitz neue Maßnahmen für den Wirtschaftskrieg gegen Russland vorbereiten. Als Gegengewicht formiert sich das wachsende BRICS-Bündnis. [Text](#)